

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

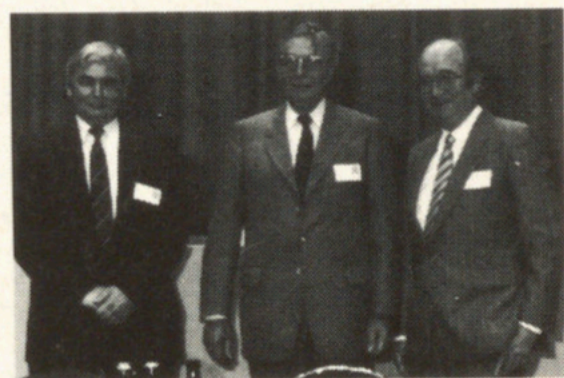
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 E

DGB orientiert auf Widerstand

Immer „rechtzeitig zubeißen“ müssen die Gewerkschaften, wenn die Unternehmer mit uralten Betäubungsmitteln ihnen die Zähne ziehen wollen. Darauf orientierte der wiedergewählte Vorsitzende Ernst Breit auf dem 13. ordentlichen DGB-Kongreß in Hamburg, wobei er an die Streiks für die 35-Stunden-Woche, an die Aktionen gegen Sozialabbau und vor allem an den Widerstand gegen die Veränderung des § 116 AFG anknüpfte. Einstimmig forderten die Delegierten, daß dieser verfassungswidrige Paragraph, mit dem die Gewerkschaften im Kern getroffen werden sollen, wieder rückgängig gemacht und die Aussperrung verboten wird. Vorrangig favorisierte der Kongreß die weitere „Wochenarbeits-



Die alten und neuen „drei“

Gustav Fehrenbach, Ernst Breit und Gerd Muhr (von links nach rechts) wurden von den Delegierten des 13. ordentlichen DGB-Kongresses mit überwältigenden Mehrheiten in ihren Funktionen bestätigt. Über den Kongreßverlauf sowie über weitere Wahlergebnisse informiert unser Bericht auf Seite 24. Eine Auswahl von Beschlüssen dokumentieren wir in unserer Juliausgabe.

DGB gestärkt

IGM mit vorzeigbarem Kompromiß ● SPD: Mehr Markt

Thesen zur Berufsausbildung

Frankfurt/M. · 26. Jahrgang

6/86

Juni 1986 Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

DGB geht gestärkt aus dem 13. ordentlichen Kongreß hervor
Interview mit Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der HBV 3

Atem des Kaiserreichs 4

Tschernobyl und kein Ende?
Der Verhandlungstisch wartet 5

Mit Mut und Phantasie
gegen Berufsverbote 5

LÖHNE/TARIFE

Signale auf Grün stellen für die 35-Stunden-Woche 6

Die Verweigerung von
Überstunden erwies sich als
schärfste Waffe 7

Besen und Schrubber blieben in
NRW unbenutzt 8

Textilarbeiter streikten 8

Strittig: Zentral oder nicht? 8

Technologietarifvertrag 9

WIRTSCHAFT/FINANZEN

Nichts geht ohne ihren Willen.
Das Netzwerk der Großbanken 10

In den Kassen der Albrechts
werden 17 Mrd. Mark klingeln 11

In dieser Ausgabe: INFORMATIONEN
2/86 zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

GEWERKSCHAFTEN

15. DPG-Bundesjugendkonferenz
konnte zwei Rekorde melden 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION
u. a. DKP-Thesen zu
Sozialdemokraten und
Gewerkschaften 13-23

DGB-Kongreß: Mehr Solidarität
und keine Selbstzerfleischung 24

DGB orientiert...

zeitverkürzung für alle Arbeitnehmer" mit „dem Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“.

Mit verstärkter Intensität soll der Kampf gegen Sozialabbau fortgesetzt werden. Abgelehnt haben die Delegierten das amerikanische SDI-Programm. Sie verlangten, daß die Vorschläge der Sowjetunion, die Welt bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei zu machen, ernsthaft geprüft werden. Insgesamt gesehen sagte das Parlament der Arbeit der rechtskonservativen Wenderegierung als den Willensvollstrecker der Macht- und Profitinteressen des Kapitals den Kampf an. Der DGB will eine andere Politik und eine andere Regierung.

Während diese Weichenstellung die einmütige Zustimmung der Delegierten fand, zeigten sich Differenzen bei den Problemen, wie diese Beschlüsse durchgesetzt werden sollen, wer zur Einheitsgewerkschaft zählt und bei der Bündnisfrage. Auf der einen Seite gab es eine Mehrheit von Delegierten und Rednern, zu denen neben der IG Metall die Delegierten von Druck und Papier, der Deutschen Postgewerkschaft, der Gewerkschaft HBV und andere zählten, die sich für eine autonome auf Gegenmacht orientierte Gewerkschaftspolitik einsetzten. Diese Mehrheit stand und steht in der Tradition des legendären früheren Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner.

Auf der anderen Seite knüpfte eine Minderheit, angeführt vom Vorsitzenden der IG Chemie – Papier – Keramik, Hermann Rappe, an den Sozialpartnerschaftskurs und der Gutgläubigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat von Georg Leber an und verneinte z. B. politische Streikauseinandersetzungen. Hermann Rappe und seine Anhänger vertreten eine Politik rechts von ihrer eigenen Partei, der SPD.

Beide Grundströmungen, die schon seit Jahrzehnten im DGB wirken, sind in Hamburg wieder stärker hervorgetreten. Deutlich zeigten sich die Meinungsunterschiede sowohl auf der Rednertribüne als auch hinter den Kulissen. Beispielsweise verkürzte Hermann Rappe ebenso wie der Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, in seiner Begrüßungsrede die Einheitsgewerkschaft lediglich auf die sozialdemokratischen und christlichen Strömungen, während alle anderen, z. B. Kommunisten und Grünalternative, ausgegrenzt werden sollen. Einig waren sich diese beiden auch, als sie den Gewerkschaften das Recht absprachen, den bürgerlichen Staat anzugreifen.

Demgegenüber kritisierte der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr dieses Staatsverständnis von Weizsäcker, und die Mehrheit war mehr oder weniger offen der Meinung, daß alle geistigen Strömungen und Richtungen im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus als Widerstandsorganisation gegen das Kapital zur Einheitsgewerkschaft zusammengefunden haben.

pet.

INHALT

1. IGM-Ausländerkonferenz:
Impulse für den gesamten DGB 25

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Vom „Ausstieg“ zum „Umbau der
Industriegesellschaft“? 27

Politischer Streik enttabuisiert 27

Nach den Jugendvertreterwahlen:
Gegenmacht notwendig 28

„Unternehmer braucht das Land“
Wirtschaftskongreß der SPD 29

Musik für Gewerkschaftler
auf dem Parteitag der DKP 30

SOZIALPOLITIK

Blüm startete
Propagandakampagne. Wie sicher
sind die Renten? 31

100 000 Arbeitsplätze von
Vernichtung bedroht 31

Mitbestimmung des Betriebsrats
bei überbetrieblichen Zulagen 32

INTERNATIONALES

Die technische Entwicklung
erfordert Ausweitung der
Mitbestimmung
Gespräch mit Jakob Dreyer
Vorsitzender der
niederländischen Gewerkschaft
„Druk en Papier“ 33

Von Moskau bis Taschkent.
Reiseeindrücke aus der SU 34

Prowotorow: Ein ähnlicher Unfall
darf sich nicht wiederholen 34

RUBRIKEN

GLOSSE 4
TARIFMELDUNGEN 6
TARIFKALENDER 6
GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 26
PERSONALIEN 26
AUS DEM ARBEITS- UND
SOZIALRECHT 32
BUCHBEWERTUNGEN 35
VERLAGSINTERNES 35
TERMIKALENDER 36
ZU GUTER LETZT 36

DGB geht gestärkt aus dem 13. ordentlichen Kongreß hervor

Interview mit Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft HBV

DGB-Kongresse gehörten schon immer zu Höhepunkten der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Für den vom 25. bis 30. Mai im Hamburger Congress-Centrum stattgefundenen 13. ordentlichen Kongreß trifft diese Wertung in besonderem Maße zu, zumal eine Weichenstellung für die Zeit bis 1990 erfolgte. Unmittelbar nach dem Kongreß befragten die NACHRICHTEN-Redakteure Werner Petschick und Gerd Siebert das HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz nach seiner Meinung über das Parlament der Arbeit.

NACHRICHTEN: Am Ende eines DGB-Bundeskongresses, so auch dieses 13., stellt sich immer die Frage nach der Wertung und nach dem „Wie – weiter“?

Christian Götz: Wir haben einen vorwärtsweisenden Kongreß hier in Hamburg erlebt. Entscheidend war, daß auf die sich in den letzten Monaten verschärften Angriffe von Kabinett und Kapital die Delegierten mit einer Demonstration der Geschlossenheit geantwortet haben. Dabei ist wichtig, daß es sich nicht um eine sterile Geschlossenheit gehandelt hat. Schließlich gab es Diskussionen zu allen relevanten Themen. Allerdings sind sie geführt worden im Geist und der Zielsetzung, unterschiedliche Positionen zusammenzubringen.

Ich glaube, daß der DGB und damit alle Gewerkschaften gestärkt aus diesem Kongreß hervorgegangen sind. Wobei ich es für wichtig halte, daß auch die Einheitsgewerkschaft, die ja von unseren Gegnern in Frage gestellt worden ist, durch das ganz hervorragende Abschneiden bei den Wahlen von Ernst Breit und Gustav Fehrenbach eine Bestätigung erfahren hat. Denn in diesen beiden Kollegen, die ja eine unterschiedliche politische Heimat haben, drückt sich Einheitsgewerkschaft doch schon ganz maßgeblich aus.

NACHRICHTEN: Welche Fragen und Themen dürften in der nächsten Zeit für die DGB-Gewerkschaften ganz vorne stehen?

Christian Götz: Es gibt mehrere wichtige Themen, die parallel, würde ich eigentlich sagen, Bedeutung haben. Das ist der Kampf für Frieden und Abrüstung, der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, und dann ist da der gesamte Themenkomplex Ausstieg aus Kernenergie, um mal drei Problemkreise zu nennen, die auf dem Kongreß eine große Rolle gespielt haben. Dazu gibt es eine weitere Reihe von Komplexen, die ich hier zuordnen würde.

Zunächst zum Thema Frieden ist festzustellen, daß die Delegierten klargemacht haben, daß aus unserer Sicht das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens keine Basis darstellt, um Frieden und Sicherheit zu garantieren, sondern daß es

darauf ankommt, ganz gezielt das Konzept der Sicherheitspartnerschaft zu praktizieren. Außerdem ist eine unmißverständliche Aussage erfolgt gegen die Militarisierung des Weltraums, verbunden mit einer Kritik an den Vereinigten Staaten, die nicht nur dieses Projekt realisieren wollen, sondern durch ihre gesamte Rüstungspolitik keinen Beitrag zu einer Politik der Sicherheitspartnerschaft leisten.



Wichtig finde ich auch die Feststellung, daß es künftig keine Erhöhung der Rüstungshaushalte mehr geben darf. Von der Bundesregierung erwarten wir eigenständige Beiträge. Auf diesem wichtigen politischen Feld könnte beispielsweise ein Abrüstungsamt – eine alte gewerkschaftliche Forderung – durchaus Aktivitäten entwickeln.

Natürlich haben wir den gesamten Komplex Frieden und Abrüstung mit den negativen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer verbunden. Umgekehrt haben wir die Chancen aufgezeigt, die sich aus Schritten für Frieden und Abrüstung ergeben. Es ist unterstrichen worden, daß wir für diese Politik des Friedens und der Abrüstung und damit für die Lebenschancen von Arbeitnehmern kämpfen müssen, und zwar mit Aktionen. Dabei gehe ich davon aus, daß auch die in den als Material verabschiedeten Anträgen aufgezeigten vielfältigen Aktionen, Aktionsformen und

-möglichkeiten entsprechend umgesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt war, wie nicht anders zu erwarten, der Forderungskomplex Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir die höchste Arbeitslosenquote in der Nachkriegsgeschichte haben. Da auch der konjunkturelle Aufschwung daran nichts geändert hat, ist es klar, daß hier vom Kongreß ganz besondere Prioritäten gesetzt worden sind. Dazu gehört selbstverständlich auch die Auseinandersetzung mit dem Sozialabbau wiederum mit dem Ziel, den Sozialstaat zu bewahren.

Zu diesem gesamten Komplex gehört natürlich die Fortsetzung einer aktiven Tarifpolitik, wobei nicht übersehen werden darf, daß durch die aktive Tarifpolitik, mit dem Schwerpunkt der Arbeitszeitverkürzung bereits ein aktiver Beitrag gegen die Massenarbeitslosigkeit geleistet wurde. Dieser Kampf muß fortgesetzt werden. Damit er überhaupt möglich ist, können wir uns natürlich auch nicht mit der Bundestagsentscheidung zum § 116 AFG abfinden. Wir haben gefordert, daß diese Entscheidung nicht nur rückgängig gemacht werden muß, und daß es nicht nur genügt, den alten Zustand vor der Verabschiedung des § 116 herzustellen, sondern daß weitere Schritte notwendig sind. Hierzu gehört insbesondere, politisch herauszustellen und dafür einzutreten, daß es zu einem Verbot der Aussperrung ob heiß oder kalt, d. h., in jeder Form, kommt.

Ein dritter Komplex, der hier ausführlich diskutiert wurde, ist die Frage Kernenergie. Diese Debatte hat die Sorgen und Ängste unserer Kolleginnen und Kollegen vor dem Hintergrund von Tschernobyl, aber auch Harrisburg und andere entsprechende Ereignisse verdeutlicht. Der Kongreß verabschiedete einen entsprechenden Initiativantrag, der eben unterschiedliche Positionen zusammenführte und besagt, daß die Gewerkschaften eine Energiepolitik wollen, die es ermöglicht, in Zukunft auf den Einsatz von Kernenergie zu verzichten. Durch entsprechende Diskussionsbeiträge und auch Veränderungen in Beschlüssen ist deutlich geworden, daß die Delegierten und damit die Gewerkschaften wünschen, daß dieser Ausstieg so „rasch wie möglich“ erfolgt.

NACHRICHTEN: Um insbesondere die Tarifpolitik noch einmal anzusprechen: Zwei Anträge zur „Koordinierung“ der Tarifpolitik bzw. zur „solidarischen“ Tarifpolitik wurden vom Kongreß beschlossen. Was folgt daraus für die Praxis?

Christian Götz: Hier ist entscheidend, daß beide Anträge einstimmig angenommen worden sind. Gerade in den letzten beiden Jahren haben insbesondere die Streiks der IG Metall und IG Druck und Papier um Arbeitszeitverkürzung verdeutlicht, daß koordinierte und solidarische Tarifpolitik sich außerordentlich bewährt haben und nur diese Form der Tarifpolitik den erzielten Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung überhaupt erst möglich machte. Wichtig

ist, daß wir auch künftig koordiniert und solidarisch auf alle Versuche der Arbeitgeber reagieren müssen, den Erfolg von Arbeitszeitverkürzungen durch Flexibilisierung der Arbeitszeit zu unterlaufen.

Kurz zusammengefaßt geht es also darum, daß wir nicht zulassen, daß unsere Freizeit zerfleddert oder Samstagsarbeit wieder eingeführt wird. Grundsatz muß sein, daß wir den Kampf um die 35-Stunden-Woche fortsetzen, und zwar mit dem Ziel des 7-Stunden-Tages. Ausnahmen und andere Formen sind natürlich möglich, dürfen aber nicht die Regel sein. Deutlich wurde auf dem Kongreß, daß der Arbeitszeitfrage und wie man sie organisiert, eine ganz besondere Bedeutung zukommt.

Hans Janßen von der IG Metall hat an den Kongreß einen leidenschaftlichen Appell gerichtet, die Solidarität in diesem Kampf noch zu verstärken. Er hat auch bestimmte Defizite in der Vergangenheit aufgezeigt. Zielsetzung soll sein, daß wir im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit für die Arbeitszeitverkürzung es tatsächlich hinkriegen, eine große soziale Bewegung zu erreichen. Und dazu sind auch Bündnispartner – das hat er in diesem Zusammenhang unterstrichen – aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen notwendig.

Ich habe am 4. Mai 1985 – und ich will das hier bestätigen – auf einer der drei großen Demonstrationen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Faschismus gesprochen. In Frankfurt waren nach Polizeizahlen mehr als 10000 Menschen versammelt. Vor mir sprach Etty Gingold, die Mitglied der VVN ist. Wichtiger ist, daß sie aus dem aktiven Widerstand gegen die Nazidiktatur kommt. Nun frage ich: Hätte ich deshalb nicht reden oder mich gar distanzieren sollen? Nur dann, wenn ich mich so verhalten hätte, hätte ich mich tatsächlich geschämt und im übrigen historische Erfahrungen und politische Prinzipien verraten.

(Christian Götz auf dem DGB-Kongreß)

NACHRICHTEN: Wird möglicherweise bei der Verfolgung der erwähnten wichtigen gewerkschaftlichen Zielsetzungen die eben angesprochene „Bündnisfrage“ wieder relevant?

Christian Götz: Diese Frage wurde vor dem Kongreß von bestimmten Medien, die es mit den Gewerkschaften auch sonst nicht gut meinen, und u.a. von Norbert Blüm, wie nicht anders zu erwarten, hochgespielt. Alles in allem fand – bis auf wenige Ausnahmen – auch zu diesem Fragenkomplex eine sachliche Debatte statt. Der angemessene Antrag 43 besagt, daß zur Durchsetzung unserer Forderungen und Ziele die Mobilisierung der eigenen Mitglieder wesentlich sei, daß wir unsere Aktionen eigenständig durchführen müssen und daß dazu eine punktuelle Zusammen-

arbeit mit anderen Organisationen und Initiativen gehört.

Eigentlich waren diese Fragen, wenn ich an die Beschlußlage denke, auch vorher nicht umstritten. Entscheidend ist, daß es uns gelungen ist, die Diskussion offensiv zu führen und deutlich die Chancen und Möglichkeiten von Bündnispolitik an den unterschiedlichsten Beispielen aufzuzeigen. Erwähnen möchte ich insbesondere die Friedensbewegung, aber auch Demonstrationen gegen Rechtsradikalismus, Neonazismus oder gegen faschistische Gefahren.

Für mich ist entscheidend, daß durch den Kongreß eine Aussage und Einschätzung erfolgt ist, die mehrheitsfähig war. Wenn es im Bundesvorstand zu diesem Fragenkomplex überhaupt Diskussionen geben sollte, muß dieser Beschlußlage, so wie sie durch Kompromisse erreicht worden ist, Rechnung getragen werden. Der Versuch, eine unseren Interessen schädende Ab- und Ausgrenzung durch diesen Kongreß beschließen zu lassen, ist letztlich unter dem Strich gescheitert.

GLOSSE

Nichts passiert

Bergmannschor und Bergmannskapelle – im Knappendreeß und mit buntem Federbusch am Hut, so erfreuten sie das Auge sowohl des Bundespräsidenten als auch des Delegierten von der Basis am 24. Mai während der Eröffnungsveranstaltung des DGB-Bundeskongresses in Hamburg. Und was sie sangen und spielten von einer besseren Welt und Gott, dem Herrn, der sie beschützen möge – auch der zackige Marsch – tat den Ohren der lauschenden Herren von Weizsäcker, Blüm und Esser gewiß nicht weh.

Was aber wäre passiert, hätte man von den über 150 qualifizierten Chören von Gewerkschaftern, die inzwischen in der Bundesrepublik existieren, einen – etwa den Chor Hamburger Gewerkschafter – auf die Bühne gelassen? Gewiß hätten sie das, stellvertretend für alle, als Anerkennung für ihr Engagement, ihr Können und die Pflege einer Gattung Kunst der Arbeitswelt empfunden. Doch was würden die Ohren der hohen Gäste empfinden haben beim Klang von Arbeiterliedern, beim Gesang etwa vom Klassenkampf? Und wie wäre dann Weizsäckers Vortrag über den Segen der Sozialpartnerschaft bei den Delegierten angekommen?

Genug der Spekulation! Es ist ja nichts passiert – dank der Beerdigung eines solchen Vorschlags im DGB-Bundesvorstand.

Aber das wußte kaum einer der Delegierten. So konnte dann mancher in seinem Redebeitrag seinen berechtigten Protest gegen die bayerische Fernsehzensur vom 22. Mai gegen Hildebrandts „Scheibenwischer“ unbeschwert vortragen. okulus

Atem des Kaiserreichs

Am 30. April 1986 verkündeten die Richter des hessischen Staatsgerichtshofs das Urteil im Normenkontrollverfahren gegen das hessische Personalvertretungsgesetz, das seit 1. Oktober 1984 gilt. Insgesamt wird das Urteil von der Gewerkschaft ÖTV als ein Schlag „gegen die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltungen, gegen den Auftrag der hessischen Verfassung“ gewertet. Denn in wesentlichen Punkten hat sich das Gericht der Argumentation des hessischen Landesanwalts Klaus Apel (CDU) angeschlossen und dabei sogar noch in früheres Recht eingegriffen.

Folgende Punkte werden angeführt: Mitbestimmungsrechte der Personalräte dürfen das Letztentscheidungsrecht der Verwaltungsspitzen in wichtigen Staats- und Verwaltungsangelegenheiten nicht antasten. Wo nach dem geltenden PersVG ein bindender Spruch der paritätischen Einigungsstelle vorgesehen sei, werde somit die hessische Verfassung verletzt. Das bezieht sich im wesentlichen auf die volle Mitbestimmung beim Umgang mit automatisierten personenbezogenen Datensystemen, auf Privatisierungspläne, die Einführung neuer Arbeitsmethoden und die Festlegung von Verfahren und Methoden der Wirtschaftlichkeits- und Organisationsprüfungen. Auch in Personalangelegenheiten der „hoheitlich tätigen Angestellten in gehobener Stellung“ soll die Einigungsstelle nun nicht mehr das letzte Wort haben – ebenfalls ein Rückschritt gegenüber früheren Bestimmungen. Eine Gruppe der „leitenden Angestellten“ kannte bisher das Personalvertretungsrecht in Bund und Ländern nicht.

Nach einer Einschätzung des hessischen Bezirksvorsitzenden der ÖTV, Herbert Mai, verspüre man in diesem Urteil „den Atem des Kaiserreichs“. Dies gilt vor allem für die Argumentation, das Demokratieprinzip und die Interessenvertretung der Beschäftigten stünden in einem Widerspruch. Obwohl bereits Erfahrungen mit dem Gesetz vorliegen und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung voll gewährleistet ist, urteilte das Gericht gegen ein wirksames Mitbestimmungsrecht bei einschneidenden technologischen Veränderungen. Hier wollen sich die Unternehmer – egal ob öffentlich oder privat – weder in die Karten gucken noch dreinreden lassen. Genau das ist aber schon wegen der unübersehbaren Auswirkungen für die Beschäftigten unerlässlich. Die Gewerkschaft ist daher nicht bereit, diesen Richterspruch als das letzte Wort in Sachen Mitbestimmung hinzunehmen. Zunächst soll bei den anstehenden Vertrauensleutewahlen die gewerkschaftliche Basis gestärkt werden. Wenn es um den Einsatz neuer Technologien geht, sollen die Betroffenen stärker in die betrieblichen Auseinandersetzungen einbezogen werden. R. B.

Tschernobyl und kein Ende? Der Verhandlungstisch wartet

Zweifelloos hat der Reaktorunfall in der Sowjetunion auch in unserem Lande starke Betroffenheit ausgelöst und rechtfertigt eine lange und tiefgehende Diskussion über die vielfältigen Aspekte der friedlichen Nutzung von Atomenergie, insbesondere ihrer Gefahren und der Sicherheitsfrage. Auch in der Sowjetunion selbst wird diese Problematik diskutiert wie nie zuvor, und man spricht von Gesichtspunkten, die es neu zu überdenken gelte. Nach den wüsten Spekulationen und Verunglimpfungen der ersten Tage schenkt man auch hierzulande der „nunmehr ebenso breiten wie sachlichen Unterrichtung der sowjetischen Zeitungsleser über die Unglücksfolgen und ihre Bekämpfung“ (FAZ, 23. 5.) beiläufige Aufmerksamkeit.

Gewiß hätte sich jeder schon am Unglückstag und gleich danach mehr Informationen über das Ausmaß der Katastrophe gewünscht. Doch man hatte sie, wie Gorbatschow selbst erklärte, anfangs unterschätzt. Hinzu kommt wohl auch, was der Sekretär des KPdSU-Zentralkomitees Boris Jelzin am Rande des Parteitages der DKP in Hamburg sinngemäß so beschrieb: Die sowjetische Informationspolitik, der das Drauflosspekulieren fremd sei, strebe stets nach Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit; dies dauere aber länger. Die bürgerlichen Medien würden sich da keine Zurückhaltung auferlegen; so seien sie schneller, aber oft genug auch lügenhaft.

Wie selten zuvor ist diese emotionale Lügenhaftigkeit und Feindseligkeit bei Politikern und Medienvertretern unseres Landes gegen die Sowjetunion, die in letzter Zeit wegen der populären Abrüstungspolitik der UdSSR nicht mehr so richtig zum Zuge kam, wieder aufgeblitzt. Nach dem Motto: „Je schlimmer, desto besser, wenn es gegen die Sowjets geht“, wurde mit Tausenden von Toten, mehreren Reaktorbränden, drohender Hungersnot und dem Verlangen nach Importstopps nur so rumgefetzt.

Mit etwas Zeitabstand versucht heute ein Großteil der Bevölkerung und insbesondere auch die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik, Folgerungen zu ziehen: Sie fordert, Schluß zu machen mit dem Bonner Atomprogramm, das uns bereits einen Anteil von 30 Prozent Atomstrom (8 Prozent in der UdSSR) an der gesamten Stromerzeugung beschert hat und trotz Vorhandenseins reichlicher alternativer Energieträger mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf forciert diesen Weg weitergehen will. Der DGB hat sich auf seinem 13. Bundeskongreß für einen planmäßigen Ausstieg aus der Kernenergie entschieden und das sofortige Abschalten der Atomkraftwerke als unrealistisch abgelehnt.

Man muß dem DGB aber auch Versäumnisse vorhalten. Wenn er sich über mangelnde Informationen, unzureichende oder gar fehlende Zusammenarbeit bei der Re-

aktorsicherheit beklagt und dabei Schuldzuweisungen an die Sowjetunion vornimmt, dann fällt ein Teil davon auf ihn selbst zurück. Der DGB ist es, der – dem Druck der USA-Gewerkschaften im IBFG nachgebend – multilaterale Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder ablehnt, erst recht eine solche zwischen dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltgewerkschaftsbund. Die europäische Gewerkschaftskonferenz aller Gewerkschaftsbünde im ILO-Rahmen in Genf, die seit Mitte der siebziger Jahre fünfmal stattgefunden hatte, ließ er zusammen mit

Mit Mut und Phantasie gegen Berufsverbote

Mit „Mut, Phantasie und Engagement der vielen“ und mit der Erfahrung einer langjährigen Bewegung gegen die Berufsverbote rufen die Teilnehmer/innen der Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote (24./25. Mai 1986 in Mainz) in einer Schlußerklärung: „Die demokratischen Rechte gemeinsam verteidigen! dazu auf: „gerade im kommenden Jahr alle Aktivitäten zu nutzen, die Forderungen der Bewegung gegen Berufsverbote zu verbreitern; ... sich gemeinsam vor jeden Verfolgten und Bedrängten zu stellen, ihm solidarisch zu helfen und jeden Fall öffentlich bekannt zu machen, sich vor Ort verstärkt zur Verteidigung der demokratischen Rechte zusammenzuschließen und durch Flugblätter, Plakate und Anzeigen, durch Kandidatenbefragung und Veranstaltungen alle Parteien und Kandidaten mit unseren Forderungen zu konfrontieren, Antworten abzuverlangen und sie bekannt zu machen.“

Die Internationale Konferenz fand anläßlich des Tages des Grundgesetzes statt, das seit 1949 in 35 Änderungsgesetzen 100mal geändert wurde – also einem fortwährenden Angriff auf seine Substanz ausgesetzt ist. So bekommt die bundesdeutsche Verfassung eine doppelte Bedeutung, die sich auch in der tiefen Kluft zwischen Verfassungstext und -wirklichkeit zeigt: Sie ist einerseits ein politisch-historisches Dokument, das dem aktuellen Zustand des Kampfes um Demokratie entspricht. Die Grundrechte und Freiheiten der Verfassung sind aber zugleich programmatische Grundlage des Wider-

anderen IBFG-Gewerkschaften wegen des Verbots von „Solidarnosc“ platzen.

Gerade aber solche multilateralen Gesprächsrunden wären der Ort gewesen, wo man gewerkschaftliche Schrittmacherdienste für die Entwicklung von Standards für Reaktorsicherheit, Informationsaustausch bei Störfällen, die Gesundheitsbelange der Beschäftigten usw. hätte leisten können. Auf zwei der europäischen Gewerkschaftskonferenzen z. B. stand der Umgang mit giftigen und chemischen Stoffen auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß Sicherheitsbelange im Zusammenhang mit der Kernenergie nach internationaler Absprache und Regelung verlangen, sollte für die Gewerkschaften in Ost und West Anlaß sein, wieder an den gemeinsamen Tisch zu finden.

Und noch ein letztes: Der Unfall von Tschernobyl hat schlaglichtartig ahnen lassen, welche unvorstellbare Hölle sich im Falle einer Auseinandersetzung mit Atomwaffen für die Menschheit auftun würde. Darum sollte die leidenschaftliche Debatte über die Gefahren der friedlichen Nutzung von Kernenergie nicht die Gefahren ihrer militärischen Anwendung verdecken. Auch in dieser Frage sind weiterhin und verstärkt gewerkschaftliches Engagement und internationale Zusammenarbeit für atomwaffenfreie Zonen und die Vernichtung aller Atomwaffen, entsprechend den Intentionen der SU, bis spätestens zum Jahre 2000 gefordert. Gerd Siebert

standes gegen Demokratieabbau; sie bestimmen eine Position, auf der sich alle demokratischen, antifaschistischen und Friedenskräfte verständigen können. Das zeigte die Konferenz u. a. in der Forderung nach mehr direkter, plebiszitärer Demokratie gegen die Arroganz der Herrschenden.

Die Bewegung gegen Berufsverbote ist seit 14 Jahren als eine politische breite Bürgerbewegung zum Schutz und zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten aktiv. Auch die Internationale Konferenz hat erneut manifestiert,

Signale auf Grün stellen für die 35-Stunden-Woche

Als die IG Metall am 30. März 1985 im Frankfurter Zoo-Gesellschaftshaus Abschied von der 40-Stunden-Woche feierte, erklärte der Vorsitzende Hans Mayr: „Wir wollen die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle. Wir haben die erste Etappe hinter uns. Weitere Etappen werden folgen müssen. Das Tor 35-Stunden-Woche ist geöffnet. Es wird nicht mehr geschlossen.“ Der Zeitpunkt, die Tür weiter zu öffnen, ist bald erreicht; denn am 30. September laufen die Arbeitszeitbestimmungen im Manteltarifvertrag für die rund 3,5 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie aus.

Indes hat die IG-Metall-Spitze keinen Zweifel an ihrer Absicht gelassen, nach der 38,5-Stunden-Woche im zweiten Anlauf weitere Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Und auch auf dem Ende Mai in Hamburg stattgefundenen Parlament der Arbeit stand die 35-Stunden-Woche im Mittelpunkt der tarifpolitischen Forderungen, wobei der Wert der solidarischen Tarifpolitik besonders betont wurde.

Zuvor fanden im Vorfeld des Gewerkschaftstages der IG Metall (19. bis 25. Oktober in Hamburg) die Personengruppenkonferenzen statt. Ob es nun die Frauen-, Jugend- oder Angestelltenkonferenz war, ausnahmslos wurde in Beschlüssen die 35-Stunden-Woche verlangt. Hans Janßen schrieb am 30. Mai in „metall“: „Spätestens mit dem Gewerkschaftstag 1986 werden wir mit einer neuen Phase der Mobilisierung für dieses Ziel starten. Ich bin überzeugt, mit großem Erfolg. Denn Arbeitszeitverkürzung schafft mehr Arbeits-

plätze und mehr Freizeit – und entzieht somit auch der lähmenden Angst um den Arbeitsplatz etwas die Grundlage.

Auch die Unternehmer, die in der Vorbereitungsphase und während der Auseinandersetzungen 1984 nicht müde wurden, auf großformatigen Plakaten, in Hunderten von Zeitungsanzeigen und Flugblättern in millionenfachen Auflagen ihren Ruin und damit verbunden die Vernichtung von Arbeitsplätzen an die Wand zu malen, haben eine Gewinnentwicklung, die jedes Kapitalistenherz höher schlagen läßt.

Bedingt durch die gemachten Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung wird aller Voraussicht nach nicht mehr das Maß an Aufklärung unter der Mitgliedschaft notwendig sein, wie vor den Auseinandersetzungen 1984. Aber dennoch gibt es andere Gefahrenmomente: Da ist erst einmal die Absicht der Unternehmer, die Arbeitszeit auf Teufel komm raus zu flexibilisieren.

daß dieser Kampf notwendig und erfolgreich ist. Dabei wurde in den Foren den Workshops und Plenen der Konferenz die Solidarität mit den von Berufsverbot Betroffenen und anderen von staatlicher Repression betroffenen Bürgern und Bürgerinnen moralisch, materiell und politisch weiterentwickelt.

Der internationalen Solidarität kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Gewerkschafter aus Dänemark, Großbritannien, Frankreich und vom Weltgewerkschaftsbund, Repräsentanten von internationalen Organisationen und Gremien, Vertreter politischer Parteien aus dem Europaparlament – sie machten den Berufsverbote-Betroffenen neuen Mut. Sie sorgen dafür, daß die Berufsverbote vor der Weltöffentlichkeit angeprangert werden, wie gegenwärtig durch ein Untersuchungsverfahren vor dem Internationalen Arbeitsamt (ILO). Alex Veldhof aus den Niederlanden sagte für das PvdA-Komitee gegen Berufsverbote: „Wir würden uns freuen, das Komitee aufheben zu können. Aber die heutige Situation gibt dazu leider keinen Anlaß... solange eine derartige Mentalität bei breiten Kreisen in der Bundesrepublik noch

Gemeingut ist, gehen wir vorwärts, vergessen wir die Berufsverbote nicht und stellen den Kampf nicht ein.“

Die Konferenz in Mainz stand unter dem Motto: „Für die Erhaltung der sozialen und politischen Rechte in der BRD! Die Grundrechte gemeinsam verteidigen! Die Berufsverbote ersatzlos beenden!“ Der darin deutlich werdende politische Anspruch der Initiative „Weg mit den Berufsverbote“ wurde eingelöst durch die Aktionsorientierung und durch eine tiefgehende Analyse des Zustandes der Demokratie unter dem Regime der Rechtskoalition.

Diese Analyse – neue Angriffe auf die Demokratie durch Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und der gewerkschaftlichen Rechte und durch sogenannte „Sicherheitsgesetze“ und die Fortführung der Berufsverbotepraxis – begründete die politischen Forderungen der Abschlusserklärung: „Die geplanten ‚Sicherheitsgesetze‘, die neuen Polizeigesetze und das Zivilschutzgesetz dürfen nicht verabschiedet, die bereits beschlossenen müssen aufgehoben werden.“ U. P.

der Unternehmer, die 60-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit einzuführen.

Und weitere Gefahren drohen mit der Aussperrung, wobei durch die Änderung des § 116 AFG – zu deren Bekämpfung die IG Metall viel Kraft investiert hatte –, den Unternehmern ein Mittel gegen die Gewerkschaften in die Hand gegeben wurde. Daraus ergibt sich logischerweise die Konsequenz, auch im Metallbereich über flexible Arbeitskampfmaßnahmen nachzudenken. Als Stichwort sei nur die Frage der Betriebsbesetzungen genannt, wobei der Kampf gegen die Aussperrung nicht von der Tagesordnung verschwinden darf. Alles in allem ist es für die IG Metall an der Zeit, mit der Vorbereitung für die unausweichlichen Auseinandersetzungen zu beginnen und die Signale für weitere Arbeitszeitverkürzungen auf Grün zu stellen.

Ein Schritt in diese Richtung hat die IG Druck und Papier gemacht, deren Arbeitszeitbestimmungen für die rund 115.000 Beschäftigten der Druckindustrie – ein halbes Jahr nach der Metallindustrie – am 31. März 1987 auslaufen. Der Hauptvorstand hat bereits eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Tarifeinsetzungen 1987 vorbereiten soll. Und auch auf den im Mai stattgefundenen Landesbezirkstagen der IG Druck und Papier wurden dafür Lehren gezogen, so u. a. in Hessen, die von dem 2. Landesbezirksvorsitzenden Manfred Balder in folgenden drei Punkten zusammengefaßt wurden:

„1. Wir müssen von der Prämisse ausgehen, daß im gewerkschaftlichen Arbeitskampf künftig nicht mehr relativ schnell ökonomischer Druck entfaltet werden kann. Die Möglichkeiten, ökonomischen Druck auszuüben, werden im Hinblick auf den Einsatz neuer Techniken und schwer organisierbarer Beschäftigtengruppen geringer.“

2. Streiks werden länger angelegt sein müssen, um durch eine Kombination von ökonomischem und politischem Druck den Widerstand der Unternehmer zu brechen, was eine Streiktaktik voraussetzt, die die Einbeziehung möglichst vieler Gewerkschaftsmitglieder – gegebenenfalls abwechselnd – in den Streik ermöglicht. Es geht also um die Ergänzung traditioneller Formen des Arbeitskampfes durch neue Formen einer beweglicheren Streikführung, um die Initiative im Arbeitskampf wieder zurückzugewinnen.

3. Unter diesen Bedingungen und Anforderungen wird der Arbeitskampf, wie nie zuvor, für die Gewerkschaften eine Aufgabe, deren Lösung voraussetzt:

- eine feste betriebliche Verankerung;
- eine systematische Vorbereitung auf die Kämpfe;
- ein entwickeltes gewerkschaftliches Bewußtsein, das zu Disziplin aus Einsicht und Folgebereitschaft aus Überzeugung führt.“ G. M.

Die Verweigerung von Überstunden erwies sich als schärfste Waffe

Kurz vor Pfingsten, am 15. Mai, gelang es der IG Metall, mit dem Pilotabschluß in Nordwürttemberg/Nordbaden die 3,8-Prozent-Sperrlinie der Metallunternehmer zu durchbrechen. Das Ergebnis: für die Zeit vom 1. Mai 1986 bis zum 31. März 1987 eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,4 Prozent, eine Einmalzahlung für den Monat April in Höhe von 230 DM und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in den beiden ersten Lehrjahren um 30 DM und für das dritte und vierte Ausbildungsjahr um 35 DM. Wenige Tage später, übernahmen alle anderen Tarifbezirke das Sindelfinger Ergebnis. In Hessen wollten die Unternehmer zwar unter dem Abschluß von Sindelfingen bleiben. Dies mißlang gründlich.

Die Bezirksleitung in Frankfurt schätzte den Abschluß, ähnlich wie die Kollegen des Bezirks Stuttgart, („vorzeigbarer Kompromiß“) ein: „Alles in allem ist dies sicher kein Ergebnis, das zum Jubeln veranlaßt. Doch immerhin: Wir haben durch den Pauschalbetrag zumindest für dieses Jahr eine Verbesserung für die unteren Lohngruppen erreicht. Und: Wir haben durchgesetzt, daß die Auszubildenden nicht abgekoppelt werden.“ Letzteres ist sicherlich das bedeutsamste Ergebnis.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dr. Dieter Kirchner, wertete den Stuttgarter Abschluß als „einen vernünftigen Kompromiß“, der nicht aus dem Rahmen falle, der bereits von anderen Branchen vorgegeben worden sei. Das „Handelsblatt“ vom 20. Mai meint, daß der Pilotabschluß „im Rahmen lohnpolitischer Vernunft“ bleibe. Wenn beiden Seiten diesen Abschluß so positiv bewerten, könnte man meinen, daß ein guter Kompromiß herausgekommen sei. Es scheint aber dennoch notwendig, dieses Ergebnis differenzierter zu hinterfragen.

Schon relativ früh war erkennbar, daß die IG Metall in diesem Jahr nicht streiken wollte. Das wußten die Unternehmer. Aus diesem Grunde traten sie in den Verhandlungen provokativ auf. Die zeitweilige relative Preisstabilität war der von der Gewerkschaft erarbeiteten Argumentationslinie sicher auch nicht förderlich. Die Unternehmer rechneten allerdings nicht damit, daß die Gewerkschaft in der Lage war, auch unterhalb der Schwelle eines Streiks, die Unternehmer schmerzhaft zu treffen. So waren die Metallunternehmer, nachdem sie sich in den ersten Verhandlungen nicht dazu bequemen wollten, überhaupt nur ein Angebot zu machen, erst unter dem Eindruck angekündigter Widerstandsaktionen bereit, ein lächerliches Angebot von 3,8 Prozent zu unterbreiten.

Da aber die Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie wußten, wie der Verhandlungsführer der IG Metall in Stuttgart, Walter Riester, sagte, daß die Unternehmer „seit Jahren wie Dagobert Duck im Geld schwimmen“, legten sie in mehreren

Tarifbezirken die Arbeit befristet nieder. Allein in der letzten Woche vor dem Abschluß in Nordwürttemberg-Nordbaden hatten hier immerhin 144.800 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende mit betrieblichen Kampfmaßnahmen gegen die Verweigerungsstrategie der Unternehmer demonstriert. Diese Zahl war sicherlich auch nicht berauschend, war aber für die Unternehmer ein Warnzeichen.

Als ein wirkungsvolles Druckmittel in den Händen der Gewerkschaften entpuppte sich die Weigerung mehrerer Betriebsräte in Baden-Württemberg, Überstunden zuzustimmen bzw. die Verweigerung anzukündigen, solange kein akzeptabler Tarifabschluß vorliege. Die Kolleginnen und Kollegen erklärten: „Laßt die Unternehmer selber ihre Überstunden machen.“ Der Vorsitzende des Vertrauensleuteausschusses des Bezirks Stuttgart, Edgar Schmidt, meinte, daß eine generelle Überstundenverweigerung nach Pfingsten viele Metallbetriebe ins Mark treffen und in betriebliche Lieferschwierigkeiten bringen würde.

Die gewerkschaftliche Position wurde durch den Abschluß in der Feinblechverpackungsindustrie Baden-Württembergs am 5. Mai gestärkt. Die Löhne und Gehälter für die 1500 Beschäftigten wurden ab 1. Juni 1986 um 4,5 Prozent angehoben. Für den Monat Mai gab es eine einmalige Pauschale von 200 DM. Die Ausbildungsvergütungen wurden in allen vier Ausbildungsjahren um 4,5 Prozent erhöht und für den Monat Mai an jeden Auszubildenden eine Pauschale von 90 DM gezahlt. Mit ihrem Abschluß in Nordwürttemberg/Nordbaden gelang es der Gewerkschaft, ein wichtiges unternehmerisches Ziel zu verhindern, denn der Vizepräsident von Gesamtmetall und Koordinator der Tarifpolitik auf Metallunternehmerseite, Gerhard Müller, wollte den Abschluß in der Region suchen, „wo die wirtschaftliche Situation am schlechtesten ist“.

Wenn trotz des in den Betrieben und Tarifkommissionen sicherlich überwiegend positiv aufgenommenen Abschlusses für die Unternehmer rundherum zufriedenen

sind, ist es sicherlich nicht abwegig, auch nach Schwächen in der gewerkschaftlichen Strategie zu fragen, zumal die soziale Komponente nur klein ausfiel. War es dienlich, daß die IG Metall schon sehr frühzeitig zu erkennen gab, daß sie keinen Arbeitskampf wolle und die außerordentliche Sturheit der Unternehmer nicht sofort beantwortete?

In „Der Gewerkschafter“ Nr. 5/1986 stellte der im Vorstand der IG Metall für die Tarifpolitik zuständige Hans Janßen zutreffend fest: „Unsere alte Erfahrung bestätigt sich erneut: Nur Druck schafft Bewegung.“ Es gebe zwei Möglichkeiten, entweder sich am Verhandlungstisch der Verweigerungshaltung der Unternehmer unterzuordnen oder die gewollte gute Ausgangslage für die nächste Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu sichern.

Wenn das aber so richtig ist, warum ging dann die IG Metall anders herum vor? Sie kündigte zwar Aktionstage an, aber, so Janßen, „beim 6. Verhandlungstermin für Nordwürttemberg/Nordbaden (am 2. Mai) hat die IG Metall daher von sich aus einen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt, der unsere Kompromißbereitschaft nachdrücklich unterstreicht: eine Einmalzahlung von 350 DM und 4,5 Prozent für weitere elf Monate. Die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen gehört selbstverständlich dazu... Wir haben mit dem Stuttgarter Vorschlag unsere Verhandlungsfähigkeit in den Regionen und unseren Willen zur Konfliktlösung erneut verdeutlicht.“

Bereits am 21. April, also während der 5. Verhandlungsrunde, hatte die IG Metall in Stuttgart eine „Berechnungsvariante“ zum „Verhandlungskorridor“ der Metallunternehmer vorgelegt. Diese Variante sah einen Pauschalbetrag von 210 DM für alle im April und 4,5 Prozent für weitere 11 Monate vor. Wenngleich die IG Metall den Unternehmern vorwarf, diese Berechnung zu einem Angebot umgemünzt zu haben, so zeigt sich bei einem Vergleich mit dem Abschluß, daß sich dieser in der Form nur ganz unwesentlich von der Variante unterscheidet und vom Volumen her fast identisch ist.

Ist es aber richtig, zu einem Zeitpunkt, wo die eigene Mobilisierung noch nicht richtig angelaufen ist und folglich die Unternehmerfront noch nicht einmal ins Wanken gebracht werden konnte, von der eigenen Ausgangsposition, und sei es auch nur in Form alternativer Berechnungen, abzurücken? Müßte sich im Bewußtsein der Mitglieder nicht die Auffassung verfestigen, daß die Standpunkte zwischen Gewerkschaft und Unternehmern nur noch wenige Zehntelprozentpunkte auseinanderliegen? Wenn dies zutrifft, dann ist dies aber für die Mobilisierung, und dies zeigte sich dann auch in der Praxis, keineswegs günstig. Dies sollte bei den kommenden Tarifeinsetzungen bedacht werden. Denn auch hier gilt, zwar ist die Tarifrunde 1986 gelaufen, aber noch in diesem Jahr werden die Tarife über die Arbeitszeitverkürzung gekündigt, und bis zum Auslaufen der Lohn- und Gehaltstarife sind es auch nur noch etwas mehr als ein dreiviertel Jahr. Heinz Schäfer

Besen und Schrubber blieben in NRW unbenutzt

Seit dem 1. Juni bekommen die nordrhein-westfälischen Gebäudereinigerinnen um 4,8 Prozent höhere Löhne bei einer 15monatigen Laufzeit des Tarifvertrages. Das bedeutet auf den Monat umgerechnet eine Lohnsteigerung von 3,84 Prozent. Dieses Ergebnis mußte erkämpft werden. Seit Oktober des vergangenen Jahres waren mehrere Verhandlungen gescheitert und auch die Schlichtungsverhandlung. Forderungen nach Lohnerhöhung stellten die Unternehmer des Gebäudereinigerhandwerks ihr skandalöses Ansinnen nach einer 10prozentigen Kürzung entgegen.

Dies und die Verweigerungshaltung der Unternehmer führte zu Objektstreiks. In vielen öffentlichen Gebäuden blieben in der letzten Aprilwoche Staubsauger, Schrubber, Besen und Putztücher unbenutzt, und so mancher Papierkorb ungeleert, u. a. auch in der Bielefelder Uni. Hier streikten die Gebäudereinigerinnen, meistens ausländische Kolleginnen, drei Tage. Sie wurden unterstützt von den Vertrauensleuten der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Fast alle Streikenden wurden während dieser

Zeit Mitglied der zuständigen IG Bau-Steine-Erden. Auch die Studenten halfen, Streikbrecher fernzuhalten.

Die Unternehmer reagierten mit Zuckerbrot und Peitsche. Mit Kaffee und Kuchen einerseits und andererseits mit der Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen versuchten sie, die Frauen zur Aufgabe der Arbeitskampfmaßnahmen zu bewegen. Doch ihre Absicht ging gründlich daneben. Als schließlich noch der Entzug einiger Aufträge drohte, entschlossen sie sich zu dem Abschluß.

Zum gleichen Zeitpunkt waren auch in Hessen von der IG Bau-Steine-Erden Arbeitskampf vorbereitungen getroffen worden. Vor dem Hintergrund der Streikbereitschaft kam es ebenfalls zu einem Abschluß für die rund 30000 Beschäftigten. Ab 1. Juni erhalten sie 4,9 Prozent Lohnerhöhung bei einer zwölfmonatigen Laufzeit des Tarifvertrages. Auf Rückfrage bei dem zuständigen Tarifexperten im hessischen Landesverband der Gewerkschaft, Denker, schloß dieser nicht aus, daß dieses Ergebnis auch auf die Streiks in NRW zurückzuführen ist. G. M.

Textilarbeiter streikten

Die Stimmung unter den Textilarbeitern ist auf dem Siedepunkt. Bis Redaktionsschluß fanden bundesweit in 150 Betrieben Warnstreiks mit rund 20000 Beteiligten statt. Weitere Kampfmaßnahmen werden vorbereitet und erste Vorbereitungen für die Urabstimmung getroffen.

Nach Redaktionsschluß wurden erste Ergebnisse erzielt. Bei einer Laufzeit der Tarifverträge von zwölf Monaten betragen die Lohn- und Gehaltserhöhungen 4,4 Prozent.

Die Auseinandersetzungen haben folgenden Hintergrund: Fristgerecht zum 30. April hatte die GTB die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die rund 230000 Textilarbeiterinnen gekündigt und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent gefordert. Dem standen Unternehmerangebote in den Bezirken auch nach vier Verhandlungsrunden zwischen 3,4 und 3,9 Prozent gegenüber, nachdem zuerst die Verhandlungsaufnahme und das Verhandlungstempo bewußt verzögert wurden, um der Metallindustrie den Vortritt zu lassen.

Heute, wo in diesen Bereichen die Marken gesetzt worden seien, versuche man rigoros, den Arbeitnehmern der Textilindustrie, die ohnehin mit ihren Verdiensten weit unter dem Durchschnitt der gesamten Wirtschaft liegen, eine geringere Lohnerhöhung aufs Auge zu drücken. Ge-

gen diese Absicht werde man sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Schließlich dürften „die Textilbetriebe, in denen den Beschäftigten täglich Spitzenleistungen abverlangt werden... nicht zu Armenhäuser unserer Industriegesellschaft verkommen“, erklärte der GTB-Tarifexperte Schumacher. Er wies auch darauf hin, daß die Textilindustrie im vergangenen Jahr mit einem Produktivitätszuwachs von 5,3 Prozent erneut ein Spitzenergebnis erzielt und ein blendendes Geschäftsjahr hinter sich habe.

Wie Schumacher weiter erklärte, würde seine Gewerkschaft sich von der Durchsetzung mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vergleichbarer Einkommenserhöhungen nicht abbringen lassen; selbst auch dann nicht, wenn die Arbeitgeber versuchen sollten, den auf Bestellung der Unternehmer von der Bundesregierung gelieferten Antistreibeparagraphen 116 AFG als Pressionsmittel in ihre unsocialen Überlegungen einzubeziehen, nachdem die Tinte des Bundespräsidenten unter diesem Knebelgesetz gerade erst trocknen ist.

Auch in der Bekleidungsindustrie mit rund 188000 Beschäftigten, für die bundesweit verhandelt wird, hat sich die Situation zugespitzt. Hier haben bereits in 40 Betrieben Warnstreiks mit rund 7000 Beteiligten stattgefunden. G. M.

Strittig: Zentral oder nicht?

Die erste Tarifgesprächsrunde in der chemischen Industrie hat – wie üblich – noch kein Resultat gebracht. Auf dem Treffen zwischen IG Chemie – Papier – Keramik und dem Unternehmerverband Chemie am 14. Mai in Nürnberg wurde vornehmlich die wirtschaftliche Situation des Industriezweigs mit über 680000 Beschäftigten erörtert. Die Gewerkschaft hat die einheitliche Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um sieben Prozent gefordert. Die Verhandlungen sollten am 9. und 10. Juli in Frankfurt fortgesetzt werden.

In Teilen der Gewerkschaft ist es über die Frage, ob die Lohnverhandlungen zentral oder regional geführt werden sollen, zu Unstimmigkeiten gekommen. Da in dieser Tarifrunde auch ein erster Schritt zu einem bundesweiten Entgelttarifvertrag getan werden soll, hat der IG-Chemie-Hauptvorstand den Bezirken zentrale Verhandlungen empfohlen und sich das Mandat dafür geben lassen. Von den zwölf Bezirken votierte Rheinland-Pfalz für Beibehaltung der bezirklichen Tarifautonomie und forderte außerdem acht statt der empfohlenen sieben Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung. Die Antwort des Hauptvorstandes sinngemäß: Dann möge der Bezirk Rheinland-Pfalz die Dinge regional regeln – so er kann –; für die anderen elf Bezirke werde zentral verhandelt. So war in die Verhandlungen am 14. Mai Rheinland-Pfalz nicht mit eingeschlossen. Andererseits lehnte der Unternehmerverband regionale Gespräche ab.

Wie nun der Bezirk Rheinland-Pfalz in die Verhandlungen einbezogen werden kann, sollte in den ersten Junitagen – nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe – von den zuständigen Organen erörtert und entschieden werden. Als „erster Schritt“ zum Entgelttarifvertrag, der einheitliche Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte bringen und 1987 endgültig vereinbart werden soll, wird von der Gewerkschaft neben der Erhöhung der Löhne und Gehälter eine Anhebung der sogenannten Mindestverdienstgrenze in den beiden höchsten Lohngruppen angestrebt. Es geht der IG Chemie erklärtermaßen um die materielle Gleichstellung aller Arbeitnehmer, „die gleiche, gleichwertige oder vergleichbare Tätigkeiten ausüben“.

Die Vertreter der Gewerkschaft erklärten in Nürnberg, daß die gerade veröffentlichten Nachkriegsrekordgewinne in der chemischen Industrie und die fortwährende Stabilisierung der Chemiekonjunktur auf hohem Niveau für die Erfüllung der Forderungen genügend Spielräume bieten würden. – Das müßte dann wohl auch heißen, daß die bisher erfolgten Abschlüsse um vier Prozent in anderen Industriebereichen für die chemische Industrie kein Maßstab sein können. G. S.

Technologie-Tarifvertrag

Auf tarifpolitisches Neuland orientiert die IG Druck und Papier in Hessen. Sie verabschiedete auf ihrem 14. Landesbezirkstag am 24./25. Mai in Frankfurt einen Antrag, der fordert, einen Technologie-Tarifvertrag durchzusetzen. Das sei eine vordringliche Aufgabe, die unverzüglich in Angriff genommen werden müßte. Zum Inhalt des Tarifvertrages heißt es:

Er „muß wirksame Mitbestimmungs- bzw. Vetorechte der Betriebsräte und der Belegschaften und branchenübergreifende Regelungen bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien im allgemeinen und konkret inhaltliche Schwerpunkte absichern. Folgende Schwerpunkte sind u. a. dabei zu berücksichtigen:

- Arbeitsorganisation
- Arbeitsplatzgestaltung
- Gesundheitsschutz
- Besitzstandsschutz
- Produktionsverlagerung.

Bei der Verletzung der Mitbestimmung und Vetorechte des Betriebsrates und der Belegschaften muß ein tarifliches Notwehrrecht vereinbart werden. Der Kampf muß um jeden Arbeitsplatz geführt werden.“

Zugleich ergeht in dem Antrag an die Führung der IG Druck und Papier der Auftrag, mit dem DGB-Bundesvorstand, aber insbesondere der IG Metall, ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen des DGB, wie es bereits ansatzweise beim Einstieg um die 35-Stunden-Woche praktiziert worden sei, sicherzustellen. Nach den Antragstellern sollte spätestens während der Tarifbewegung 1988 die Forderung nach einem Technologie-Tarifvertrag den Unternehmern präsentiert werden, „und zwar unbeschadet der in diesem Zeitpunkt noch laufenden Rationalisierungsschutzverträge“.

Schon zuvor soll auf der Grundlage eines zentralen Schulungsleitfadens der Inhalt zu diesem Tarifvertrag diskutiert werden, eng verbunden mit den erforderlichen Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategien. Dieser Antrag geht an den im Oktober stattfindenden 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Essen. Der hessische Landesbezirkstag erwartet, daß dieses tarifpolitische Novum nicht nur eine Mehrheit findet, sondern angesichts der negativen sozialen Folgen bei der Einführung neuer Technologien im Kapitalinteresse in der Mitgliedschaft positiv aufgenommen wird. P.

Erwin Ferlemann: „Effektives Plus“

Rückwirkend ab 1. April tritt für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der Druckindustrie ein neuer Tarifvertrag in Kraft, der Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen von 4,5 Prozent beinhaltet. Das ist das Ergebnis einer am 16. Mai in München stattgefundenen Schlichtungsverhandlung. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate. Zwar hatten die Unternehmer alles versucht, nicht über 3,4 Prozent zu kommen, aber die große Investitionstätigkeit in den Druckereien und der Abschluß der IG Metall trugen zu diesem Ergebnis bei, das vom IG-Druck-Vorsitzenden Erwin Ferlemann als „ein effektives Plus“ gewertet wurde.

In neunter Runde ein Kompromiß

In neunter Verhandlungsrunde und nach über einjährigem tariflosen Zustand ist es der IG Metall Ende April gelungen, für die Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Elektrohandwerks folgenden Kompromiß durchzusetzen: 38,5 Stunden für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden ab 1. Juni 1987; Erhöhung der Löhne und Gehälter zum 3,7 Prozent ab 1.

Mai 1986; 30 Tage Urlaub für alle Arbeiter und Angestellten; Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 50 Prozent; 28 Tage Urlaub für alle Auszubildenden und Erhöhung ihrer Vergütung in allen Ausbildungsjahren um 10 DM ab 1. August 1986. Grund für die lange Dauer der Verhandlungen war die Weigerung der Unternehmer, die Auszubildenden in die Arbeitszeitverkürzung miteinzubeziehen.

„Menschenverachtende Untätigkeit“

Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen hat der Bundesregierung „menschenverachtende Untätigkeit“ in der Beschäftigungspolitik vorgeworfen. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in den vergangenen zweieinhalb Jahren halte die Arbeitslosigkeit über mehrere Monate den absoluten Nachkriegsrekord, erklärte Janzen am 21. Mai auf der Bezirkskonferenz seiner Organisation in Westberlin. Von wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit sei die Bonner Regierung weit entfernt. Der IGM-Funktionär, der das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz kritisierte, erklärte wörtlich: „Nicht die Bundesregierung, sondern wir haben mit unserem Kampf für Arbeitszeitverkürzung gegen die geschlossene Front von Arbeitgebern und Regierungskoalition Arbeitsplätze gesichert und für über 100000 Menschen Arbeitsplätze geschaffen.“

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltsverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Fakten sind nach dem Kündigungsterminkalender des Tarifarchivs des WSI von Ende September 1985 zusammengestellt.

30. Juni – 0,8 Mio.

Chemische Industrie Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz (313200); Steinkohlenbergbau Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar (171700); Kautschukindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (53700); Energieversorgung einige Bereiche in Niedersachsen (43300); Heizungsindustrie und -handwerk Bayern (38000).

31. Juli – 0,3 Mio.

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (172400); Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen (40200); Hohlglas- und Kristallglaserzeugung einschl. Hüttenveredelung und -verarbeitung verschiedene Bereiche im Bundesgebiet (25400).

31. August – 0,4 Mio.

Eisen- und Stahlindustrie Bremen, Osnabrück, Peine-Salzgitter, Nordrhein-Westfalen (176300); Stationierungstreitkräfte Bundesgebiet (117900); chemische Industrie Saarland, Bayern (67000); papiererzeugende Industrie Bezirk Düsseldorf/Köln, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz (23300).

30. September/31. Oktober – 0,18 Mio.

Hohlglaserzeugung Gruppe I und II – Fachverband – (15300); Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden (12000); Erdöl- und Erdgasgewinnung Bundesgebiet und Westberlin (8500); Mineralölverarbeitung – Shell AG – Bundesgebiet und Westberlin (4500). **31. Oktober:** VW-Werke AG (120000); Eisen- und Stahlindustrie Saarland (21600); feinkeramische Industrie Baden-Württemberg (3000); Mineralbrunnen- und Erfrischungsgetränkeindustrie Pfalz (3000).

30. November/31. Dezember – 0,08 Mio.

Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (82400); Elektrohandwerk Hessen (20000); Friseurhandwerk Niedersachsen (17200).

28. Februar 1987 – 0,26 Mio.

Klempner-, Landmaschinen-, Schlosser- und Schmiedehandwerk Nordrhein-Westfalen (125000); Einzelhandel Hessen (124000); Heizungsindustrie und -handwerk Hamburg, Nordrhein-Westfalen (9700); Coop-Unternehmen Hessen (5000).

Nichts geht ohne ihren Willen Das Netzwerk der Großbanken

Die drei Großbanken haben die Bundesrepublik mit einem dichten Netz personeller Verflechtungen überzogen. Dieses Netzwerk der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank reicht dabei nicht nur in andere Wirtschaftsunternehmen hinein, sondern bis in den Staatsapparat, in die Verbände, wissenschaftliche Institutionen etc. Vorab einige notwendige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Bedeutung der Großbanken.

Die enormen Potenzen der drei Banken gehen bereits aus einigen wenigen Kennzahlen der Bilanzen hervor (siehe Tabelle). Die sich in diesen Globalzahlen andeutende Universalität der Großbanken – immerhin bewegt allein die Deutsche Bank Geldmengen in Höhe des Bundesetats – gibt ihnen die Möglichkeit, als organisierende und steuernde Zentren des bundesdeutschen Kapitalismus aufzutreten. Ein Hebel zur Verwirklichung der Steuerungsfunktionen ist die enge Verflechtung der Großbanken mit Industrie, Handel und Unter-

In der Praxis ist jedoch der Einfluß ihrer 25 Prozent Stimmrechte noch höher. Unter anderem bewirkt dies die geringe Präsenz auf den Hauptversammlungen, die bei 60 bis 80 Prozent des Kapitals liegt. Die Macht der Großbanken wird verstärkt – und historisch überhaupt erst bewirkt – durch die Kreditvergabe und die daraus erwachsenden enormen Insider-Kenntnisse. Einen ganz wesentlichen Einflußfaktor bilden zudem die personellen Verflechtungen, die zugleich Abbild der anderen Machtfaktoren sind.

Ausgewählte Globalzahlen zu den Großbanken

	Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank
Geschäftsvolumen – Konzern 1985 –	260,0 Mrd. DM	188,7 Mrd. DM	137,5 Mrd. DM
Geschäftsstellen ²	1411	1185	882
Kunden ²	6 400 000	3 100 000	2 600 000
Beschäftigte ²	47 900	32 200	22 800

¹ geschätzt
² 1984
Quelle: Geschäftsberichte, FAZ

nehmen anderer Bereiche. Im Ergebnis dieses Prozesses haben sich um die einzelnen Banken herum Finanzgruppen gebildet.

Die Großbanken halten etwa 5 Prozent aller inländischen Aktien in ihrem Besitz. Allein der Anteilsbesitz der Deutschen Bank erreicht einen Wert von etwa 15 Milliarden DM; darunter sind mehr als 25 Prozent des Kapitals von Daimler-Benz, Hapag-Lloyd, Holzmann, Horten, Karstadt u.a. – alles Führer ihrer Branchen.

Der wichtigste Hebel der Macht der Banken ist aber das Depotstimmrecht, also die Stimmrechtsvermehrung über die von den Bankkunden ins Bankdepot gegebenen Aktien. 21 Prozent (1984) aller Aktien ruhen in den Depots der Großbanken. Das daraus resultierende Stimmrecht wird fast vollständig von den drei Banken wahrgenommen. Im Ergebnis verfügen die Großbanken aus Anteilsbesitz und Depotstimmrecht über ein Viertel aller Aktienstimmrechte in der Bundesrepublik. Sie können damit im Durchschnitt aller AGs die Sperrminorität ausüben – nichts geht gegen ihren Willen.

Die Großbanken organisieren durch primäre und sekundäre Verflechtungen 2154 Personen. (Die hier vorgestellten Ergebnisse gehen auf eine Untersuchung des Autors zurück, die im Rahmen des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchgeführt wird.) Primäre Verflechtungen meint hier Banker in Organen der Nichtbank-Unternehmen, sekundäre Verflechtungen Nicht-Banker in Gremien der Großbanken. Das Verhältnis von primären zu sekundären Verflechtungen beläuft sich auf 1:2.

Über diese 2154 Personen halten die Großbanken Verbindungen zu 3146 inländischen Unternehmen, zu rund 500 Unternehmen im Ausland, zu über 120 staatlichen Stellen und zu fast 900 Verbänden, wissenschaftlichen Institutionen und ähnlichem.

An den Verflechtungen mit Wirtschaftsunternehmen ist die Deutsche Bank zu 55 Prozent beteiligt; zu 36 Prozent der 3146 erfaßten Firmen unterhält sie allein Kontakt. Darunter befinden sich aus dem Kreis der 50 größten Industrieunternehmen folgende Unternehmen, die wir unbedingt

zur Finanzgruppe der Deutschen Bank zählen müssen: VEBA, Daimler-Benz, Siemens, RWE, Bosch, Mannesmann, Flick, Henkel, Holzmann, Hoesch, Bertelsmann und Reemtsma. Bedingt dazurechnen müssen wir auch Bayer.

Unter den großen 50 befinden sich auch Konzerne der Firmengruppe der Finanzgruppe Dresdner Bank: Krupp, BMW/Quandt-Gruppe und bis zur Übernahme der AEG durch Daimler-Benz auch diese. Gerade der kürzlich erwungene Wechsel zeigt den gewaltigen Kampf zwischen den Großbanken, der überhaupt erst zur Herausbildung der Finanzgruppen führte. Nicht berücksichtigt sind hier im übrigen Konzerne in Staatseigentum oder ausländischem Besitz, mit denen ebenfalls intensive personelle Verflechtungen bestehen. Die Commerzbank spielt unter den Industriegiganten nur eine untergeordnete Rolle.

Zum Abschluß soll am Beispiel Daimler-Benz/Deutsche Bank die Intensität der Verflechtung dargestellt werden. Die Deutsche Bank hält selber 28,5 Prozent des Daimler-Kapitals und verfügt über die Stimmrechte der ehemaligen Flick-Anteile und Streubesitz über wenigstens weitere 30 Prozent.

Diese faktische Beherrschung wird durch personelle Beziehungen abgerundet. So bekleidet Hermann J. Abs, Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank, dieselbe Position bei Daimler. Aufsichtsratsvorsitzender des neuen Rüstungsgiganten ist Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Weitere fünf Aufsichtsräte von Daimler sind selber Deutsch-Banker oder in einem zentralen Organ der Bank Mitglied. Umgekehrt sitzt Daimler-Chef Werner Breitschwerdt im „Beraterkreis der Gesamtbank“ und zwei weitere Daimlerianer in Beiräten der Deutschen Bank. Personelle Verflechtungen gibt es auch mit einigen Daimler-Töchtern.

Fazit: Ein umfassendes Netzwerk der Großbanken, von dem hier nur einiges angesprochen werden konnte. Für die Gewerkschaftsbewegung sollte es eine Aufgabe sein, entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB beschloß den Antrag 88 „Neuordnung des Bankenrechts“. Der DGB fordert eine demokratische Kontrolle des Bankensektors. Besondere Dringlichkeit mißt er neben der Neuordnung des Bankenrechts der Neuorientierung der Bankenpolitik bei. Der Einfluß der Banken auf andere Unternehmen soll beschränkt werden. Erforderlich sei gleichzeitig eine demokratische Kontrolle der Bankenmacht mit dem Ziel, die Kreditvergabepolitik der Banken stärker als bisher an arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Belangen auszurichten und erweiterte Möglichkeiten der Einflußnahme auf die internationale Tätigkeit der Banken zu erschließen.

Hermannus Pfeiffer

In den Kassen der Albrechts werden 17 Mrd. Mark klingeln

Zu den Großen nicht nur auf dem bundesdeutschen Lebensmittelmarkt, sondern Westeuropas, gehören die beiden Albrecht-Brüder Theo und Karl mit Sitz in Essen und Mülheim (Ruhr). Durch Geiz, Feilschen um jeden Pfennig und Skrupellosigkeit haben sie es dazu gebracht. Ihr „Aufstieg“ begann nach der Währungsreform mit dem Verkauf von Konserven aus der Kiste in Mutters Essener Krämerladen. Ihrem damaligen Hauptkonkurrenten, dem gewerkschaftseigenen Konsum, gruben sie auch damit das Wasser ab, indem sie statt der dreiprozentigen am Jahresende einzulösenden Gutschriften ihre Waren um den gleichen Prozentsatz verbilligt anboten.

So entstanden nach und nach die Albrecht-Discount-Läden, zuerst in den Arbeitervierteln des Ruhrgebiets mit rohgezimmerten Holzregalen, nackten Glühbirnen, eher Fabrikhallen ähnlich denn Läden, Selbstbedienung und vielen Kartons. Später wurde dann aus Albrecht-Discount Aldi. Kaum zu zählen sind die Tante-Emma-Läden an der Ecke, die durch die Konkurrenz der beiden Brüder zum Aufgeben gezwungen wurden. Aber auch großen Firmen, ja Marktführern, lehrten sie das Fürchten.

Das in Nord und Süd aufgeteilte Imperium erstreckt sich über die gesamte Bundesrepublik und wird abgerundet durch Aldi-Supermärkte in Österreich, Belgien, Dänemark, ja selbst in den USA. Einzelheiten über die Geschäftspraktiken veröffentlichte der „stern“ in seiner Ausgabe 5/86. Darauf stützt sich auch dieser Artikel.

Die beiden Albrecht-Brüder besitzen in der Bundesrepublik 1824 alle nach dem gleichen Schema eingerichtete Supermärkte. Theo, mit 63 Jahren der jüngere, regiert über die 1024 Supermärkte im Norden und Karl, um zwei Jahre älter, über 800 im Süden mit insgesamt mehr als 10000 Beschäftigten. Ein Supermarkt gleicht wie ein Ei dem anderen. Dennoch gibt es geringe Unterschiede: Im Norden kann man an der Kasse Zigaretten kaufen, was im Süden nicht möglich ist. Dafür gibt es aber keinen Telefonanschluß, denn die Grundgebühren würden monatlich für die 1024 Märkte 27648 Mark betragen. Ein Unterschied besteht auch darin, daß – obwohl aus der gleichen Fabrik stammend – die Marmelade bei Theo im Norden „Tamura“ und „Grandessa“ bei Karl heißt.

Zum Aldi-Imperium, dessen Kunden und auch Personal durch kleine Öffnungen, auch als Spiegel getarnt, beobachtet werden, gehören 30 regionale Auslieferungslager, mit jeweils einer Fläche, auf der drei bis vier Fußballplätze untergebracht werden könnten. Theo und Karl nennen einen Wagenpark mit über 1000 Lkws ihr eigen, ebenso vier Kaffeeröstereien. Selbst die Marktführer des Kaffeeengeschäfts Tschibo, Jacobs und Eduscho fürchten die Aldi-sche Konkurrenz. Und das aus gutem Grund. Bereits jetzt haben die beiden Brüder Eduscho auf Platz vier verdrängt und

schicken sich nun an, Jacobs – nach Tschibo die Nummer zwei auf dem bundesdeutschen Kaffeemarkt – diesen Platz streitig zu machen, denn schon jetzt stammt jede sechste Tasse Kaffee von Aldi. Ebenso auch jede dritte Dose Gemüse-, Fleisch- und Wurstkonserven, jede fünfte Tube Mayonnaise und jedes fünfte Glas Gurken.

In diesem Jahr werden von den knapp 140 Mrd. DM, die die Bundesbürger für Nahrung, Getränke, Putz- und Waschmittel ausgeben, schätzungsweise 17 Mrd. DM in den Kassen von Aldi klingeln. Untersuchungen besagen, daß 1983 rund 45 Millionen Bundesbürger zumindest einmal bei Aldi eingekauft haben und elf Millionen zu den Stammkunden zählen.

Rund 560 Produkte gehören zum Stammsortiment der Aldis. „Kleinverträge so um

HBV: Kein „Segen“ für Flexibilisierung

Nach Redaktionsschluß führte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in mehreren Schwerpunktbetrieben des nordrhein-westfälischen Großhandels Urabstimmungen durch, nachdem die Tarifverhandlungen für die rund 260000 Beschäftigten gescheitert waren. Die Großhändler wollten eine Regelung, die bis zur 60-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit führen könnte. Nach Angaben des stellvertretenden HBV-Vorsitzenden, Dieter Steinborn, verknüpften sie ihre Forderung mit dem Angebot, ab 1. Januar 1987 die 38,5-Stunden-Woche einzuführen sowie die Löhne und Gehälter für einen Zeitraum von 24 Monaten um 3,8 Prozent zu erhöhen. Dieses Angebot, das weit unter den Abschlüssen in anderen Großhandelsstarifbereichen liegt, ist für die HBV nicht akzeptabel. Dazu erklärte Dieter Steinborn: „Wir werden auch auf keinen Fall der von den Arbeitgebern des Großhandels in Nordrhein-Westfalen angestrebten Heiligsprechung einer für die Arbeitnehmer nicht akzeptablen Arbeitszeitflexibilisierung auch noch unseren tarifvertraglichen Segen geben.“

die zwei Millionen Mark herum... werden nie wieder abgeschlossen, wenn die Waren nicht innerhalb von neun Tagen verkauft sind (während sich die Aldis von ihren Lieferanten eine Zahlungsfrist von 30 Tagen ausbedingen)“, schreibt der „stern“. Überwiegend werden langfristige Verträge mit Preisgarantie über den gesamten Vertragszeitraum abgeschlossen. Steht einmal einem Lieferanten – weil er seinerseits höhere Preise zahlen muß – das Wasser bis zum Halse, dann kennen Theo und Karl kein Erbarmen. Sie lassen ihn fallen wie eine heiße Kartoffel.

Ebenso rigoros werden die Beschäftigten ausgepowert. Als Mittel dazu dient ein ausgeklügeltes Prämiensystem, wobei sich die Höhe nach dem im Vormonat erzielten Pro-Kopf-Umsatz des jeweiligen Supermarktes richtet. Erkrankt eine der Kassiererinnen, so tippen die anderen nur noch schneller die Zahlen in die Kasse. Würden sie eine Aushilfskraft anfordern, so verringerte sich die Höhe der Prämien entsprechend. Durch diese Zuckerbrot- und Peitsche-Methode gibt es hier mit unter 2 Prozent den geringsten Krankenstand der gesamten westdeutschen Wirtschaft. Wie viele krankheitsbedingt frühzeitig bei Aldi ausscheiden müssen, weiß niemand.

Wer schon einmal bei Aldi einkaufen war, weiß, daß die Kassen in der Nähe des zügigen Eingangs aufgestellt sind. Aus diesem Grunde müssen sich die Kassiererinnen im Winter ab und zu mal die Hände aufwärmen. Auch dafür haben Theo und Karl ein Rezept: das „Warmpacken“ durch Auffüllen der Regale und Heranschleppen von Kisten. Verlangt wird Leistung und nochmals Leistung. Gibt es beispielsweise Preisveränderungen, so muß die Kassiererin diese zu Hause auswendig lernen, denn aus Geiz gibt es Preisschilder nur an den Regalen, nicht aber auf den Waren.

Theo im Norden hat nun überlegt, wie er noch mehr aus den Kassiererinnen auspressen kann. So sollen die Pfennige abgeschafft werden, wodurch letzten Endes noch eingespart wird. Aber es soll noch dicker kommen. So stehen bereits in einigen nördlichen Filialen speziell entwickelte Computerkassen: Laut „stern“ registrieren sie „automatisch, wieviel Zeit die Kassiererin zum Eintippen benötigt, wie lange das Geldfach beim Kassieren geöffnet ist (Kassiergeschwindigkeit), wie oft sich die Kassiererin vertippt, wie oft sie die Kasse durch Eintippen von 0,00 Mark unnötig öffnet (je öfter, desto verdächtiger). Es würden auch keine Preise mehr getippt, sondern gleichbleibende Codes.

Trotz dieser unmenschlichen Arbeitsbedingungen ist es der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen kaum gelungen, bei Aldi Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen und Betriebsräte zu installieren. Die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und das Prämiensystem, das keine Zeit für Betriebsversammlungen läßt, mögen die Ursachen sein, womit sich jedoch die Gewerkschaft nicht abfinden sollte.

G. M.

15. DPG-Bundesjugendkonferenz konnte zwei Rekorde melden

Unter dem Motto „Aufstehen für Frieden, Arbeit, Umwelt“ fand vom 7. bis 10. Mai in Siegen die 15. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) mit 141 stimmberechtigten Delegierten, über 40 Gastdelegierten sowie zahlreichen Gästen aus den 18 DPG-Bezirken statt. Sie repräsentierten rund 83 000 junge Postler, ein Rekord in der Gewerkschaftsgeschichte. Und noch ein weiterer Rekord konnte gemeldet werden. Nur acht Stimmen hatten bei den Anfang März stattgefundenen Jugendvertreterwahlen gefehlt, um alle Sitze in der Hauptjugendvertretung einzunehmen.

Dreh- und Angelpunkt der viertägigen Konferenz waren die in dem Motto angesprochenen Themen, wozu noch der nicht ausdrücklich apostrophierte Begriff der Solidarität kam. So verzichteten die Konferenzteilnehmer auf das sonst übliche Präsent des gastgebenden Bezirks und nahmen statt dessen einen 5000-Mark-Scheck für Nicaragua in Empfang. Auch die ausscheidenden Bundesjugendausschussmitglieder wollten nicht zurückstehen. Ihr Abschiedsgeschenk: Werkzeug für Nicaragua. Offizielle Beziehungen der DPG sollen zu den beiden nicaraguanschen Postgewerkschaften aufgenommen werden. Solidarität brachten sie auch ihren vom Berufsverbot bedrohten Kollegen entgegen, die von der Gesamtorganisation unterstützt werden müßten.

Während der Bundesjugendkonferenz jährte sich zum 41. Mal der Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus, von den Massenmedien mit Stillschweigen übergangen, nicht aber in der Siegerlandhalle. DPG-Bundesjugendausschussvorsitzender Peter Brück wie auch DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren bezogen Position, erneuerten den Schwur von Buchenwald und riefen dazu auf, wachsam zu sein gegenüber alten und neuen Nazis und gegen ein Zurück in den „Pickelhaubenstaat des 19. Jahrhunderts“.

Ausdrücklich bedankte sich der DPG-Vorsitzende, der mit der gesamten Gewerkschaftsspitze nach Siegen gekommen war, für das friedenspolitische Engagement der DPG-Jugend. Sie hätte dazu beigetragen, „das Thema Abrüstung in unserer Gewerkschaft wachzuhalten. Und ich will euch Mut machen, diesen Kurs unbeirrt und realitätsbezogen fortzusetzen. Denn Frieden und Abrüstung bleibt für jung und alt in unserer DPG ein wichtiges Thema.“ Van Haaren nahm auch Stellung zum Gorbatschow-Vorschlag und forderte Bundesregierung, NATO und USA auf, „die Initiative des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow für atomare und konventionelle Abrüstung in Europa aufzugreifen“.

Zu diesem Komplex lagen mehrere der rund 155 Anträge und Initiativanträge vor, die auf dem Ende November nach Nürnberg einberufenen Kongreß erneut zur

Debatte stehen werden. Abgelehnt wurden SDI, die Verlängerung der Wehr- und Zivildienstzeit, der Rüstungsexport und dazu im Gegensatz die sowjetischen Abrüstungsvorschläge begrüßt ebenso wie auch der gemeinsame Vorschlag von „SPD und SED nach einer chemiewaffenfreien Zone in Europa“. In einem weiteren Beschluß wird der Hauptvorstand „aufgefordert, dafür einzutreten, daß der DGB einen Vertreter der Gewerkschaftsjugend in

Telex 412112 aus Managua

„Die Teilnehmer der Arbeitsbrigade Enrique Schmidt senden der Bujoko solidarische Grüße aus Nicaragua. Die Kollegen von der Postgewerkschaft „Blanca Arauz“ und Telcor bedanken sich herzlich für Eure Hilfe und hoffen auch weiterhin auf solidarische Unterstützung.“

Brigade Enrique Schmidt
Nicaragua libre“

den Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung delegiert“.

Einstimmig verurteilt wurde von der Konferenz der „US-amerikanische Überfall auf Libyen“. Mit dem Bombardement habe die „USA in eklatanter Weise die Gefährdung des Friedens und der internationalen Sicherheit heraufbeschworen“, wird in einer Entschließung betont und die Bundesregierung aufgefordert, „auf die USA einzuwirken, diesen Kriegskurs zu stoppen, sich gegen eine Intervention in Nicaragua auszusprechen, den sofortigen Abzug der Erstschißwaffen Pershing II und Cruise-Missiles aus unserem Land durchzusetzen“ sowie „endlich konstruktive Antworten auf die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion zu geben“.

Nicht minder ausführlich behandelt wurden die Probleme, die man unter den im Motto genannten Begriff „Arbeit“ zusammenfassen kann. Höhepunkt war – um das vorwegzunehmen – eine Demonstration und Kundgebung mit weit über 2000 jungen Postlern, einschließlich der Konferenzteilnehmer, auf dem Sieger Markt-

platz. 1000 Pakete wurden mitgetragen und zu einer riesigen Pyramide aufgebaut. Ein Postpaket stand für zehn vernichtete bzw. bedrohte Arbeitsplätze. Hauptforderung war die Übernahme aller Azubis. Arbeit bei der Bundespost sei genug vorhanden und das dafür notwendige Geld, so DPG-Vorsitzender van Haaren, denn durch verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen, durch willkürliche Verringerung des Personalbedarfs, durch Andrehen der Leistungsschraube und Steigerung der Arbeitshetze sollen bei der Deutschen Bundespost 1986 mehr als 8000 Arbeitsplätze einfach vernichtet werden“, erklärte er.

Auch im mündlichen Geschäftsbericht spielte die Frage der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Hinzu kam die von Peter Brück auf die Gesamtinvestitionen von nahezu 17,2 Mrd. DM in diesem Jahr. Diese enorme Summe sei ausschließlich von den Beschäftigten erwirtschaftet worden. Es sei ein Skandal, daß Arbeitsplätze zu Tausenden abgebaut, Arbeitshetze und -intensität auf ein „zermürendes Maß hochgeschraubt“ würden. Die jungen Postler sehen auch keinen Anlaß, Forderungen nach ausbildungsgerechter Übernahme, wie in Kongreßbeschlüssen festgelegt, zu korrigieren, wobei sich hier die Gewerkschaftsspitze ein Hintertürchen offenläßt und von möglichst ausbildungsgerechter Übernahme spricht.

Erneut wurde auch die 35-Stunden-Woche gefordert und in diesem Zusammenhang in der Diskussion heftige Kritik daran geübt, daß 1984 freie Tage gefordert worden wären, nachdem ein Jahr für die 35-Stunden-Woche mobilisiert worden sei. Das dürfe nicht noch einmal passieren.

Kontroverse stundenlange Diskussionen gab es über einen Antrag aus dem Bezirk Regensburg mit einem Nein zu neuen Techniken und Technologien, der von der Antragsberatungskommission zur Ablehnung empfohlen war. Schließlich setzten sich die besseren Argumente durch, daß nicht die neue Technik krank macht, sondern die, die über sie verfügen. An die müsse herangegangen werden, so Hauptabteilungsleiter Ewald Wehner. Man dürfe nicht den Sack schlagen und den Esel meinen. Ziel müsse es sein, die gesellschaftlichen Bedingungen so zu verändern, daß sich „die Technik zu unseren Gunsten auswirkt“.

Ein weiterer Antrag beinhaltet, beim DGB-Bundesvorstand initiativ zu werden, gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung im Herbst 1986 Aktionen durchzuführen. Angeregt werden „5 Minuten gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Abbau von Demokratie und Arbeitnehmerrechten“, um dadurch den Protest deutlich zu machen.

Seit Siegen hat die DPG einen neuen Bundesjugendausschussvorsitzenden. Anstelle von Peter Brück, der nicht mehr kandidierte, wurde Lothar Schröder aus dem Bezirk Freiburg gewählt und als sein Stellvertreter Michael Halberstadt aus dem Bezirk Saarbrücken.

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

15. Jugendkonferenz der DPG Auswahl von Beschlüssen

Vom 7. bis 10. Mai fand in Siegen die 15. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt (Bericht siehe S. 12). Nachfolgend dokumentieren wir einige angenommene Anträge, die größtenteils zum DPG-Kongreß Ende November in Nürnberg weitergeleitet werden, sowie einige Initiativanträge bzw. -entschlüsse zu aktuellen Problemen. Die Überschriften zu den einzelnen Anträgen stammen von der Redaktion.

Ratio-Maßnahmen (A 1)

Die DPG wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die erfolgte Rationalisierungsmaßnahme in den Berufsbildungsstellen rückgängig gemacht wird. Darüber hinaus ist zur Weiterentwicklung der Ausbildungsbedingungen ein Forderungskatalog festzulegen, der unter anderem vorsieht:

- daß die Gruppengrößen so festgelegt werden, daß sie pädagogisch, didaktisch und praktisch vertretbar sind, dabei soll eine Gruppengröße von höchstens 5 Auszubildenden als Richtschnur gelten;
- daß die Vorbereitungszeit der Ausbilder/Lehrbeamten in dem Umfang der Doppelanrechnung gegeben wird;
- daß die örtlichen Gegebenheiten im Rahmen eines Zuschlags aus Dienstplangründen berücksichtigt werden;
- daß die Tätigkeit von Ausbildern und Lehrbeamten in Prüfungsausschüssen auch außerhalb der Post bemessungsmäßig berücksichtigt wird.

Diese Forderungen müssen in einer Kampagne mit Forderungen zu verschiedenen Bemessungsbereichen integriert werden. Zur Durchsetzung der Ziele der Kampagne muß öffentlichkeitswirksamer Protest erhoben und ggf. auch alle gewerkschaftlichen Kampfmittel eingesetzt werden.

Inhaltsverzeichnis

Zur Mitgliederstatistik der DGB-Gewerkschaften	15
Gewerkschaftliche Aufgabe war die Brücke, die immer wieder zusammenführte	16
Thesen der IGM: Wer nicht ausbildet, muß zahlen!	19

35-Stunden-Woche (A 44)

Die Deutsche Postgewerkschaft wird aufgefordert, die Tarifverträge zur Wochenarbeitszeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und erneut die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern und in Tarifverhandlungen durchzusetzen. Die Azb sind dabei voll einzubeziehen. Dies gilt auch für eventuelle Kampfmaßnahmen.

Ausbildungsvergütung (A 50)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß bei zukünftigen Tarifverhandlungen die Auszubildendenvergütung einheitlich für alle gestaltet wird. Die Auszubildendenvergütung muß mindestens 50 v. H. der Lohngruppe IV (1. Dienststufe) betragen. Um diesem Ziel näher zu kommen, muß die Erhöhung der Auszubildendenvergütung prozentual höher sein als die allgemeine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung.

Ausländerfeindlichkeit (A 92)

Die Bundesjugendkonferenz begrüßt die Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ der DGB-Jugendzeitung „ran“. Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, diese Kampagne „Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ über den Bereich der Gewerkschaftsjugend hinaus zu unterstützen. Die Aufklärungsarbeit gegen Ausländerfeindlichkeit ist zu verstärken. Dazu bieten sich insbesondere Veranstaltungen (z. B. Ausländerwochen) in Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespost an. Die Problematik ist in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Unterstützende Materialien sind bereitzustellen. Hierbei ist insbesondere der Zusammenhang zwischen praktizierter Ausländerpolitik und den dahinterstehenden politischen und wirtschaftlichen Interessen zu verdeutlichen. In den Publikationen der DPG ist darüber hinaus für ein besseres Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern zu werben.

Demokratische Rechte (A 98)

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz verurteilen den von den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen betriebenen Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Dieser Abbau reicht von der Einschränkung des Koalitionsrechts, der Mitbestimmung, der Demonstrationsfreiheit, der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb bis hin zu den Berufsverboten. Der Hauptvorstand der DPG wird aufgefordert, sich verstärkt gegen diese politische Entwicklung zu wenden. Ziel muß sein, die Einflußnahme reaktionärer Kräfte zurückzudrängen.

In Veranstaltungen, Publikationen usw. auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene müssen die Mitglieder über die Gefahren der Demontage demokratischer Rechte informiert werden. Dabei sind Ursachen, Wirkungen und Folgen für die Demokratie, die Gewerkschaftsfreiheit und die Arbeitnehmerrechte darzustellen. Hierzu bietet es sich an, daß Betroffene Einzelbeispiele aufzeigen (Personalräte den Verlust von Arbeitnehmerrechten; Gewerkschaftssekretäre den Abbau der Gewerkschaftsrechte; vom Berufsverbot Betroffene das Kapitel politische Disziplinierung). Von Seiten des Hauptvorstandes sind geeignete Materialien für Teamer, Referenten und Funktionsträger zu erstellen. Diese Unterlagen müssen es ermöglichen, die Thematik in der ganzen Breite sachkundig und offensiv zu vertreten.

Alle Möglichkeiten sollten genutzt werden, die Öffentlichkeit über die Thematik zu informieren. Damit soll die Verdrängung des Themas aus der öffentlichen Auseinandersetzung verhindert werden. Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte darf nicht zu den mißliebigen Feldern der Politik zählen. Darüber hinaus ist das Thema zum festen Bestandteil in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zu machen.

Innerhalb des DGB ist darauf zu drängen, sich gemeinsam gegen den Abbau demokratischer Rechte zu wehren und hierzu ebenfalls geeignete Aktivitäten zu ergreifen. Beispiele politischer Disziplinierung sollen dazu genutzt werden, den Mitgliedern des Bundestages diese Themen nahezubringen. Sie müssen aufgefordert werden, ihre Einflußmöglichkeiten im Sinne der Arbeitnehmer wahrzunehmen und eindeutig gegen diese politische Entwicklung Stellung zu nehmen. Vor der Bundestagswahl sind vom Hauptvorstand Wahlprüfsteine zum Thema Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten und zum Thema Abbau demokratischer Freiheiten, einschließlich der Praxis der Berufsverbote, zu erstellen und zu veröffentlichen. Damit soll den Wählern eine gewerkschaftliche Orientierung gegeben werden.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist festzustellen, daß sich soziale und politische Realität vom ursprünglichen Geist des Grundgesetzes entfernen. Folgende geschichtliche Etappen bleiben in Erinnerung: Ahlener Programm, Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt, Notstandsgesetze, Radikalerlaß, Wendepolitik.

Nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die rechtsliberale Koalition in Bonn hat sich der Abbau von Arbeitnehmerrechten und demokratischer Freiheiten einschließlich der Rechtsprechung weiter verstärkt: Erinnert sei:

— Die Absicht, den § 116 negativ zu verändern, um damit die Streikfähigkeit der Gewerkschaften einzuschränken.

— Die Verfassungsklage gegen das hessische Personalvertretungsgesetz.

— Den beabsichtigten Abbau des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes.

— Die völlige Entwertung des Jugend- und Frauenarbeitsschutzgesetzes.

— Das Beschäftigungsförderungsgesetz mit seinen Eingriffen in Arbeitnehmerrechte.

— Die Hofierung von Spaltorganisationen durch die Deutsche Bundespost.

Hinzu kommt, daß die wirklichen Feinde der Demokratie nicht in ihre Schranken verwiesen werden und rechtsradikales Gedankengut verarmlost wird. Die Gewerkschaften müssen angesichts dieser Situation ihre Stärke zum Kampf um die demokratischen Rechte und um ihre Unabhängigkeit nutzen. Die Angriffe auf sie und ihre Mitglieder erlauben es nicht, das Thema zu verdrängen. Eine entschlossene, offensive Gegenwehr ist erforderlich. Dabei müssen die Arbeitnehmer ihre Einheitsgewerkschaft wie einen Augapfel hüten, um den Angriffen von außen standzuhalten.

Der Abbau von Gewerkschaftsrechten — wie er zur Zeit betrieben wird — führt zwangsläufig zum Abbau der Demokratie. Soll diese Demokratie in der Bundesrepublik weiterbestehen und der demokratische Gedanke am Leben erhalten werden, ist es höchste Zeit, auch die Öffentlichkeit gegen die derzeitigen Bestrebungen zu mobilisieren. Die Gewerkschaften im DGB sind eine Stütze der Demokratie. Ihre Aufgabe ist es, diese zu stärken und weiter auszubauen. Gewerkschaftlicher Auftrag muß es sein, alles zu tun, um einer Entdemokratisierung entgegenzutreten.

Aktionen (A 104)

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hält unvermindert an. Anstatt wirksame Beschäftigungspolitik zu betreiben, baut die Bundesregierung fortlaufend Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte ab. Demokratische Rechte und Freiheiten werden eingeschränkt, soziale Leistungen und Schutzgesetze abgebaut. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, „gegen diese arbeitnehmerfeindliche Politik auch im Herbst 1986 weitere Aktivitäten entsprechend den Aktionswochen des DGB im Jahre 1985 durchzuführen. Ein derartiger Aktionsrahmen bietet Gelegenheit, mit 5 Mannminuten gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Abbau von Demokratie und Arbeitnehmerrechten breiten Protest deutlich zu machen.“

SDI (A 126)

Dramatischer als je zuvor entfaltet sich heute die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden. Konfrontationspolitik, Hochrüstungspolitik beschwören die immer größer werdende Gefahr eines Atomkrieges herauf. Mit der Absicht der USA, im Weltraum „Raketenabwehrwaffen“ zu stationieren, erhält diese Gefahr eine völlig neue Dimension. Mit dem SDI-Programm (strategische Verteidigungsinitiative) würde eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet und einer Begrenzung der atomaren Rüstung auf der Erde die Grundlage entzogen.

Die Verhinderung der Militarisierung des Weltraumes ist heute zur Schlüsselfrage im Kampf gegen das Wettrüsten, gegen die Atomkriegsgefahr, für die Sicherung des Friedens geworden. Die Weltraumrüstung verschlechtert die internationale Lage weiter und erhöht die Gefahr eines atomaren Infernos, das nicht einmal Oasen des Lebens übriglassen wird. SDI isoliert zu betrachten wäre falsch. Die verstärkte Rüstung ist ein Teil der Krisenbewältigungspolitik der kapitalistischen Staaten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch eine gefährliche Illusion, durch ein eigenes europäisches Raketenabwehrsystem mehr Sicherheit erreichen zu können. Versuche dieser Art, wie sie mit einer europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) geplant sind, würden die westeuropäische Volkswirtschaft überfordern. Der Sozialabbau wird dadurch weiter drastisch verschärft und im Ergebnis Westeuropa noch verstärkter unter die militärische und ökonomische Herrschaft der US-amerikanischen Politik gestellt.

Der Rüstungswettkampf richtet sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller Völker. Während jährlich 2400 Mrd. DM weltweit für Rüstung ausgegeben werden, sind Millionen Menschen in der Welt arbeitslos. Millionen leben in Armut und sind unterernährt. Der Rüstungswettkampf vergeudet öffentliche Mittel und beschleunigt die Inflation, erschwert und verhindert dringend notwendige soziale Reformen und nimmt Entwicklungsländern die Chance, eine stabile, soziale und politische Ordnung aufzubauen. An diesem Rüstungswahnsinn ist auch die Bundesrepublik beteiligt.

Das USA-Projekt SDI ist das größte und teuerste Rüstungsprogramm der menschlichen Geschichte. Es bürdet noch mehr ökonomische und wirtschaftliche Lasten auf und vergeudet noch mehr Rohstoffe für die Rüstung. Auf der anderen Seite fehlt es an der Bewältigung der großen Probleme wie Elend, Hunger, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung. Mit dem SDI-Programm steigt die Gefahr eines Krieges aus Zufall, wegen technischer Pannen, Computerdefekten oder menschlichen Fehleinschätzungen.

Folgende Grundsätze sind daher wichtig:

— Man muß den Krieg bekämpfen, bevor er ausbricht.

— Die Abwendung eines atomaren Infernos ist die grundlegende Voraussetzung für das Überleben der menschlichen Zivilisation.

Ziel gewerkschaftlicher Politik muß es deshalb sein, das angestrebte SDI- sowie EVI-Programm zu verhindern. Die Bundesregierung wird aufgefordert:

— sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen;

— sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge (insbesondere ABM-Vertrag) eingehalten werden;

— ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums verhindert wird.

Chemiewaffenfreie Zone (A 136)

Die DPG wird aufgefordert, alles zu tun, damit die Bundesregierung den Vorschlag der SPD und SED nach einer chemiewaffenfreien Zone in Europa positiv bewertet und entsprechende Verhandlungen mit der DDR und der ČSSR aufnimmt.

Zur Mitgliederstatistik der DGB-Gewerkschaften

Am 29. April hat der DGB-Bundesvorstand die Mitgliederstatistik der 17 Einzelgewerkschaften veröffentlicht. Danach stiegen erstmals seit drei Jahren die Mitgliederzahlen. Insgesamt liegt das Plus (nach eigenen Berechnungen, die nur geringfügig von denen des DGB abweichen) bei 59 137. Trotz dieser positiven Entwicklung darf jedoch nicht übersehen werden, daß nur sieben der 17 DGB-Gewerkschaften einen Trend nach oben zeigten, während die übrigen, wie schon in den Jahren zuvor, Mitgliederverluste hinnehmen mußten. Abgesehen von den Gewerkschaften der Polizei sowie Erziehung und Wissenschaft sind die anderen acht von Mitgliederverlusten betroffenen Gewerkschaften in Bereichen tätig, die stark von Rationalisierung und damit einhergehender Arbeitsplatzvernichtung betroffen sind. Das läßt den Schluß zu, daß es diesen Gewerkschaften nicht gelungen ist, Arbeitslose in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen, eine Aufgabe, die schleunigst in Angriff genommen werden sollte.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hatte 1985 den stärksten Aderlaß an Mitgliedern. Ihre Bilanz weist ein Minus von 9861 Mitgliedern auf, das sind 2,7 Prozent, gefolgt von der IG Bau – Steine – Erden. Sie verlor 9488 Mitglieder, was einem Prozentsatz von 1,8 Prozent entspricht. Den relativ stärksten Mitgliederverlust mußte die Gewerkschaft Kunst hinnehmen. Sie verlor 2524 Mitglieder.

Den stärksten Anteil an der Gesamtmitgliederschaft stellen die Arbeiter mit 67,1 Prozent. Was ihre Mitgliedszahl betrifft, so stieg sie wieder erstmals seit 1981. Ihre absolute Zunahme beträgt 41 421 oder 0,8 Prozent.

Erfreulich ist, daß auch im vergangenen Jahr die Zahl der weiblichen Mitglieder gestiegen ist, und zwar um 50 623 oder um 3,1 Prozent. Dieser Nettozuwachs macht einen Anteil von über 85 Prozent an der Gesamtzunahme des vergangenen Jahres aus. Damit setzte sich der seit rund einem Jahrzehnt anhaltende positive

Trend fort. Zum Beispiel beträgt die Steigerungsrate bei den weiblichen Mitgliedern von 1973 bis Ende 1985 44,5 Prozent, während die Gesamtmitgliederzahl in diesem Zeitraum „nur“ um 7,7 Prozent wuchs. Lag der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliederzahl im DGB 1973 noch bei 16,5 Prozent, so beträgt er jetzt 22,1 Prozent, oder in der absoluten Zahl: 1 075 131. Die größten Zuwächse an weiblichen Mitgliedern gab es im vergangenen Jahr bei der IG Metall (rund 14 000), bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (rund 11 000), bei den Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft sowie Handel, Banken und Versicherungen (je rund 7000), bei der Deutschen Postgewerkschaft (rund 4000), bei den IG Bau – Steine – Erden, Chemie – Papier – Keramik, bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und bei der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten je 2000.

Eine Zahl widerlegt das Gerausche im bürgerlichen Blätterwald von einer angeblichen Krise der Gewerkschaftsjugend: 38 229 neue junge Gewerkschaftsmitglieder bis 25 Jahren im vergangenen Jahr, wobei hier nicht in männlich oder weiblich aufgeschlüsselt wurde. Ihre Gesamtzahl liegt jetzt bei 1 160 394. Prozentual stieg die Zahl der jungen Mitglieder 1985 um 3,4, während die DGB-Gewerkschaften insgesamt einen Mitgliederzuwachs von 0,8 Prozent zu verzeichnen haben.

Diese Zunahme an jungen Mitgliedern kommentierte Ilse Bruns, für Jugendarbeit im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand zuständig, folgendermaßen: „Obwohl alle Jugendstudien der letzten Zeit hervorheben, daß Jugendliche gegenüber Großorganisationen wie den Gewerkschaften kritischer geworden sind, belegen die nun vorliegenden Zahlen eindrucksvoll, daß junge Männer ebenso wie junge Frauen für die Gewerkschaften ansprechbar sind.“ Dieser Erfolg ist noch höher zu bewerten angesichts der Tatsache, daß junge Menschen, bedingt durch längeren Schulbesuch bzw. Studium, relativ spät ins Berufsleben einsteigen und damit erst organisationsfähig sind.

Auch die Angestellten erkennen in zunehmendem Maße, daß ihre Interessen durch die DGB-Gewerkschaften am besten vertreten werden können. Ihr Mitgliederanteil erhöhte sich im vergangenen Jahr um rund 1,2 Prozent, von 1 699 945 auf 1 719 860 bzw. um 19 915 (Nähere Angaben über die Mitgliederentwicklung der Einzelgewerkschaften in untenstehender Tabelle.). G. M.

Sieben Gewerkschaften im Aufwärtstrend

Gewerkschaft	Arbeiter		Gesamt	Angestellte		Gesamt	Beamte		Gesamt	Gesamt		Insgesamt	in %	Absol. Zu-/Abnahme
	männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.		männl.	weibl.			
IG BSE	444 742	21 126	465 868	34 105	7 555	41 660	—	—	—	478 847	28 681	507 528	6,6	— 9488
IGBE	305 421	1 274	306 695	43 858	5 932	49 790	221	—	221	349 500	7 206	356 706	4,6	— 3610
IG ChPK	437 447	87 199	524 646	90 362	34 561	124 923	—	—	—	527 809	121 760	649 569	8,4	+ 11 393
IG Drupa	84 531	22 563	107 094	23 404	10 227	33 631	—	—	—	107 935	32 790	140 725	1,8	— 1609
GdED	167 016	9 115	176 131	3 394	4 204	7 598	163 234	7 217	170 451	333 644	20 536	354 180	4,6	— 9 861
GEW	—	—	—	21 573	28 961	50 534	71 519	71 975	143 494	93 092	100 936	194 028	2,5	— 2660
GGLF	31 749	5 152	36 901	2 285	632	2 917	2 587	45	2 632	36 621	5 829	42 450	0,5	+ 535
HBV	33 255	16 189	49 444	124 189	197 595	321 784	—	—	—	157 444	213 784	371 228	4,8	+ 7 964
GHK	117 715	16 766	134 481	7 481	2 691	10 172	—	—	—	125 196	19 457	144 653	1,9	— 2524
GK	—	—	—	16 542	10 477	27 019	—	—	—	16 542	10 477	27 019	0,3	— 2524
GL	25 272	20 790	46 062	1 852	811	2 663	—	—	—	27 124	21 601	48 725	0,6	— 416
IGM	1 884 297	279 768	2 164 065	293 953	95 023	388 976	—	—	—	2 178 250	374 791	2 553 041	33,1	+ 55 308
NGG	149 437	62 848	212 285	28 027	26 874	54 873	—	—	—	177 464	89 694	267 158	3,5	+ 3 182
ÖTV	473 196	99 025	572 221	279 560	241 874	521 434	73 979	11 762	85 741	826 735	352 661	1 179 376	15,1	+ 11 122
GdP	6 327	2 730	9 057	8 746	8 102	16 848	134 431	137 685	272 116	149 504	14 086	163 590	2,1	— 1 284
DPG	85 249	56 462	141 711	11 082	30 130	41 212	222 209	55 494	277 703	318 540	142 086	460 626	6,0	+ 4 940
GTB	96 124	138 896	235 020	13 966	9 860	23 826	—	—	—	110 090	148 756	258 846	3,4	— 1 319
DGB Gesamt	4 341 778	839 903	5 181 681	1 004 379	715 461	1 719 860	668 180	149 747	817 927	6 014 337	1 705 131	7 719 468	100,0	
	83,8 %	16,2 %	100 %	58,4 %	41,6 %	100 %	81,7 %	18,3 %	100 %	77,9 %	22,1 %	100 %		
		67,1 %			22,3 %			10,6 %						
Vergleichszahlen														
31.12.1984	4 319 207	821 053	5 140 260	1 000 096	699 849	1 699 945	686 535	133 606	820 141	6 005 838	1 654 508	7 660 346		
	84,0 %	16,0 %	100 %	58,8 %	41,2 %	100 %	83,7 %	16,3 %	100 %	78,4 %	21,6 %	100 %		
					22,2 %			10,7 %						

Die Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG BSE = IG Bau – Steine – Erden; IG BE = IG Bergbau und Energie; IG ChPK = IG Chemie – Papier – Keramik; IG Drupa = IG Druck und Papier; GdED = Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; GGLF = Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft; HBV = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GK = Gewerkschaft Kunst; GL = Gewerkschaft Leder; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten; ÖTV = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; GdP = Gewerkschaft der Polizei; DPG = Deutsche Postgewerkschaft; GTB = Gewerkschaft Textil – Bekleidung.

Gewerkschaftliche Aufgabe war die Brücke, die immer wieder zusammenführte

Der Mitherausgeber der NACHRICHTEN und Gesellschafter der Nachrichten-Verlags-GmbH, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Thyssen Guss AG, Betriebsratsvorsitzender der Gießerei Meiderich und Funktionär der IG Metall, Heinz Lukrawka, wurde am 11. Mai 60 Jahre alt. Der Gesamtbetriebsrat der Thyssen Guss AG hatte aus diesem Anlaß zu einem Empfang in das Bürgerhaus Hagendorf in Duisburg-Meiderich eingeladen, den Lukrawkas Stellvertreter Wolfram Boczek, liebevoll vorbereitet hatte.



Der Saal konnte die Zahl der rund 250 Gratulanten kaum fassen, unter ihnen das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Rudolf Judith, der Bezirksleiter der IG Metall, Georg Ippers, der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, in Vertretung des 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Duisburg, Willi Schmotz, Rechtsschutzsekretär Werner Krause sowie der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bezirksvertretung Meiderich, Hermann Bertram. Begrüßungsschreiben erhielt Heinz Lukrawka von Pfarrer Michael Höhn sowie dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann. Die Laudatio hielt Reinhard Bulitz, Bürgermeister in Duisburg und zuvor langjähriger 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle der IG Metall. In ihr findet sich die interessante Formulierung: „Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Standorte gab es zwischen uns beiden keinen politischen Streit. Die gewerkschaftliche Aufgabe war die Brücke, die uns immer wieder zusammenführte. Das sollte zum Nachdenken anregen.“

Auf zwei Momente im Leben Heinz Lukrawkas machte Heinz Czymek, Bezirksvorsitzender der DKP in Ruhr-Westfalen aufmerksam. 1972, als die CDU und ein Herr Barzel sich anschickten, die Entspannungspolitik der Regierung Brandt zu kippen, war es die Belegschaft der Gießerei Meiderich, die aus dem Betrieb zog und damit den entscheidenden Anstoß für viele Aktivitäten im ganzen Bundesgebiet gab. Heinz Czymek erinnerte aber auch daran, daß es zur historischen Wahrheit gehöre, daß Heinz Lukrawka zwei Jahre aus der IG Metall ausgeschlossen war. 1951 hatte er einen Aufruf zu einem Kongreß junger Metallarbeiter gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik unterzeichnet. Die IG Metall forderte ihn auf, seine Unterschrift zurückzuziehen. Als er sich weigerte, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Die Kommission empfahl Funktionsverbot, aber der Vorstand der IG Metall, und das ist charakteristisch für die damalige Situation in den DGB-Gewerkschaften, verschärfte diese Empfehlung und schloß Heinz Lukrawka aus der IG Metall aus. Dieser, mit ganzem Herzen Gewerkschafter, ließ sich dadurch nicht entmutigen oder gar in eine gewerkschaftsfeindliche Position bringen. Im Gegenteil. Er begann in dem Betrieb, in dem er arbeitete, Mitglieder für die IG Metall zu werben und kassierte sogar die so gewonnenen neuen Mitstreiter. Als in weitaus mehr als 100 Aufnahme-scheinen in der Rubrik „geworben durch“ der Name Heinz Lukrawka stand, ermunterte 1955 der legendäre Paul Manowski, Bezirksleiter in Essen, den aktiven Werber, erneut einen Aufnahmeantrag zu stellen.

Im nachfolgenden dokumentieren wir die Rede „Heinz Lukrawka zur Vollendung des 60. Geburtstages am 11. 5. 1986“, die Reinhard Bulitz hielt. H. Sch.

Die Vollendung des 60. Lebensjahres ist schon ein besonderes Ereignis im Leben eines Menschen, und es ist Anlaß genug für eine Ehrung und Würdigung. Das gilt insbesondere für einen Kollegen wie Heinz Lukrawka, der sich seit seiner frühesten Jugend für die Interessen seiner Arbeitskollegen und darüber hinaus für die Belange der gesamten Arbeitnehmerschaft einsetzt und für ihr Wohl tätig ist.

Seit 1948 ist Heinz Lukrawka gewerkschaftlich organisiert und seitdem aktiv für die Arbeitnehmer tätig. In der Gewerkschaft Holz begann sein gewerkschaftlicher Werdegang. 1953 vollzog er den

Wechsel zur IG Metall und setzte die aktive Gewerkschaftsarbeit fort.

33 Jahre ist Heinz Lukrawka nun ununterbrochen Betriebsratsmitglied, davon 27 Jahre dessen Vorsitzender. Darüber hinaus ist er mehrere Jahre Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates. Das ist fast das ganze Arbeitsleben – Einsatz für die Arbeitskollegen, Kampf für die Arbeitnehmerinteressen –.

Daß Heinz Lukrawka neben der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit auch örtliche und überörtliche Gewerkschaftsfunktionen übertragen wurden, ist die Folge seines unermüdlichen und uneigennütigen Einsatzes für die Beschäftigten des Werkes Meiderich und des Unternehmens Thyssen Guss.

Er gehört seit 30 Jahren der Vertreterversammlung und 23 Jahre der Ortsverwaltung der Duisburger Verwaltungsstelle der IG Metall an und ist genauso lange Mitglied der Tariff Kommission für die Eisen- und Stahlindustrie. Das sind ehrenamtliche Aufgaben, die den Inhabern dieser Funktionen Engagement, stetigen Einsatz und mutige Vertretung der Arbeitnehmerinteressen abverlangen. Gerade die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben setzt ein hohes Maß an Opferbereitschaft und untadeligem Verhalten, an Hilfsbereitschaft und Kollegialität, an vorbildlichem Gewerkschaftsbewußtsein und überzeugtem Demokratieverständnis, an Entschlossenheit und Mut, an Toleranz und der Fähigkeit, persönliche Interessen hintenanzustellen, voraus. Alle diese hervorragenden Eigenschaften sind bei Heinz Lukrawka gegeben und damit erfüllt er die hohen Anforderungen, die an einen gewerkschaftlichen Funktionsträger gestellt werden. Insbesondere in den letzten 10 Jahren als Arbeitnehmervertreter, als Gewerkschaftsfunktionär tätig zu sein, heißt stets einsatzbereit zu sein, tagtäglich für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten, immer bereit sein, über das Tun Rechenschaft abzulegen und sich der Kritik der Belegschaft zu stellen.

Viele der hier Anwesenden sind mit Heinz Lukrawka gemeinsam eine lange Strecke seines Weges mit ihm gegangen und wissen aus eigener Erfahrung, daß dieser Weg oft über Hindernisse und dornigen Boden führte und daß es in den letzten Jahren für ihn und seine Kollegen im Betrieb kaum Sonnenschein gab. Sein Bemühen, insbesondere um den Erhalt des Werkes Meiderich und die Sicherheit der Arbeitsplätze im Gesamtunternehmen, waren und sind mehr als nur Pflichterfüllung; das ist Einsatz unter Aufbringung aller physischen Kräfte um den Erhalt und die Sicherung von Arbeitnehmerexistenzen. Ich habe Heinz Lukrawka viele Jahre in diesem Kampf begleitet und ich habe ihn bewundert, mit wieviel Einsatz und Hingabe er die gesteckten Ziele verfolgte. Und ich wage hier heute die Behauptung, ohne Heinz Lukrawka gebe es die Gießerei Meiderich wohl nicht mehr.

Heinz Lukrawka hat entschieden dazu beigetragen, daß das Werk Meiderich wenigstens mit etwas über 100 Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Ich wünsche, der Erfolg wäre größer ausgefallen. Heinz Lukrawka und die Belegschaft der Thyssen Guss AG, Werk Meiderich, haben dies verdient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Heinz Lukrawka hat die in ihn gesetzten Erwartungen stets erfüllt und kein Weg war ihm zu weit und kein Auftrag zu viel, wenn es darum ging, Kolleginnen und Kol-

legen zu helfen. Heinz Lukrawka nimmt die ihm übertragenen Aufgaben gewissenhaft und mit viel Umsicht aber auch mit viel Geschick wahr. In allen Gremien und Einrichtungen, in denen er tätig war und tätig ist, zeichnet er sich durch Fleiß und Zuverlässigkeit aus.

Man achtet auf seinen Rat und man schätzt sein abgewogenes Urteil.

Auch wenn den Gewerkschaften, wie zur Zeit, der Wind ins Gesicht bläst und sie mit dem Rücken an der Wand die gewerkschaftlichen Erfolge aus der Vergangenheit verteidigen müssen, ist die gewerkschaftliche Moral in den Betrieben gut und die Organisation in einer guten Verfassung. Daß es so ist, ist auf das Engagement von Kolleginnen und Kollegen wie Heinz Lukrawka zurückzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gewerkschaftlicher Einsatz und gewerkschaftliches Engagement, wie dies Heinz Lukrawka versteht, kann nur von Persönlichkeiten erbracht werden, die von ihrer Aufgabe überzeugt sind, die entschlossen und mutig den als politisch richtig erkannten Weg unbeirrt fortsetzen und sich von dem gesteckten Ziel nicht abdrängen lassen. Es bestätigt sich immer wieder, daß Persönlichkeiten aus diesem Holz geschnitzt, in der Gewerkschaftsbewegung hervorragende Leistungen erbringen und maßgeblich am Kampf um den sozialen Fortschritt beteiligt sind.

Lieber Heinz, indem ich Dir für Deine gewerkschaftlichen Leistungen, Deinen Einsatz zum Wohle der Arbeitnehmer und Deinen Kampf für die Sicherung der Arbeitsplätze namens der Bürger der Stadt Duisburg und auch persönlich herzlich danke, gratuliere ich Dir zu dem heutigen runden Geburtstag.

Nur damit Du's weißt, wo Du dran bist, lieber Heinz – 60 Jahre sind heutzutage kein Alter –.

Hat es in der Bundesrepublik nicht sogar einen Bundeskanzler gegeben, der in Deinem Alter noch nicht einmal Mitglied jener Partei war, die ihn später zu ihrem Spitzenkandidaten machte, geschweige, daß er sich schon vorher zum Kassierer in einem Ortsverein oder zum Parteidelegierten im Kreis hochgearbeitet hätte. Damit sind Maßstäbe gesetzt worden. Das mit dem In-Rente-Gehen, lieber Heinz, schlag Dir aus dem Kopf, daraus wird nichts. Es kann noch viel an Aufgaben auf Dich zukommen, Heinz. Und hier muß ich Sie, liebe Frau Lukrawka, einmal ansprechen. Nichts ist schlimmer als einen so engagierten Mann in den besten Jahren mit einem geregelten Feierabend und freien Wochenenden auszustatten.

Nachdem Heinz nun mit Vollendung des 60. Lebensjahres von den guten in die besten Jahre kommt, hätten Sie mit Sicherheit keine Freude daran. So, wie ich den Heinz kenne, würde er als Rentner in Ihrer Küche einen Jugendtreff, im Wohnzimmer ein Verbandsbüro für Bürgerinitiativen und im Schlafzimmer eine Begegnungsstätte für IG-Metall-Senioren einrichten, und das wäre wohl nicht das Richtige. Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, 60 Jahre, das ist kein Alter, sondern nur eine schöne runde Zahl. Nun aber Spaß beiseite. Lieber Heinz, ich danke Dir nochmals für Deinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Belegschaft der Thyssen Guss AG und des Werkes Meiderich, sowie der gesamten Arbeitnehmerschaft in unserer Stadt. Du hast Dich persönlich nicht geschont. Du sahst nur die Belange Deiner Kolleginnen und Kollegen. Auf Dich, lieber Heinz, kann man sich immer verlassen. Persönlich danke ich Dir für die 31jährige vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Standorte gab es zwischen uns beiden keinen politischen Streit. Die gewerkschaftliche Aufgabe war die Brücke, die uns immer wieder zusammenführte.

Ich habe Dich in den über 3 Jahrzehnten als Mensch und Gewerkschaftskollege kennen- und schätzengeliebt. Heinz, Du bist ein zuverlässiger Kollege und ein feiner Kumpel. Dafür auch meinen persönlichen Dank! In diesen Dank beziehe ich Sie, liebe Frau Lukrawka, mit ein. Sie haben oft auf Heinz warten müssen, weil er für die Belegschaft oder die IG Metall unterwegs war.

Das ist ein großes Opfer, daß wir Ihnen abverlangt haben und das wir zu würdigen wissen. ...

Memorandum '86: Sofortmaßnahmen für Beschäftigungspolitik

Am 29. April hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf einer Pressekonferenz in Bonn ihr Memorandum '86 mit dem Titel „Für eine beschäftigungspolitische Offensive: Sofortmaßnahmen für zwei Millionen Arbeitsplätze“ vorgelegt. Die in der Memorandumgruppe zusammengeschlossenen Wissenschaftler aus Universitäten, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften widersprechen in ihrer Veröffentlichung dem von der Bundesregierung und den Wirtschaftsforschungsinstituten verbreiteten Konjunkturoptimismus und belegen, daß ohne eine aktive Beschäftigungsoffensive keine Wende am Arbeitsmarkt zu erwarten ist.

Im ersten Kapitel des Memorandums '86 wird unter dem Titel „Alles für die Unternehmer“ – gegen die Gewerkschaften: Die Polarisierung wird fortgesetzt“ im einzelnen herausgearbeitet, daß der ins vierte Jahr gehende Aufschwung für den Arbeitsmarkt und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung keine Verbesserungen gebracht hat:

- die Arbeitslosigkeit (einschl. der stillen Reserve) verharrt nach wie vor auf einem Niveau von 3,5 Millionen Personen; fast ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen waren mindestens ein Jahr arbeitslos.

- Die realen Nettoarbeitseinkommen werden 1986, selbst wenn die optimistischen Prognosen für das laufende Jahr zutreffen, den Stand von 1982 gerade erreichen, aber 4 Prozent unter dem von 1980 liegen. Demgegenüber wird die Kaufkraft der Kapitaleinkommen 1986 etwa 30 Prozent höher als 1980 sein.

- Die Armut bei erheblichen Teilen der Bevölkerung nimmt zu; mehr als eine Million Haushalte waren 1985 auf „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“ im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen. Bei mehr als einem Fünftel ist die Arbeitslosigkeit mittlerweile zum Hauptgrund der Armut geworden.

- Angesichts der unverändert hohen Massenarbeitslosigkeit kann von einer „Wende am Arbeitsmarkt“ keine Rede sein. Die Zahl der Beschäftigten nahm zwar im vergangenen Jahr um mehr als 100 000 Personen zu, dieser Anstieg ist aber nicht auf die „innere Dynamik“ des Konjunkturaufschwungs zurückzuführen, sondern in erster Linie das Ergebnis der Verkürzung der Wochenarbeitszeit für etwa vier Millionen Beschäftigte. „Wenn die Bundesregierung jetzt den leichten Anstieg der Beschäftigung als Erfolg ihrer Politik anpreist, so schmückt sie sich mit fremden Federn. Daß die Zahl der Beschäftigten 1985 überhaupt zugenommen hat, ist ein Erfolg gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen, die gegen die Politik von Bundesregierung und Unternehmern durchgeführt wurde.“ Scharf kritisiert wurde von der Memorandumgruppe auch die Neufassung des § 116 AFG, der darauf abzielt, die Streikfähigkeit und damit die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen und die Druckmöglichkeiten der Unternehmer auszuweiten. Im zweiten Kapitel wird nach einer Untersuchung der gegenwärtigen Konjunkturrisiken materialreich belegt, daß die Gleichung „Technischer Fortschritt = Fortschritt am Arbeitsmarkt“ nicht stimmt. Des weiteren werden das „Konzept der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ sowie die aktuelle Strategie insbesondere des US-Kapitals im Bereich der internationalen Verschuldung eingeschätzt.

Im Abschnitt „Umverteilung durch die Steuerpolitik“ im dritten Kapitel wird gezeigt, daß das geltende Steuerrecht und die „Steuerentlastungsmaßnahmen“ der letzten Jahre die Disproportionen in der Einkommensverteilung verstärkt haben. Es hat sich in den letzten Jahren eine systematische Belastungsverschiebung bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben von den Unternehmen und Selbständigen weg, hin zu den Arbeitnehmerinkommen durchgesetzt. Abschließend werden hier Grundlinien von Alternativen der Steuerpolitik skizziert, die neben der Forderung nach einer Rücknahme

der Entlastungen des Unternehmenssektors vor allem eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf mindestens 60 Prozent, eine Abschöpfung nicht investierter Gewinneinkommen, eine Bekämpfung der Steuerhinterziehung, eine Reform des Mindeststeuersystems und eine Nutzung des Steuersystems für ökologische Ziele beinhaltet. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Analyse der Forschungs- und Technologiepolitik von Bund und Ländern. Dabei wird herausgearbeitet, daß bei der gegenwärtigen Forschungsförderung der technische Fortschritt in vielen Fällen mit sozialen Rückschritten verbunden ist. Auch hier werden im Memorandum '86 erste Umriss einer alternativen Politik zur Diskussion gestellt. Im Bereich der Rüstungspolitik wird kritisiert, daß die Steigerung der Rüstungsausgaben, die zunehmende Ausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik auf militärische Bereiche (SDI), die Herausbildung von privatwirtschaftlich beherrschten, hochkonzentrierten Rüstungskomplexen sowie der steil zunehmende Rüstungsexport die zivile technologische Entwicklung behindern, die ökonomischen Strukturen verzerren und die internationalen Beziehungen destabilisieren.

Nach vorliegendem — und von der Memorandumgruppe als eher zu optimistisch kritisierten — Prognosen wird die Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe auch noch über das Jahr 2000 hinaus anhalten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, daß es bis zur Jahrtausendwende zwischen 4,3 Millionen (1990) und 3,2 Millionen (2000) registrierte und nichtregistrierte Arbeitslose geben wird. Angesichts dieser Perspektive stehen die „Sofortmaßnahmen für 2 Millionen Arbeitsplätze“ im Zentrum der diesjährigen Alternativforderungen im vierten Kapitel. Da die Gewöhnung an Arbeitslosigkeit und Armut als dauerhafte Massenerscheinung soziale und politische Reformansätze auf vielen Gebieten zu ersticken droht, ist nach Ansicht der Wissenschaftler eine schnelle, energische und wirksame Gegenwehr geboten. Die beiden Kernbestandteile der Sofortmaßnahmen sind:

— ein öffentliches — im wesentlichen durch die Kommunen durchzuführendes — Beschäftigungsprogramm mit einem Ausgabenvolumen von 100 Mrd. DM in zwei Jahren, durch das in diesem Zeitraum 800 000 zusätzliche Arbeitsplätze für Projekte im Bereich vernachlässigter Versorgung sowie 100 000 Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden sollen;

— eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden für alle Beschäftigten bei vollem Einkommensausgleich; hierdurch kann ein Beschäftigungseffekt von rund eineinhalb Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze erwartet werden.

Zur Charakterisierung dieser Sofortmaßnahmen heißt es: „Ausgangspunkt für diese Sofortmaßnahmen ist die Feststellung, daß die Arbeitslosigkeit als eine politische Herausforderung begriffen werden muß und nicht als das unbefruchtete Ergebnis privater Investitions- und Produktionsentscheidungen hingenommen werden darf. Der Mangel an Arbeitsplätzen ist die Folge eines Typs der Wirtschaftsentwicklung, der einen systematischen und langfristig zunehmenden Nachfragemangel erzeugt. Die Unternehmen erweitern unter diesen Bedingungen ihre Kapazitäten nicht, sondern verwenden ihre Gewinne zu Rationalisierungszwecken und/oder zur Geldvermögensbildung. Der dadurch entstehenden Vernachlässigung privater und öffentlicher Versorgung kann dadurch entgegen-gesteuert werden, daß in gesellschaftlichen Bedarfsbereichen durch öffentliche Aufgaben zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und Versorgungsmängel behoben werden. Die Sofortmaßnahmen dürfen sich allerdings nicht auf den Versuch beschränken, den ‚Selbstheilungskraft‘ des Marktes nur einen Anstoß zu geben. Es geht nicht um ein ‚Strohfeuer‘, sondern auch nach Ablauf des Zweijahreszeitraumes um die dauerhafte Ausdehnung des öffentlichen und demokratisch zu steuernden Bereichs der Wirtschaft, um eine Vergrößerung des Staatsanteils und um mehr Demokratie in der Wirtschaft.“

Die Kombination von Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramm trägt zum einen der Tatsache Rechnung, daß die Zahl der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft wegen der zunehmenden Anwendung neuer Technologien auch dann unzureichend bleibt, wenn es zu neuem Wirtschaftswachstum kommt. Daher muß hier zusätzliche Beschäftigung in erster Linie durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit geschaffen werden. Auf der anderen Seite ist

als Folge des schwachen Wachstums und der „Konsolidierungspolitik“ der öffentlichen Haushalte ein struktureller Arbeitsplatzmangel entstanden, der durch eine bloße Ausdehnung der Gesamtnachfrage und eine Umverteilung der Arbeit in der Privatwirtschaft nicht zu beheben ist. Hier geht es darum, neue Arbeitsplätze in solchen Bereichen zu schaffen, in denen ein besonderer gesellschaftlicher Bedarf besteht, d. h. vor allem im Rahmen der wachsenden sozialen und ökologischen Anforderungen.“

Das im Vergleich zu anderen in der Diskussion befindlichen Vorschlägen mit 100 Mrd. DM für zwei Jahre sehr groß dimensionierte Beschäftigungsprogramm wird als ein (wirtschafts-)politischer Kraftakt verstanden, der erforderlich ist, um eine wirksame, die soziale Landschaft tatsächlich verändernde Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Bei der Aufteilung der Mittel des Programms sollen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit und Armut bevorzugt werden. Zur Finanzierung werden neben den Einnahmesteigerungen und Kostenentlastungen durch den Abbau der Arbeitslosigkeit selbst (Selbstfinanzierungseffekt), ein Abbau von Subventionen, die konsequentere Handhabung des Steuerrechts, zusätzliche Belastungen der Spitzenverdiener sowie ein (Teil-)Verzicht auf die Steuerreform vorgeschlagen. Da aufgrund der allgemeinen sozialen und ökonomischen Mechanismen die Umsetzung der vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen Frauen nur unterproportional zugute kommen würden, werden in einem anschließenden Abschnitt noch frauenpolitische Zusatzmaßnahmen entwickelt. Im Rahmen eines sozialpolitischen Sofortprogramms werden darüber

(Das Memorandum '86 ist im Pahl-Rugenstein Verlag zum Preis von DM 14,80 erschienen).

hinaus eine bedarfsorientierte Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit, eine Reform der Sozialhilfe und des Pflege- und Gesundheitswesens gefordert. Stellenwert der vorgelegten konkreten Alternativvorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahr um eine Modellrechnung zu den Gesamtwirkungen des Programms ergänzt werden, wird von der Memorandumgruppe folgendermaßen eingeschätzt: „Veränderungen, wie wir sie hier vorschlagen, hängen nicht von der Einsicht aller, sondern von der Einsicht, Kraft und Kampfbereitschaft derer ab, die in diesen Veränderungen ihre Interessen besser gewahrt sehen als in den bestehenden Zuständen und in der herrschenden Linie staatlicher Politik. Es handelt sich um eine Veränderung ökonomischer Strukturen und Prozesse im Interesse der Mehrheit der Menschen, also um die Demokratisierung der Wirtschaft. Die ökonomische Vernunft, die soziale Wünschbarkeit und die politische Machbarkeit dieser Demokratisierung muß zum einen vermittelt werden. ... Demokratisierung muß zum anderen aber auch politisch gegen die durchgesetzte werden, die sich dagegen wehren, weil das ihre Profitabsichten beschränkt. Zur Einsicht in die Notwendigkeit, Wünschbarkeit und Machbarkeit einer demokratischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik muß die Bereitschaft und Fähigkeit kommen, hierfür auch aktiv zu werden und gewerkschaftliche und politische Kampfmittel einzusetzen. Die Kampffähigkeit steht gegenwärtig im Zentrum der Angriffe von seiten der Unternehmer und der Bundesregierung. Sie zu verteidigen, auszubauen und zu nutzen ist daher eine aktuelle vorrangige Aufgabe. Sie stellt sich nicht nur den Gewerkschaften, sondern allen, deren ökonomische und soziale Sicherung eine Veränderung der aggressiven Politik von seiten der Unternehmer und der Bundesregierung erfordert.“

Axel Troost

**25 Jahre
NACHRICHTEN
für den aktiven Gewerkschafter**

Thesen der IGM: Wer nicht ausbildet, muß zahlen!

Die Abteilung Jugend der IG Metall hat „zehn Thesen zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation und der Forderung der Gewerkschaften nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung“ erarbeitet, die wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren.

I.

Von Jahr zu Jahr werden von Unternehmern und Bundesregierung Ausbildungsplatzrekorde gemeldet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. 1985 wurden 697 089 Ausbildungsverträge abgeschlossen. 705 555 waren es noch 1984. Es wird also nicht mehr, sondern weniger ausgebildet. Für 1985 weist die offizielle Statistik 58 905 unversorgte Jugendliche aus (1980 waren es 17 300). Tatsächlich sind es jedoch 325 700 Jugendliche, die leer ausgegangen sind (1980 waren es 234 901). Denn jene, die in den vergangenen Jahren bei der Suche um Ausbildungsplätze übrigblieben (Altnachfrager), und jene, die sich in Parkstationen der Arbeitsämter sowie Sonderprogrammen von Bund und Ländern befinden, werden nicht mitgezählt. Seit Einführung der amtlichen Berufsbildungsstatistik hatten wir damit die mieseste Ausbildungsplatzstatistik. Die Prognose für 1986 sieht nicht besser aus.

Fazit: Statt Ausbildungsplatzrekorden sind Ausbildungsplatzkatastrophen Realität!

II.

Hinter den Zahlen verbergen sich hunderttausendfache Schicksale. Insgesamt ergibt sich bei der Arbeitslosigkeit eine deutliche Verschiebung zu Lasten von Jugendlichen. Heute ist schon jeder 3. bis 4. Arbeitslose unter 25 Jahren. Immer schwerwiegender macht sich die Armut Jugendlicher bemerkbar. Die vielfältigen Kürzungen der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit wirken sich besonders auf diese wachsende Gruppe junger Arbeitsloser aus. Knapp 50 Prozent der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahren erhalten keine Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit.

Jugendliche, die nach der Schule ohne Ausbildung und Job auf die Straße gefegt werden, erhalten vom Arbeitsamt keinerlei finanzielle Unterstützung. Sie sind auf die Unterstützung der Familie angewiesen. Wenn dann noch ein oder beide Elternteile arbeitslos sind, lebt die Familie und damit auch der junge Arbeitslose am Rande der Armutsgrenze. Die Anzahl jugendlicher Sozialhilfeempfänger ist seit den 60er Jahren um das Vierfache gestiegen. 1969 haben knapp 50 000 Jugendliche unter 25 Jahren Sozialhilfe empfangen, 1980 waren es über 200 000.

Die Stadt Essen kommt in einer Studie zum Ergebnis, daß immer mehr Jugendliche u. a. junge Arbeitslose durch die Maschen des sozialen Netzes auf den Boden der Sozialhilfe landen. Knapp 20 Prozent, das heißt, jeder 5. der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger ist ein Jugendlicher. Die Studie kommt zum Schluß, daß drei Viertel der Betroffenen länger als ein Jahr arbeitslos sind. Zwei Drittel von ihnen sind unter 20 Jahren.

Immer mehr Jugendliche geraten ins gesellschaftliche Abseits. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe kommt in einer Untersuchung zum Ergebnis, daß der Anteil Jugendlicher an den sogenannten „Tippelbrüdern“ deutlich gestiegen ist. Armut, Verlust sozialer Bezüge, Reduzierung von Freizeitgestaltung und Bildung auf ein Minimum, Hoffnungslosigkeit und Verelendung bestimmen heute schon den Alltag Tausender junger Menschen in einem der reichsten Industrieländer der Erde. Dies ist Folge des „Wende-Programms“ kapitalistischer Krisenabwälzung auf dem Rücken der Kleinen und Schwachen. Die Demontage der Wendearchitekturen an

bestehenden Rechten, der hemmungslose Sozialabbau traf die Jugend in vielfacher Hinsicht.

Fazit: Ausbildungsplatznot, Jugendarbeitslosigkeit macht die Gesellschaft krank!

III.

Ausbildungsplatznot ist Folge der Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung. Sie entscheiden, ob und wieviel sowie unter welchen Bedingungen ausgebildet wird. Allein im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen bilden 52 Prozent der Unternehmer, die ausbildungsfähig wären, nicht aus. Zu diesem Ergebnis kommt die Vereinigung der Industrie- und Handelskammer des Landes NRW in einer Sonderuntersuchung. Die rühmliche Ausbildungsbereitschaft des Handwerks verkleistert oft die wahren Absichten. In Kleinbetrieben gilt nach wie vor das Gesetz: Jeder „Lehrling“ ist eine billige Arbeitskraft.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsordnung (RWI) stellt im Oktober '85 fest, daß „Lehrlinge“ im Handwerk Vollerwerbskräfte ersetzen. So wurden 1984 die Ausbildungsplätze um 17 000 erhöht, dagegen 11 000 Vollarbeitsplätze abgebaut. Jeder 6. Beschäftigte im Handwerk ist mittlerweile ein Auszubildender. Anfang der 70er Jahre war es erst jeder 10.

Zudem wurden 1985 im Handwerk 5 Prozent, rund 12 500 Jugendliche, weniger ausgebildet als 1984. Ferner wird in den Kleinbetrieben und Handwerkskittchen keine qualifizierte Ausbildung, die an den Interessen der Jugendlichen orientiert ist, durchgeführt.

Gerade Großbetriebe bilden zuwenig aus (*Auszubildendenzahlen von 1984 in Prozent der Belegschaft).

● Nixdorf (9,2)*	● Daimler-Benz (5,5)
● GHH-Gruppe (7,9)	● MBB (5,3)
● Krupp (7,1)	● Bosch (5,3)
● Siemens (6,7)	● AEG (5,2)
● Thyssen-Gruppe (6,7)	● BMW (4,7)
● Miele (6,4)	● Grundig (4,4)
● Mannesmann (6,2)	● Ford (2,8)
● Kugel-Fischer (5,6)	

Eine Soll-Ausbildungsplatzquote von 11 Prozent wäre jedoch erforderlich.

Fazit: Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft funktionieren nicht, sie funktionieren nur bei den Profiten!

IV.

Im Oktober 1984 wurde das Jugendarbeitsschutzgesetz massiv verschlechtert. Unter anderem Einführung der Samstagsarbeit für Kraftfahrzeugauszubildende, Schichtarbeit bis 23.00 Uhr, statt 7.00 Uhr ist die Beschäftigung ab 6.00 Uhr vorgesehen, d. h. um 4.00 Uhr/5.00 Uhr aufstehen, statt 8 Stunden ist 8,5 Std. bis 9 Std. Arbeit zulässig. Es klingelt noch in den Ohren. Mit dem Gerede von ausbildungshemmenden Vorschriften wurde die Öffentlichkeit getäuscht. Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung im März 1983: „Sie sollen ohne bürokratische Hemmnisse arbeiten können. Wir werden den Mittelstand von überflüssiger Reglementierung entlasten.“ Nach dieser Logik hätten 1985 mehr ausgebildet werden müssen. Tatsächlich wird jedoch weniger, im Handwerk gegenüber dem Vorjahr 5 Prozent, ausgebildet.

Damit wird deutlich, daß profitihemmende Vorschriften gemeint waren. Bereits Bismarck hatte den Jugendarbeitsschutz als ein Hin-

dernis für ungestörten wirtschaftlichen Ablauf bezeichnet. Rein nach der Logik des Profits wurde der Gesundheitsschutz der arbeitenden Jugend dem Kapital zur Disposition gestellt. Es ist offensichtlich, bei der derzeitigen Bundesregierung stehen Kapitalinteressen im Vordergrund.

Fazit: Abbau von Schutzgesetzen bedeutet keineswegs, daß mehr ausgebildet wird!

V.

Die CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit. Sie suggeriert, daß eine sogenannte Vollversorgung der Ausbildungsplatzsuchenden erreicht sei. 1985 kamen auf 100 Nachfrager lediglich 95 angebotene Ausbildungsplätze (1980 noch 104). Die derzeitige Bundesregierung beschränkt sich auf das Predigen von Sonntagsreden und Appellen an Unternehmer. Mit dem Hinweis auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wird notwendiges Handeln auf gesamtgesellschaftlicher Ebene abgelehnt. Durch dieses Verhalten trägt die derzeitige Bundesregierung zur Verschärfung der Ausbildungsmisere bei.

Die jetzige Situation ist das Ergebnis einer Politik, die in den vergangenen Jahren — ungeachtet gewerkschaftlicher Forderungen — das Angebots- und Auswahlmonopol der Unternehmer in der betrieblichen Berufsausbildung unangetastet ließ. Sie ist auch das Ergebnis des Verzichtes staatlicher Institutionen auf eine umfassende Reform der beruflichen Bildung.

Fazit: Eine Tu-nix-Bundesregierung!

VI.

Der ehemalige Bundeskanzler Willi Brandt stellte ganz richtig fest: „Eine Gesellschaft, die einem Werktätigen die Möglichkeit nimmt, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, fügt ihm ein sehr schweres moralisches Trauma zu. Für einen jungen Menschen bedeutet die Arbeitslosigkeit oft die Zerstörung seiner Hoffnungen und seiner Zukunftspläne.“ Es bleibt dabei: Unternehmer sind nicht in der Lage, genügend qualifizierte Ausbildungsplätze anzubieten. Das sind sie 1985 nicht gewesen und sie sind es seit 100 Jahren nicht. Also: ganz gewöhnlicher Kapitalismus!

Bereits 1919 stellte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in einem Statut zum Lehrlingswesen fest:

- die Großindustrie bildet nicht genügend aus;
- die Zuständigkeit der Innungen ist aufzuheben;
- es sind Zwangsmaßnahmen zur Einstellung von Lehrlingen vorzusehen;
- die Einrichtung von Sammellehrwerkstätten ist notwendig;
- die Finanzierung hat durch einen Fonds zu erfolgen
- und letztlich die Einrichtung einer paritätisch besetzten Kommission aus Arbeitgebern und Gewerkschaften tut not.

Die Freiheit des jungen Menschen, der die Schule verläßt und nicht mal mit einer qualifizierten Berufsausbildung rechnen kann, die ist es nicht mehr wert, Freiheit genannt zu werden (DGB-Vorsitzender Ernst Breit).

Fazit: Eine Wirtschaftsordnung, die der Jugend keine Zukunft gibt, stellt ihre eigene Zukunft in Frage!

VII.

Die Ausbildungsplatznot läßt grundsätzlich garantierte freie Berufswahl zur Farce werden. Eigentum verpflichtet, steht ebenfalls im Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 1980 fest, daß der Staat verpflichtet ist, auf gesetzlicher Grundlage alle

Unternehmer, auch diejenigen, die sich nicht oder zu wenig in der Berufsausbildung engagieren, zur Finanzierung heranzuziehen.

Wir stellen fest, daß einzelkapitalistische Entscheidungen in ihrer Summe nicht genügend qualifizierte Ausbildungsplätze für alle bereitstellen. „Jeder hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten“ heißt es in der bayerischen Landesverfassung von 1946. Der Verfassungsauftrag und die Sozialverpflichtung muß endlich angepackt werden.

Fazit: Recht auf Ausbildung verwirklichen!

VIII.

Durch eine gesetzliche Umlage aller Betriebe und Verwaltungen ist eine Finanzierung der beruflichen Bildung für alle Jugendlichen sicherzustellen. Das heißt: jeder Betrieb ist zu verpflichten, zum Beispiel den bestimmten Prozentsatz der Lohn- und Gehaltssumme in einen Fonds einzuzahlen. Das Finanzierungsgesetz muß die paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Festlegung der Umlage, bei der Verwaltung des Finanzierungsfonds und bei der Kontrolle der Mittelvergabe und -verwendung sicherstellen. Damit würden folgende Ziele verwirklicht:

- ein qualifiziertes konjunkturunabhängiges und auswahlfähiges Angebot an Arbeitsplätzen für alle Jugendlichen;
- ein Ausbildungsplatzangebot zu jeder Zeit und regional ausreichend für alle Jugendlichen;
- die angebotenen Ausbildungsplätze sind qualifiziert und zukunftsbezogen;
- junge Frauen, Ausländer, Sonderschüler, Behinderte hätten gleiche Chancen für eine Ausbildung.

Fazit: Wer nicht ausbildet, muß zahlen!

IX.

Solange der Gesetzgeber auf Bundesebene nicht handelt, sind die Länder aufgefordert, Länderfinanzierungsgesetze zu schaffen. Das Grundgesetz sieht bei Untätigkeit des Bundesgesetzgebers ausdrücklich (konkurrierende Gesetzgebung) das Aktivwerden der Länder vor. Die Gewerkschaftsjugend hat in vielfältiger Form Engagement und Aktivität entwickelt: So wurden beispielsweise Unterschriftenaktionen durchgeführt, Lehrwerkstätten besetzt, Anzeigen aufgegeben, Unternehmer benannt, die nicht ausbilden, Diskussionen mit Politikern geführt, Protestresolutionen versandt, Info-Stände aufgestellt und Zahlungsbefehle an Unternehmer gestellt.

Die Forderung nach einer Umlagefinanzierung ist keine Utopie. In Hessen wird bereits eine überbetriebliche Umlagefinanzierung im Bereich der Krankenhäuser praktiziert. SPD und Grüne in Hessen haben vereinbart gesetzlich aktiv zu werden. Der Spitzenkandidat der SPD für die Wahl in Niedersachsen hat erklärt, im Falle eines Wahlsieges, aktiv zu werden. Die SPD hat über den Bundestag und den Bundesrat einen Gesetzentwurf eingebracht. Damit wird deutlich, daß gewerkschaftliche Forderungen in konkrete Politik münden können.

Aber auch der SPD-Gesetzentwurf ist u. a. in folgenden Punkten unzureichend:

- Die Höhe der Ausbildungsabgabe reicht nicht für die Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze;
- es fehlen Qualitätsauflagen, die eine zukunftsbezogene berufsbreite Ausbildung sicherstellen;
- ein bundesweiter Auslösemechanismus, das heißt, nur wenn

ein Überhang an Ausbildungsplätzen bundesweit von 12,5 Prozent vorhanden ist, tritt die Finanzierung in Kraft.

Damit bleiben regionale Unterschiede bestehen. Mit dem Ergebnis, daß eine unbesetzte Ausbildungsstelle im Bayrischen Wald dem Ausbildungsplatzsuchenden in Ostfriesland nichts nützt. Sinnvoller dagegen wäre ein Auslösemechanismus auf Arbeitsamtbezirksebene:

- das Gesetz ist auf 5 Jahre befristet;
- keine Mitbestimmung der Gewerkschaften;
- Unternehmer, die weniger als 10 Beschäftigte haben, bleiben außen vor;
- die Möglichkeit einer Umlage auf Kammerebene wird eingeräumt; dies würde am Dilemma nichts ändern und die Zuständigkeit der Berufsausbildung in Unternehmerhänden unangetastet lassen.

Eine umfassende Reform der beruflichen Bildung durch eine Finanzierungsregelung, die der Forderung nach qualifizierten Ausbildungsplätzen entspricht, ist mit dem SPD-Entwurf nicht beabsichtigt. Dennoch, die SPD hat die Idee einer Umlagefinanzierung aufgegriffen. Die CSU/CSU/FDP-geführte Bundesrepublik glänzt weiterhin durch Untätigkeit.

Der Verweis auf die längst überfällige Bundesinitiative der SPD darf nicht dazu führen, daß die Aktivitäten zur Verbreitung für Ländergesetze gestoppt oder auf die lange Bank geschoben werden. Es ist jedenfalls Bewegung entstanden! Da Unternehmer die Öffentlichkeit scheuen, wird es Aufgabe der Gewerkschaftsjugend sein, auch weiterhin „ausbildungsfaule“ Unternehmer anzuprangern. Im Zusammenhang mit den anstehenden Landtagswahlen und insbesondere der Bundestagswahlen werden Politiker mit der Forderung der Gewerkschaften konfrontiert werden.

Fazit: Es geht voran; die Gewerkschaftsjugend kämpft im Aktionserbst mit Volldampf weiter, bis alle Unternehmer, die nicht ausbilden, zahlen!

X

Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, Angst, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden, der reaktionäres Gedankengut gedeihen läßt. Das ist das Treibhausklima, in dem die Flötentöne der Rattenfänger Anklang finden. Dies wurde uns bereits schon einmal von der Geschichte gelehrt. Daher ist es nicht ungewöhnlich, wenn NS-Gruppen gerade von Jugendlichen enormen Zulauf erhalten.

Fazit: Das konsequente Eintreten nach Ausbildung und Arbeit für die Jugend ist zugleich Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und faschistisches Gedankengut!

„Obwohl ich regelmäßig alle wichtigen Gewerkschaftszeitungen der BRD und etliche ausländische Gewerkschaftszeitungen lese, sind die NACHRICHTEN seit vielen Jahren für mich eine unentbehrliche Lektüre. Sie vermittelt mir Nummer für Nummer wichtige Informationen, die ich an anderer Stelle nicht gefunden hatte.“

Walter Fabian

„Ich war immer ein sehr kritischer Leser Eurer NACHRICHTEN. Ich war mit manchem dort veröffentlichten Artikel nicht einverstanden. Trotzdem geben sie mir, neben den vielen, mit denen ich einverstanden war, immer wieder Anlaß, meine eigene gewerkschaftspolitische Position zu überdenken.“

Willi Bleicher

DKP-Thesen zu Sozialdemokraten und Gewerkschaften

44 Thesen verabschiedete der 8. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der vom 2. bis 4. Mai 1986 in Hamburg tagte. „Die Thesen sind kein neues Parteiprogramm. Sie sollen vielmehr auf der Grundlage des Programms, das seine volle Gültigkeit behält, die neuen Fragen und Erfahrungen der letzten Jahre aufarbeiten.“ Das sagte erläuternd Willi Gerns, Berichterstatter der Antragskommission, die sich mit 477 Anträgen zu den Thesen zu befassen hatte. In diesen Thesen erläuterte die DKP ihre Positionen zu nahezu allen Fragen ihrer Politik. Dem Beschluß über die Thesen war eine zehn Monate währende Diskussion in der Partei vorausgegangen. Nach den Worten von Gerns standen im Mittelpunkt dieser Diskussion u. a. Fragen des Verhältnisses von Friedenskampf und Klassenkampf heute, das internationale Kräfteverhältnis, neue Entwicklungen in den sozialistischen Ländern, Probleme des Ringens um Arbeit für alle, der neuen Technik, der Ökologie, die Frauenpolitik, die Einschätzung der SPD und der Entwicklung der DKP.

Ein Schwergewicht legt die Partei auf die stärkere Entwicklung der Betriebsratsarbeit. Dazu wurde ein eigenes Papier „Zur Betriebsgruppen- und Betriebsarbeit der DKP“ beschlossen. „Der Betrieb bleibt“, heißt es darin u. a., „das Hauptfeld der Auseinandersetzung, weil dort der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit am unmittelbarsten wirkt.“

Die These 28 beschäftigt sich insbesondere mit dem Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten, während die These 29 „neue Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes“ definiert. Beide Thesen bringen wir im Wortlaut. (Siehe auch den Bericht Seite 30).

These 28

Neue Bedingungen und Erfahrungen der Aktionseinheit — Sozialdemokraten und Kommunisten

Zu keinem Zeitpunkt seit Konstituierung der DKP haben wir soviel Erfahrungen auf dem Gebiet der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gesammelt wie seit Beginn der 80er Jahre. Kein anderes Feld unseres Wirkens steht so im Zentrum der Angriffe des Klassegegners.

Das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist seit jeher ein Kernstück der Politik der DKP. Die Aktionseinheit ist notwendig, weil die Arbeiterklasse der Bundesrepublik aus unterschiedlichen sozialen und heute auch unterschiedlichen nationalen Gruppen besteht, weil in ihr verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen wirken, weil dieser differenzierten Klasse in Gestalt des in- und ausländischen Monopolkapitals ein mächtiger, hochorganisierter, einheitlich handelnder Gegner gegenübersteht, gegen den nur im gemeinsamen Handeln Erfolge durchgesetzt werden können. Die Aktionseinheit ist möglich, weil die Arbeiterklasse gemeinsame Klasseninteressen hat, weil ungeachtet aller Unterschiede das Einigende bei weitem stärker ist als das Trennende.

In unserem Parteiprogramm heißt es: „Im Ringen um die Aktionseinheit mißt die DKP dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung bei. Sie repräsentieren die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Die DKP erstrebt ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen der Sozialdemokratie. Sie tritt, geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein.“ „Die DKP erstrebt die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, beim Ringen um

eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Sie will diese Zusammenarbeit auch für die Zukunft, im Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonetistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten in den meisten Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik eine wesentliche Rolle gespielt. Durch die Verschärfung der kapitalistischen Krise und das Anwachsen der Kriegsgefahr ist, insbesondere seit dem Übergang von den 70er zu den 80er Jahren, deutlicher geworden, daß die gemeinsamen Friedens- und sozialen Interessen, die gemeinsamen antifaschistischen Überzeugungen von Sozialdemokraten und Kommunisten weitaus wichtiger sind als die politischen und weltanschaulichen Unterschiede, die sie trennen.

In den letzten Jahren haben sich vor allem unter dem Druck außerparlamentarischer Bewegungen in den politischen Positionen der SPD bedeutsame Veränderungen ergeben. Die SPD hat wesentliche Forderungen der Friedensbewegung übernommen. Aus dem Ja zur Stationierung der USA-Atomraketen ist ein Nein geworden, aus der Ablehnung von Friedensaktionen ein Aufruf zur Teilnahme an ihnen. Die SPD lehnt die Militarisierung des Weltraums ab. Sie tritt für Sicherheitspartnerschaft, für eine neue Phase der Entspannungspolitik ein. Sie hat sich wichtige gewerkschaftliche Forderungen zu eigen gemacht. Von großer Bedeutung ist die Entscheidung einiger sozialdemokratischer Landesregierungen, den Berufsverbotsbeschluß von 1972 nicht mehr anzuwenden. Obwohl die SPD nach wie vor keine antimonetistische Politik vertritt, hat sie auf einigen Gebieten der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik Vorstellungen im Interesse der arbeitenden Menschen entwickelt.

Im Ergebnis dieser Veränderungen haben sich die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verbessert. In der Friedensbewegung, in Arbeiterkämpfen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, im Streik der Drucker und Metaller für die 35-Stunden-Woche, in den gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Verteidigung des Streikrechts wirkten und wirken Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften zusammen. In gemeinsamen Aktionen wächst in Teilen der SPD die Erkenntnis, daß der Antikommunismus ein Hindernis für den Kampf um Frieden und soziale Rechte ist und der Sozialdemokratie keine Vorteile bringt. Das wirkt sich positiv auf die weitere Entwicklung der Aktionseinheit in der Bundesrepublik wie auch auf die Beziehungen zwischen der SPD und kommunistischen Parteien sozialistischer Länder aus.

Grundlegende weltanschauliche und politische Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bleiben bestehen. Es kann nicht übersehen werden, daß es sozialdemokratische Politiker gibt, denen Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU wichtiger sind als das Zusammenwirken mit den Kräften links von der CDU/CSU. Das Handeln der Kräfte, die heute die Politik der SPD bestimmen, ist durch die Ideologie der Sozialpartnerschaft geprägt und darauf gerichtet, den Kapitalismus durch „Modernisierung“ zu stabilisieren. Wichtige gesellschaftliche Forderungen (z. B. nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie) stoßen auf den Widerstand maßgeblicher Kräfte der SPD-Führung.

Die Auseinandersetzung mit Sozialpartnerschaftsideologie und Antikommunismus ist im Interesse der Aktionseinheit unverzichtbar. Aber die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse ist ein Faktor, der für die Politik der Sozialdemokratie objektiv zunehmendes Gewicht gewinnt. Vor allem die drängenden Aufgaben des Kampfes für Frieden und Arbeit sind für Sozialdemokraten und Kommunisten eine Herausforderung zu gemeinsamem und gleichgerichtetem Handeln.

Zur Aktionseinheitspolitik der DKP gehört auch das Bemühen, die der grün-alternativen Strömung verbundenen, die in den Sozialausschüssen der CDU/CSU organisierten und die sich an keiner Partei orientierenden Kolleginnen und Kollegen in gemeinsame Aktionen einzubeziehen. Für die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Stärkung der Einheitsgewerkschaft mißt die DKP, nächst dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, ins-

besondere auch dem Zusammenwirken mit jenen neben der SPD stehenden linken Arbeitern und Angestellten wachsende Bedeutung zu, die gegen sozialpartnerschaftliche Politik auftreten und sich von Klassenpositionen leiten lassen.

These 29

Neue Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes

Im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren sind die Gewerkschaften heute mit grundlegend neuen Herausforderungen konfrontiert. Der ökonomische Spielraum, der es dem Staat erlaubt, sowohl die Rüstungsausgaben zu steigern als auch Zugeständnisse bei der Erhöhung der Sozialausgaben zu machen, ist wesentlich geringer geworden. Die Monopole nutzen die hohe Arbeitslosigkeit und den mit der raschen Entwicklung der neuen Technik einhergehenden Rationalisierungsdruck als Knüppel gegen die Forderungen der Beschäftigten nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen. Während die Profite auf neue Rekordhöhen stiegen, sind die Reallohn in den letzten Jahren gesunken. Zugleich versuchen Kabinett und Kapital, durch ein umfassendes Konzept zur Spaltung und Entsolidarisierung der Belegschaften und der Einschränkung des Streikrechts die Kampfbedingungen der Gewerkschaften zu verschlechtern.

Die Möglichkeiten, auf der Grundlage einer sozialpartnerschaftlichen Politik materielle Erfolge zu erreichen, wurden bedeutend eingeschränkt. Mehr denn je können die Gewerkschaften ihre Aufgaben jetzt nur noch in dem Maße wahrnehmen, wie sie eine kämpferische Strategie entwickeln, die auf die konsequente Vertretung von Klasseninteressen gerichtet ist. Davon hängen die Anziehungskraft der Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse, insbesondere auf die Arbeiterjugend, sowie die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades ab. Unter diesen Bedingungen wächst die Bedeutung der Einheitsgewerkschaften.

Im Programm der DKP heißt es: „Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunisten nach der Befreiung vom Faschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitarbeiten, stellen eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik dar.“ „Auch künftig sind starke, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte und für sie handelnde Gewerkschaften unentbehrlich. Sie bilden ein Kraftzentrum für die Verteidigung und die Erweiterung sozialer und demokratischer Rechte wie für die Sicherung des Friedens.“ „Die DKP wirkt für die Stärkung der Gewerkschaften. Sie bekämpft alle Angriffe der Unternehmerverbände und anderer reaktionärer Kräfte auf die Einheitsgewerkschaften.“ „Sie widersetzt sich allen Absichten, die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor des kapitalistischen Systems zu mißbrauchen, sie mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft an das Großkapital und eine dessen Interessen dienende Regierungspolitik zu binden.“

In den Gewerkschaften hat die Bereitschaft zum Kampf für Arbeit und soziale Rechte, für Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme sowie zum friedenspolitischen Engagement und zur Verteidigung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zugenommen. An die Regierung wird die Forderung nach einer anderen Politik gerichtet. Diese Orientierung eröffnet die Möglichkeit einer besseren Durchsetzung von Arbeiterinteressen. Nach wie vor üben sozialpartnerschaftlich orientierte Kräfte in den Gewerkschaften einen starken, teilweise sogar dominierenden Einfluß aus. Zugleich gewinnen jedoch jene Kräfte an Boden, die sich an Klassenpositionen der Arbeiterklasse ausrichten. Das wachsende gewerkschaftliche Engagement im sozialen Kampf wie in der Friedensbewegung ist vor allem das Ergebnis der vorwärtsdrängenden Aktivitäten und des wachsenden Einflusses dieser Kräfte. Ihr Einfluß äußert sich auch im stärkeren Hervortreten antimonetistischer Vorstellungen in einigen Gewerkschaften. So finden Forderungen nach Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige heute die Zustimmung betrieblicher und gewerkschaftlicher Vertretungen, ja einer so bedeutenden Gewerkschaft wie der IG Metall.

Die sozialen Kämpfe seit Beginn der 80er Jahre beweisen, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik auch angesichts eines enormen ökonomischen und politischen Drucks des Klassegegners zu

kämpfen versteht. Die Drucker und Metaller haben 1984 durch ihren Streik Signale gesetzt. Gegen die Front von Unternehmern, Regierung und Massenmedien konnte das Tabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen, konnten über 100 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Die Solidarität innerhalb der Gewerkschaften sowie zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung wurde gestärkt.

Zugleich hat die zunehmende Härte der Klassenauseinandersetzungen Schwächen der Gewerkschaften deutlicher hervortreten lassen. Der Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war ein Kampf für die ganze Arbeiterklasse, für die Werktätigen aller Wirtschaftszweige. Um so schädlicher war das Nichtzustandekommen einer einheitlichen gewerkschaftlichen Konzeption zur Arbeitszeitverkürzung, vor allem die Distanzierung einzelner Gewerkschaftsführungen vom vorrangigen Ziel der 35-Stunden-Woche. Der Lebersche Schlichtungsvorschlag zeigte besonders drastisch, wie sich eine sozialpartnerschaftliche Orientierung auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen auswirkt. Nicht nur war die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden unzureichend. Vor allem beschwört das Eingehen auf die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit für die künftige Einheitlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes um Arbeitszeitverkürzung wie für kollektive tarifliche Absicherung überhaupt große Schwierigkeiten herauf.

Die weitreichenden Veränderungen in der Beschäftigungs- und Klassenstruktur besitzen auch Auswirkungen auf die Kampfkraft und das Organisationspotential der Gewerkschaftsbewegung. Es gilt, die Kampffähigkeit der traditionell hoch organisierten und erfahrenen Gruppen, vor allem im Arbeiterbereich, zu erhalten und auszubauen. Gleichzeitig wird die Gewinnung neuer Gruppen in den bisher oft schwach organisierten „modernen“ Industrien, im Angestelltenbereich, in der Jugend, in der lohnabhängigen Intelligenz und unter den Frauen zu einer immer wichtigeren Frage für die Zukunft der Gewerkschaften.

Die Kampfbedingungen der Gewerkschaften werden wesentlich durch die Massenarbeitslosigkeit kompliziert. Monopole und Staat sind bemüht, Arbeitende und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen, die Arbeitslosen aus der Arbeiterbewegung auszugrenzen, sie für die Unterstützung einer gegen die Gewerkschaften gerichteten Politik des Großkapitals zu gewinnen.

Die Arbeitslosen sind ein untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse. Der Kampf für ihre Interessen, für die Verbesserung ihrer Lage, vor allem dafür, daß sie Arbeit erhalten, ist eine erstrangige Aufgabe der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Die Einbeziehung der Arbeitslosen in die Organisation und in die Solidarität der Arbeiterbewegung ist ein Grunderfordernis des Klassenkampfes. Arbeitslose, Rentner und beschäftigte Kollegen müssen innerhalb der Gewerkschaften die gleichen Rechte haben.

Vor dem Hintergrund der neuen Klassenkampfverfahren ist das gemeinsame Handeln von sozialdemokratischen und kommunistischen, grün-alternativen, christlichen und parteipolitisch ungebundenen Kollegen in den Einheitsgewerkschaften mehr denn je gefordert. Notwendiger denn je ist, daß die verschiedenen Einzelgewerkschaften an einem Strang ziehen.

Gebraucht wird eine gewerkschaftliche Strategie, die verhindert, daß Staat und Monopole die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse auseinanderdividieren. Es geht darum, die Interessen sowohl der Arbeitenden als auch der Arbeitslosen zu berücksichtigen. Es muß Schluß damit gemacht werden, daß Ausländer und Frauen zusätzlich diskriminiert, daß neu heranwachsende Arbeitergenerationen von Anfang an aus dem Arbeitsprozeß ausgegrenzt werden. Es muß verhindert werden, daß durch eine immer stärkere Differenzierung der Belegschaften in „normal“ Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, mit Zeitverträgen oder in Heimarbeit Beschäftigte usw. durch zunehmend unterschiedliche Arbeitszeitregelungen (in verschiedenen Branchen, aber auch in Betrieben der gleichen Branche) eine soziale Spaltung in die Arbeiterklasse getragen wird.

Die zunehmende Bedrohung der Interessen der Arbeiterklasse durch die Politik der herrschenden Klasse zwingt die Gewerkschaften dazu, ihre Tätigkeit auch außerhalb der „klassischen“ gewerk-

schaftlichen Kampffelder zu aktivieren, ein stärkeres Engagement im Friedenskampf, bei der Verteidigung demokratischer Kampfbedingungen, beim Umweltschutz, in der Technologie- und Medienpolitik sowie eine eigenständige antimonetistische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln. Dabei werden die Gewerkschaften um so erfolgreicher sein, je mehr sie mit allen Kräften der politischen Arbeiterbewegung zusammenwirken und auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und Kräften suchen.

NATO – „Friedensmacht“?

In einem Land, in dem die NATO irreführend als „die größte Friedensbewegung der Welt“ bezeichnet wird, sind dokumentarisch belegte Gegeninformationen dringend erforderlich. Jene, die Interessenbedingt und vorsätzlich die Öffentlichkeit über den wahren Charakter dieses von den „USA als Führungsmacht“ dirigierten Militärpaktes täuschen, passen sich heute im Sprachgebrauch an die von der wirklichen Friedensbewegung produzierte Wachheit gegen Rüstungs- und Atomkriegsgefahr an.

Bis in die sechziger Jahre, solange die NATO die materiell-militärische Überlegenheit besaß, hörte man es anders. Das „Zurückrollen des Kommunismus aus Europa“ war die offizielle Militärstrategie der NATO. Vom „Ausradieren der UdSSR“ wurde gesprochen. Als Grund für die Remilitarisierung der BRD gab man die „Befreiung

Lorenz Knorr, NATO – Geschichte, Strategie, Atomkriegsplanung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1985, 260 Seiten, 10,80 DM.

der Zone“ und die „Neuordnung Osteuropas“ zu westlichen Bedingungen an. Da ist es hilfreich, wenn man eine systematische Darstellung der Vorgeschichte und Entwicklung der NATO samt ihrer bisherigen Militärstrategien zu Rate ziehen kann.

Der Autor, der mehrfach über einschlägige Themen publizierte, stellt bereits in der Einleitung die geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen mit zwei Weltkriegen und dem Faschismus in Widerspruch zur Remilitarisierung der BRD, zum NATO-Beitritt und zu dem Streben nach Veränderung des Status quo in Europa. Aufschlußreich ist der Beleg, daß die (west-)deutsche Aufrüstung in den USA beschlossen wurde, bevor noch die BRD als Staat existierte. US-Atomkriegspläne gegen die UdSSR werden dokumentarisch belegt aus Zeiten, als noch keine NATO existierte. Die USA benötigten einen militärischen Brückenkopf in Europa als Aufmarschgebiet gegen die UdSSR. In keinem anderen Buch über die NATO ist die Herausbildung des militärisch-industriellen Komplexes der USA als systemimmanenter Gründungszwang für die NATO mit ökonomischen, militärischen und politischen Ursachen so klar herausgearbeitet.

Es wird nicht versäumt, die realistischere Phase der US-Politik mit ihren Auswirkungen auf die NATO herauszuarbeiten – als sichtbar wurde, daß die USA in Vietnam die Grenzen ihrer militärischen Möglichkeiten erreichten. Eine Reihe rüstungsbegrenzender Abkommen waren die Folge. Ebenso wenig unterläßt es der Verfasser, die apokalyptischen Gefahren der Reagan-Politik, des Repräsentanten der aggressivsten Kräfte der USA, zu charakterisieren.

Verschiedene Tabellen über militärische Stärkeverhältnisse und Rüstungsausgaben erleichtern es dem Leser, sich schnell einen Überblick zu verschaffen. Auch Schaubilder über den organisatorischen Aufbau der NATO und atomar/konventionelle Kriegspläne und die zu besetzenden Gebiete sind hilfreich.

E. K.

DGB-Kongreß: Mehr Solidarität, und keine Selbstzerfleischung

Sechs Tage lang war Hamburg das Zentrum gewerkschaftlicher Politik. Vom 25. bis 30. Mai 1986 diskutierten und beschlossen die 525 Delegierten des 13. ordentlichen DGB-Bundeskongresses, was in den nächsten vier Jahren Inhalt und Gegenstand der Gewerkschaftspolitik sein soll. Über 381 Anträge und sieben Initiativanträge mußte entschieden werden. Der gesamte Kongreßverlauf – Reden, Diskussionen und Beschlußfassung – machten deutlich: Der Widerstand und die Kämpfe der DGB-Gewerkschaften gegen die „Wendepolitik“, gegen Sozial- und Demokratieabbau, für Arbeitszeitverkürzung und Atomraketenstopp, hat die Gewerkschaftsbewegung stärker und selbstbewußter gemacht.

Der mit einem Traumergebnis (siehe Kasten) für eine letzte Amtsperiode wiedergewählte DGB-Vorsitzende Ernst Breit sprach das gleich in seiner Eröffnungsrede in Gegenwart von Bundespräsident von Weizsäcker, Arbeitsminister Blum und BDA-Präsident Esser an. Die Gewerkschaften hätten sich in den vergangenen vier Jahren den Herausforderungen gestellt. „Auch wenn wir uns in wichtigen Punkten nicht durchsetzen konnten, wir sind gestärkt aus diesem Kampf hervorgegangen.“

Die von verschiedenen Kräften erhoffte Selbstzerfleischung und Lähmung der eigenen Handlungsfähigkeit, indem man dem DGB empfahl, auf seinem Kongreß ausgiebig über „kommunistische Unterwanderung“, „Bündnisgefahren“ und die Neue Heimat zu diskutieren, fand nicht statt. Die Diskussion darüber erfolgte mit Leidenschaft und Sachlichkeit, aber keineswegs bestimmte sie das Kongreßgeschehen, ebenso wenig wie die Debatte über Kernenergie.

Wie NACHRICHTEN-Lesern hinlänglich bekannt, hatte die IG Chemie – Papier – Keramik vom Kongreß einen Antrag eingereicht, der Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften eine Zusammenarbeit mit Kommunisten und Grünen in Aktionsbündnissen, Komitees usw. als verwerfliches Tun untersagen wollte. Die Antragsberatungskommission „entschärfte“ den Antrag (A 43) in der Weise, daß sie ihn in drei Teile zergliederte und mit unterschiedlichen Empfehlungen versah: Der Teil, in dem die IG Chemie formulierte, wen und was sie meint („Vorfeldorganisationen“ der DKP, Muttertagsaktionen, Aufrufe und Unterschriftenlisten zu bestimmten politischen Anlässen), wurde mit der Empfehlung „Begründung“ versehen; der Teil, der selbstverständliche und längst praktizierte Grundsätze verkündet, wurde zur Annahme empfohlen; und jener Teil, der mit vieldeutigen Formulierungen beschreibt, mit wem Bündnisse ausgeschlossen bleiben und wer, wenn Zusammenarbeit mit unbedenklichen Kräften gestattet ist, diese genehmigen soll, wurde mit der Empfehlung „Material an den Bundesvorstand“ ausgestattet. So wurde dann auch entschieden.

Fast alle Diskutanten (z. B. Christian Götz, HBV – siehe auch das Interview auf S. 3/4 –, Horst Klaus, IGM, Detlef Hensche, IG DruPa) machten deutlich, daß sie keine neue „Unterwanderungsdebatte“, die nur die eigenen Kräfte lähmt, wünschen. Im übrigen habe die Erfahrung der Vergangenheit, etwa beim Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche, gegen Rüstung, Sozialabbau und Änderung des § 116 AFG, die Notwendigkeit und die Nützlichkeit von Bündnissen bewiesen.

Wahlergebnisse

Abgegebene Stimmen zwischen 514 und 518

	Ja-Stimmen
DGB-Vorsitzender Ernst Breit, 61	503
stellv. Vorsitzende Gerd Muhr, 62	454
Gustav Fehrenbach, 61	491
Weitere Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes	
Irmgard Blättel, 57	411
Siegfried Bleicher, 45	443
Ilse Brusis, 48	353
Michael Geuenich, 51	371
Helmut Teitzel, 51	346
Lothar Zimmermann, 56	448

Die Befürworter der Ab- und Ausgrenzung, die sich nach links richtet, blieben weitgehend isoliert, zeigten sich aber mit dem von der Antragskommission empfohlenen Kompromiß einverstanden. Der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe kündigte an, die Angelegenheit im DGB-Bundesvorstand weiterverfolgen zu wollen.

Heftige Kritik fand bei den Delegierten der bisherige Umgang mit dem Problemkind Neue Heimat. Hunderte NH-Beschäftigte demonstrierten vor dem Kongreßgebäu-

de. Der Kongreß forderte in einem Initiativantrag „wirtschaftlich vertretbare Lösungen“, die die Interessen der Mieter und der Beschäftigten gleichermaßen berücksichtigen und es dem DGB ermöglichen, sich „mittelfristig“ aus dem Engagement in der Wohnungswirtschaft zurückzuziehen. Begrüßt wurde vom Kongreß die Übernahme der NH-Wohnungen in Hessen durch die Landesregierung.

Das dritte Thema, mit dem im Vorfeld des DGB-Kongresses die Öffentlichkeit besonders befaßt wurde, war seine Position zur Kernenergie. Diese hat vor dem Hintergrund des Unglücks in Tschernobyl eine kritische und distanziertere Modifizierung erfahren. Auf einen kurzen Nenner gebracht, will der DGB einen Verzicht auf Kernenergie „so rasch wie möglich“. Der Einsatz von Kernenergie sei nur noch für einen begrenzten Zeitraum verantwortbar. Darum erscheine die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters Kalkar „nutzlos“; die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wird abgelehnt.

An der Spitze des Antragspakets war über 17 Anträge zu Frieden und Abrüstung zu entscheiden. Der Kongreß forderte „Abbau und Verschrottung aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen“ sowie den Verzicht auf SDI. Die Rüstungshaushalte sollen nicht mehr erhöht und Europa müsse atom- und chemiewaffenfrei werden. USA und UdSSR wurden aufgefordert, ein Abkommen über den Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt abzuschließen, wie es im übrigen wiederholt von der Sowjetunion gefordert worden ist. Und schließlich: „Der Vorschlag der Sowjetunion zum Abbau aller Nuklearwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts muß zum Gegenstand konstruktiver Verhandlungen gemacht werden.“

Daß der Antrag die gleichsetzende Floskel von den „Supermächten“ enthält und die UdSSR wegen aktiver Verteidigung der Revolution in Afghanistan ebenso getadelt wird, wie die USA wegen aktiver Bekämpfung der Revolution in Nicaragua, mindert den Wert der friedenspolitischen Aussagen keineswegs. Eine wesentliche Ursache für eine solche Sichtweise sprach Ernst Breit im anderen Zusammenhang in seinem Hauptreferat kritisch an: den blinden Antikommunismus.

Weitere wichtige Beschlüsse des DGB-Kongresses verlangen u. a. eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik, auch ein 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm, den Stopp der Privatisierungen und die Beschränkung der Bankenmacht. Die Einführung neuer Technologien soll „sozial verträglich“ und bei wirksamer Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften vonstatten gehen. Der DGB will das Auslaufen der Montanmitbestimmung verhindern und statt dessen diese Form der Mitbestimmung auf alle Großunternehmen übertragen. Die CDU/FDP-Pläne zur Aushöhlung der Betriebsverfassung wurden vom Kongreß zurückgewiesen.

Die Delegierten beauftragten den DGB-Bundesvorstand, das Aktionsprogramm von 1979 zu aktualisieren und dem Bundesausschuß eine überarbeitete Fassung „zur Beratung und Verabschiedung“ vorzulegen. Schon jetzt wird man darauf hinweisen müssen, daß wohl auch die Mitgliederdiskussion eines entsprechenden Entwurfs als Notwendigkeit anzusehen ist.

Wie die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, bildete die staatliche Sozialpolitik einen Schwerpunkt der Diskussion. Einmütiges Ziel: Der Sozialabbau, die reaktive Änderung des § 116 AFG und die sonstigen Einschränkungen von Gewerkschafts- und Betriebsratsrechten, etwa durch das „Beschäftigungsförderungs-gesetz“, müssen rückgängig gemacht werden. Die Aussperrung, so ein weiterer Beschluß, ist zu verbieten.

In einem besonderen Initiativantrag zum § 116 AFG steht neben der Forderung des Bundeskongresses nach Annullierung der erfolgten Änderung: „Er begrüßt deshalb auch die Absicht, die Verfassungswidrigkeit der vorgenommenen Änderung des § 116 AFG durch das Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen.“ Außerdem soll der DGB-Bundesvorstand „alle geeigneten Maßnahmen“ zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Vorstellungen ergreifen bzw. unterstützen. Allerdings gehen hier die Meinungen, entsprechend den in mehreren Fragen sichtbar gewordenen zwei Strömungen – der integrationspolitisch-sozialparteilichen und der eigenständig-kämpferischen –, auseinander. Die einen wollen sich mit dem Stimmzettel im Januar 1987 begnügen, die anderen sagen: Stimmzettel und Aktionen!

Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr stellte klar, daß der Staat, der den Gewerkschaften mit Gesetzen „die Luft zum Atmen“ nehme, selber in die Schußlinie gerate. Er wies damit von Weizsäckers Forderung zurück, eine Gegnerschaft zur Regierung dürfe nicht zur Auseinandersetzung mit dem Staat führen.

Im Gegenzug zum koordinierten Vorgehen von Kapital und Kabinett gegen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsinteressen forderte der Kongreß mit zwei Beschlüssen eine stärkere Koordination und mehr Solidarität bei der Umsetzung gewerkschaftlicher Tarifpolitik. Ausdrücklich hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang die „weitere umfassende Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Vorrang für die 35-Stunden-Woche“ sowie die Verlängerung der Vorruhestandsregelungen über 1988 hinaus.

Für den gewerkschaftlichen Alltag hat der 13. Bundeskongreß eine „runde“ Aufgabenskala beschlossen. Ihre Verwirklichung würde die Lage der abhängig Beschäftigten materiell, aber auch gesellschaftspolitisch merklich verbessern. Jeder Gewerkschafter weiß indessen, daß dazu enorme Kraftentfaltung – z. B. auch in Bündnissen – erforderlich ist.

Gerd Siebert

1. IGM-Ausländerkonferenz: Impulse für den gesamten DGB

Das AFG kennt nicht allein den Paragraphen 116. Für die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter ist der Paragraph 19 von mindestens ebenso existentieller Bedeutung, wird doch hier mit einer schwammigen Formulierung behördlicher Willkür bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis Tor und Tür geöffnet: Ein Beispiel aus einer Palette diskriminierender Verhältnisse in der Bundesrepublik, mit denen sich die 199 Delegierten der 1. Ausländerkonferenz der IG Metall am 8. und 9. Mai in Frankfurt auseinandersetzten.

Die Delegierten, fast alle ehrenamtliche Funktionäre, im Schnitt schon 13 Jahre in der Bundesrepublik, vertraten selbstbewußt und offensiv rund 300 000 Metaller, klagten die menschen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung an und forderten ihre Rechte ein. Ist nach rund acht Jahren währenden Bestrebungen für eine eigene Personengruppe „Ausländer“, wie sie der letzte Gewerkschaftstag beschloß, und für eine gesicherte Existenz der ausländischen Beschäftigten, wie sie gerade die IG Metall schon mit Beginn der 60er Jahre einleitete und ständig ausbaute, diese Gewerkschaft vorn in der Interessenvertretung ausländischer Mitbürger, so hatte sich der Vorstand dennoch einige kritische Anmerkungen seitens der Delegierten anzuhören.

Gefragt wurde z. B., warum die Aktionen zur Aufenthaltsberechtigung, die von 3,3 Mio. erwachsenen Ausländern nur etwa 8 Prozent besitzen, nicht massiver vorangetrieben werden. Wo bleiben die Betriebsräte, wenn Unternehmer lauthals verkünden, nur noch Deutsche einzustellen, oder, versteckt, die Qualifikationsanforderungen so hoch ansetzen, um Ausländer auszuschließen? Gefordert wurde von der Organisation auch ein stärkeres Engagement gegen alle Formen der Ausländerfeindlichkeit und gegen das Auftreten neofaschistischer Gruppierungen. Die Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ sei nicht allein Sache der Jugend.

Das für Ausländerpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied Willi Sturm hatte im Geschäftsbericht das hervorragende Engagement der ausländischen Mitglieder in den jüngsten Kämpfen der IG Metall gewürdigt, so beim Streik um Arbeitszeitverkürzung 1984 oder in der Auseinandersetzung um den § 116 AFG. „Manche Aktion hätte ohne euch nicht erfolgreich abgeschlossen werden können.“ Sturm selbst wies darauf hin, daß dieses Engagement auch eine stärkere Vertretung in den Betriebsräten und Vertrauensleutepötern erfordere. Mit einer Anzahl von 12 Prozent in der Metallwirtschaft, stellen sie bislang nur 4 Prozent der Betriebsratsmandate und, etwas günstiger, 8 Prozent der Vertrauensleute. Delegierte ergänzten, daß die stärkere Vertretung gleichfalls für die Gewerkschaftsfunktionen nötig sei.

Hart ging der Christdemokrat Sturm mit der Ausländerpolitik der Bundesregierung ins Gericht. Von den Bildungschancen ausländischer Jugendlicher, über das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz, das geradezu illegale Leiharbeit begünstigt, und das Steuersenkungsgesetz bis hin zur Ausländergesetzgebung und deren „Familienpolitik“ prangerte er städtische Diskriminierungs- und Abschiebepolitik sowie behördliche Willkür an. „Es spottet jeder Beschreibung, was sich zu diesem Themenkomplex in den letzten Jahren abgespielt hat. Wie mit den Familien unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen umgegangen wurde, ist ein Skandal... Staatlich verordnete Trennungszeiten, die nach deutschem Scheidungsrecht ausreichen, die Ehe als gescheitert zu erklären, werden ausländischen Arbeitnehmern zugemutet, um Beweise zu erbringen für die Haltbarkeit der Ehe. Es ist schon erstaunlich, was Beamten alles einfällt. Beängstigend jedoch ist es, daß Politiker, die den Schutz der Familie wiederholt im Munde führen, dafür die Grundlagen schaffen.“

Die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer nahm auch in der Rede des IGM-Vorsitzenden Hans Mayr sowie in der Diskussion zum Geschäftsbericht und der Antragsberatung einen hohen Stellenwert ein. Im Leitantrag A 1 zur Ausländerpolitik wird es als „wichtigstes Ziel zur politischen Integration“ bezeichnet. „Und Integrationspolitik heißt, daß den in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien die Entwicklung einer langfristigen Lebensperspektive bei Beibehaltung ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht wird.“

Im gesamten Verlauf der Antragsdebatte schmissen die Delegierten an X Stellen Empfehlungen der Antragsberatungskommission über den Haufen, setzten ihre, meist weitergehenden Auffassungen durch. Insgesamt ein gelungener Auftakt der satzungsmäßig verankerten Personengruppenarbeit Ausländer, von der Impulse auch auf andere Gewerkschaften und den DGB ausgehen werden, also ein Beitrag dazu, wie Hans Mayr sagte, „daß eine eigene Arbeit für ausländische Arbeitnehmer letztendlich wieder überflüssig wird“.

Bernhard Keßeler

Frauen organisieren sich in DGB-Gewerkschaften

Um 50623 oder 3,1 Prozent ist im vergangenen Jahr die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder gestiegen. Wie Irmgard Blättel, zuständig für Frauenpolitik im DGB-Bundesvorstand, Anfang Mai mitteilte, stellen die Frauen mit 85 Prozent den Löwenanteil an allen Neuzugängen. Seit über einem Jahrzehnt hält dieser Trend bereits an, so daß sich der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft im DGB von 16,5 Prozent im Jahre 1973 auf jetzt 22,1 Prozent erhöht hat. Die stärksten Zuwächse verzeichnen die IG Metall, die Gewerkschaft HBV, die Gewerkschaft ÖTV und die GEW.

In zunehmendem Maße Zeitverträge

Auf die negativen Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes macht rund ein Jahr nach seinem Inkrafttreten die Gewerkschaft HBV aufmerksam. Wie das geschäftsführende Vorstandsmitglied Lorenz Schwegler Ende Mai mitteilte, habe seine Organisation eine Untersuchung in 500 Groß- und Mittelbetrieben durchgeführt. Die Ergebnisse seien „erschütternd und alarmierend“. Bei einem starken Anwachsen von Zeitverträgen (befristeten Arbeitsverträgen ohne Kündigungsschutz) und der Zunahme von flexibilisierten Arbeitsverhältnissen gehe die Zahl der unbefristeten Vollzeitarbeitsplätze drastisch zurück. Die Frage, ob das Beschäftigungsförderungsgesetz neue Arbeitsplätze geschaffen habe, wurde in 92,1 Prozent der untersuchten Betriebe verneint. Auch ein Abbau der Überstunden wurde nur in geringen Bereichen verzeichnet.

Aktionsherbst '86 für Rechte der Jugend

Im Rahmen des „Aktionsherbstes '86“ will der Deutsche Gewerkschaftsbund auf die Misere der Jugendarbeitslosigkeit hinweisen. Wie Ilse Brusis, zuständig für die Jugendarbeit im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, Mitte Mai ankündigte, werden zahlreiche örtliche und betriebliche Aktivitäten stattfinden. Sie werden unterstützt durch umfangreiche Materialien wie Plakate, Flugblätter und Videofilme. Je ein bemalter Infobus startet am 13. September im Norden und Süden der Bundesrepublik, begleitet nach einem festgelegten Fahrplan von Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend vor Ort, und trifft am 15. November zu einer Abschlusssveranstaltung in Mainz ein. Motto des Aktionsherbstes: „Stopp Jugendarbeitslosigkeit – wer nicht ausbildet, muß zahlen.“ Neben der Ausbildungsplatzsituation und der Über-

nahme nach der Ausbildung werden die Arbeitszeitverkürzung und die Zukunft der Arbeit weitere Themen des Aktionsherbstes sein.

Interessenvertreter müssen mitbestimmen

Auf einer Betriebs- und Personalrätekonferenz in Köln-Mülheim Mitte Mai forderte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr eine umfassende Fortschreibung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrechts auf der Grundlage der vom DGB vorgelegten Vorschläge. Vor allem im Bereich der neuen Techniken müsse es eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte geben. Dabei denke man nicht nur an Verhaltens- und Leistungskontrollen. Auch bei den anderen zahlreichen Aspekten der neuen Techniken wie etwa der Gestaltung des Arbeitsplatzes, Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Verhinderung einer Dequalifikation und bei Rationalisierungsmaßnahmen sei eine umfassende Mitbestimmung erforderlich.

DGB gegen „unmündigen Staatsdiener“

Am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, sprach sich der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Manfred Helmes, gegen den „angepaßten unmündigen Staatsdiener“, für einen selbstbewußten, entscheidungsfreudigen, seine Rechte wahrnehmenden Beamten aus. Dazu würde die Aufhebung des Radikalerlasses einen entscheidenden Beitrag darstellen.

Rudolf Bahro läßt grüßen

Die „Welt der Arbeit“ berichtete, daß der aus der DDR übergewandelte Hermann von Berg ihr noch nicht einmal drei Fragen für ein kurzes Interview beantworten durfte, denn „der gewerkschaftseigene Bund-Verlag hatte die Interviewrechte an andere Zeitungsverlage verkauft. Im Bund-Verlag soll ein Buch des Übersiedlers erscheinen“. Wie bei Rudolf Bahro vor nunmehr neun Jahren, war auch hier der scheidende Verlagsleiter Tomas Kosta besonders aktiv, den als tschechoslowakischen Emigranten die Bedürfnisse unserer Gewerkschafter relativ wenig interessierten.

Wollte Bahro noch ein zweiter Marx sein, will von Berg nunmehr Marx mit der linken Hand abtun. Ob er sich da nicht übernimmt? Hoffentlich landet er nicht, gleich Bahro, beim Guru.

PERSONALIEN

Werner Dick, seit rund einem Jahr 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Leder (GL), feierte am 30. Mai seinen 50. Geburtstag. Bereits mit 15 Jahren wurde der gebürtige Pfälzer Gewerkschaftsmitglied. Hauptamtlich bei der GL ist Werner Dick seit 21 Jahren in verschiedenen Funktionen. 1980 kam er als Tarifsekretär in die Hauptverwaltung der GL, wo er 1983 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes wurde.

Max von der Grün, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, wurde am 25. Mai 60 Jahre. Der frühere Ruhrgebietskumpel ist durch mehrere Romane bekannt, die das Bergarbeitermilieu schildern.

Karl-Heinz Herbig, Leiter der Abteilung Sozialwesen und Versorgung beim DPG-Hauptvorstand, vollendete am 12. Juni sein 50. Lebensjahr. Rund anderthalb Monate später, am 1. August, kann er auch sein 25jähriges Jubiläum bei dieser Gewerkschaft feiern mit Stationen als Ortsverwaltungssekretär in Braunschweig und Sekretär im DPG-Bezirk Frankfurt bis 1973.

Ernst Kersting wurde auf dem XIV. Landesbezirkstag der IG Druck und Papier Hessen am 24./25. Mai mit großer Einmütigkeit in seiner Funktion bestätigt. Seit sechs Jahren steht Kersting, der am 13. Juni seinen 50. Geburtstag feiern konnte, an der hessischen Spitze dieser traditionsreichen Gewerkschaft. Zum 2. Landesbezirksvorsitzenden wurde ebenso einmütig **Manfred Balder**, 46, und als weiteres geschäftsführendes Landesbezirksvorstandsmitglied **Dietmar Glaßer**, 44, gewählt.

Helmut Kohl, seit 1982 Kanzler der Wenderegierung, hat nicht nur einen Blackout, sondern auch mangelhafte Geschichtskenntnisse aufzuweisen. Der promovierte Historiker erklärte am 23. Mai auf einer internationalen Tagung in Westberlin: „Heute vor 41 Jahren, am 23. Mai 1945, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet.“ Diese Vordatierung um vier Jahre war kein Versprecher, sondern stand auch so in Kohls Redemanuskript.

Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär in CSU-Zimmermanns Innenministerium, wurde von der IG-Metallzeitung (10. Mai) als „übler Schnüffler“ bezeichnet. Berechtigter Grund dafür ist Sprangers Auftrag an den Verfassungsschutz, neben Mitgliedern der DKP und der GRÜNEN Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu bespitzeln.

Hubert Vomberg, von 1967 bis 1984 stellvertretender Vorsitzender der GdED, wurde kürzlich 65 Jahre. Seit 1952 war der der CDU angehörende Vomberg mit Tarifarbeit befaßt.

Vom „Ausstieg“ zum „Umbau der Industriegesellschaft“?

Nach Tschernobyl erhielten die Grünen als ökologische Protestpartei neuen Auftrieb. Dies bestimmte auch den Verlauf ihrer Bundesversammlung über Pfingsten in Hannover, der ganz durch die bevorstehenden Wahlkämpfe und die Schwerpunktforderung nach einem Ausstieg aus der Atomwirtschaft bestimmt war. Dadurch rückte ein Dokument neuer grüner Programmdiskussion vorläufig in den Hintergrund.

Schon im Februar 1986 war ein umfangreiches Papier mit dem Titel „Umbau der Industriegesellschaft. Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ als Entwurf vorgelegt worden, das auf einem Sonderkongreß Ende April beraten wurde und auch weiterhin in der Diskussion bleiben wird. Dieses Dokument sollte von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt aufmerksam zur Kenntnis genommen werden.

Noch im Sindelfinger Programm der Grünen von 1983 hatten sich eher „radikal-ökologische“ Positionen durchgesetzt, die eine Annäherung an Forderungen der Gewerkschaften erschwerten. Gegenüber einem „Ausstieg“ mit dem Ziel einer Dualwirtschaft wird nun der reformpolitische „Umbau“ der Wirtschaft zur strategischen Option. Gleichzeitig werden zentrale gewerkschaftliche Forderungen mit aufgenommen und erhalten antisozialpartnerschaftliche Akzente.

Charakteristisch ist überhaupt eine positive Sicht der Gewerkschaften als eine wichtige Kraft gegen die konservative Wendepolitik. Dies resultiert sicherlich daraus, daß die Gewerkschaften selbst in den vergangenen Jahren im Kampf um Arbeitszeitverkürzung sowie in der Bewegung gegen die Streikrechtsaushöhlung sich als handlungsfähige Gegenmachtororganisationen darstellten.

Aufgenommen wurden z. B. Forderungen nach der 35-Stunden-Woche, nach einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte, nach einem Aussperrungsverbot und nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Durch die Berücksichtigung der Fragen der Arbeitsbedingungen und vor allem der Massenarbeitslosigkeit werden von den Grünen Brücken zur Arbeiterbewegung geschlagen.

Im Zentrum des Programmentwurfs stehen die Ökologieinteressen der Bevölkerung – allerdings nicht klassenspezifisch formuliert, sondern als allgemeine Gattungsinteressen der Menschen. Auf zum Teil sehr konkretem Niveau werden Vorstellungen eines ökologischen „Umbaus“ der Chemie- und Stahlindustrie, der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft usw. entwickelt. Dabei erhalten staatliche Maßregeln und Haushaltspolitik ein großes Gewicht, was in der Grünen-Partei kontrovers

se Auseinandersetzungen hervorruft. Überall wird dies allerdings mit Forderungen nach Ausweitung von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Betroffenen verbunden.

Dennoch – das sollte gerade wegen vieler neuer Berührungspunkte zur Arbeiterbewegung nicht unerwähnt bleiben – ist das „Umbauprogramm“ keineswegs antikapitalistisch, wenngleich offen für viele Forderungen in diese Richtung. Es fehlt in

Politischer Streik enttabuisiert

Der Vorstand der IG Metall hat sich in einem Brief an die Organisation mit der Situation nach Verabschiedung des Änderungsgesetzes zum § 116 AFG befaßt. In einer ersten Zwischenbilanz werden zu Beginn die Aktionen gegen die Veränderung des § 116 bewertet und festgestellt, daß Zweifel hinsichtlich der Entschlossenheit dieser Regierung zur Durchführung ihres antigewerkschaftlichen, antisozialstaatlichen Kurses auch für die Zukunft nicht mehr möglich seien. Dies zwingt die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes „zur weiteren entschlossenen Gegenwehr“.

Die größte organisierte Protestbewegung in der Geschichte der BRD habe insbesondere mit dem Tabu Schluß gemacht, heißt es in dem von Hans Mayr und Franz Steinkühler unterzeichneten Brief, während der Arbeitszeit dürfe nicht gegen gesetzgeberische Vorhaben demonstriert werden. Eine der bleibenden Erfolge der gewerkschaftlichen Kampagne sei es, „diese Form des Protestes gegen eine jahrzehntelange Tabuisierung des Schlagwortes vom ‚politischen Streik‘ durchgesetzt zu haben“.

Wenngleich einer der großen Posten die Geschlossenheit des DGB gewesen sei, dürfe jedoch nicht darauf verzichtet werden, Schwachstellen und Mängel bei der IG Metall und in dem Zusammenhang mit anderen Einzelgewerkschaften sowie dem DGB aufzudecken. Es müsse alles diskutiert werden, das der weiteren Verbesserung der eigenen und der gewerkschaftsübergreifenden Zusammenarbeit diene.

Als positiv wird eingeschätzt, daß es ge-

der Behandlung der Demokratiefrage wie auch anderer Probleme eine Analyse der sozialökonomischen Machtverhältnisse und Klassenstrukturen. Forderungen werden aus den unterschiedlichsten Bereichen und Bewegungen einfach gebündelt. So werden wichtige Interessenfelder, wie etwa der Einkommensausgleich bei Arbeitszeitverkürzung, der für große Teile der Arbeiterklasse unverzichtbar bleibt, schlichtweg „vergessen“. Hierin kommt auch die Mittelschichtposition wichtiger Kerngruppen der Grünen mit zum Teil anderer sozialer Interessensicht zum Ausdruck.

In mancher Hinsicht bleibt der Entwurf auch in der Abgrenzung zu konservativen Modellen unscharf und für viele Interpretationen offen. Die Hauptstoßrichtung geht allerdings gegen die Bonner Wendepolitik. Der Programmentwurf präsentiert ein linkes und radikaldemokratisches Reformkonzept mit vielen Gemeinsamkeiten zu den übrigen politischen Kräften links von der konservativen Regierung. Für die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Forderungen muß diese Konstellation beachtet werden. Klaus Pickshaus

lungen ist, das positive Grundklima gegenüber den Gewerkschaften zu verbessern. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten hätten aber auch dazu beigetragen, daß die Koalitionsparteien aus wahltaktischen Gesichtspunkten eine Änderung des BetrVG in dieser Legislaturperiode nicht mehr einleiten würden, wenngleich es noch zu früh sei, Entwarnung zu signalisieren. Der Vorstand der IG Metall stellt dann fest: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung und voran die IG Metall haben gezeigt, daß Gegenwehr möglich ist und nicht ohne Folgen bleibt.“

Nach einer kurzen Bewertung der Gesetzesänderung, der tarifpolitischen Konsequenzen, wird dann auf die verfassungsrechtlichen Bedenken aufmerksam gemacht und Verfassungsbeschwerden angekündigt. Der Gang nach Karlsruhe ersetze jedoch in keinem Fall die politischen Aktivitäten zur Änderung des jetzt gültigen Rechtszustandes. Deshalb dürfe der § 116 AFG und die mit ihm zusammenhängenden Probleme mit der Verabschiedung des Gesetzes nicht abgehakt werden. Für die IG Metall bleibt die Frage der Selbstbehauptung unter diesem Gesetz und des Kampfes um seine erneute Änderung, wird betont.

In den Verwaltungsstellen müßte deshalb das Positive ebenso wie die Schwachstellen bilanziert werden, um damit die Grundlage für die weitergehenden gewerkschaftlichen Aufgaben zu legen. Der Vorstand der IG Metall kündigte an, daß er sich schon auf seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage des weiteren Kampfes gegen den § 116 AFG befassen wird.

H. Sch.

Nach den Jugendvertreterwahlen: „Gegenmacht“ notwendig

Noch bis Ende Juni finden im Organisationsbereich der IG Metall unter dem Motto: „Unternehmermacht braucht Gegenmacht – Wir kämpfen für unsere Zukunft“ die Jugendvertreterwahlen statt. Bereits vorliegende Ergebnisse unterstreichen, daß die IG-Metall-Kandidaten großes Vertrauen bei den Wählern haben. Damit wird u. a. auch den Wendepolitikern, die nach wie vor unter dem Vorwand „Pluralismus“ Splittergruppen wie den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) hofieren, eine Absage erteilt.

Vor den neugewählten Jugendvertretern stehen große Aufgaben. Angesichts der Ausbildungsplatznot müssen sie alles daransetzen, daß die Ausbildungszahlen stimmen. Wie geschieht dies nun? Zunächst muß eine Bestandsaufnahme gemacht werden, das heißt beispielsweise,

- wo können noch Kapazitäten ausgeschöpft bzw. erweitert werden,
- Entwicklung der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren,
- Entwicklung der Gewinne im Zusammenhang mit der Belegschafts-/Ausbildungszahl,
- Entwicklung der Altersstruktur in den Abteilungen.

In Zusammenarbeit mit Betriebsrat, Vertrauensleutekörper, den Gewerkschaftsvertretern, dem Ortsjugendausschuß ist zu überlegen, ob Verhandlungen mit der Geschäftsleitung durch Aktionen zu unterstützen sind. Auch den „Neuen“ im Betrieb ist im Zusammenhang mit der Mitgliederwerbung zu verdeutlichen, daß ihre Einstellung nicht auf das Wohlwollen des Unternehmers, sondern oftmals auf die Aktivitäten der betrieblichen Interessenvertretung zurückzuführen ist. Bei den Einstellungen sollten sich die Jugendvertreter für die Schwachen stark machen, d.h. für junge Ausländer, Behinderte, Mädchen und Hauptschüler.

Die Übernahme nach der Ausbildung ist angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit ein immer schwierigeres Problem. Es ist notwendig, daß die Jugendvertretung zusammen mit dem Betriebsrat alle betriebsverfassungsrechtlichen Einflußmöglichkeiten konsequent nutzen, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen bzw. einer Vernichtung vorhandener entgegenzuwirken. Das heißt konkret:

- Abbau von Überstunden; unvermeidbare Überstunden durch Freizeit abzugelten;
- Wiederbesetzung von frei gewordenen Arbeitsplätzen;
- keine Beschäftigung von Leiharbeitern;
- frühzeitige Einflußnahme auf Personalplanung, Personalsteuerung;

– Einflußnahme auf Arbeits- und Arbeitsplatzorganisation.

Natürlich sind Jugendarbeitslosigkeit sowie Übernahmeprobleme Teil der Massenarbeitslosigkeit insgesamt. Deshalb muß der Boden bereitet werden für den weiteren Kampf um die 35-Stunden-Woche. Orientiert an den Interessen der Jugendlichen ist zu verdeutlichen, daß die 35-Stunden-Woche Voraussetzung ist, damit die Übernahme nicht zur Ausnahme wird. Mit dem ersten Schritt der



38,5-Stunden-Woche haben viele Jugendliche erfahren, daß dies die Übernahme-situation verbessert hat und daß eine so verstandene Interessenvertretung ein konkreter Beitrag gegen die Zukunftsangst der Jugend ist.

Vor dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit nehmen Disziplinierung und Leistungsdruck in den Betrieben zu. Unternehmer nutzen die ihrer Meinung nach günstige Stunde, um den „Herrn im Hause“-Standpunkt unverhohlen durchzusetzen. Dies zeigt sich etwa durch Nichtbeachtung von Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Berufsbildungsgesetzes, durch Verhaltensbeurteilungen sowie stärkere Maßregelungen von Auszubildenden. Gerade angesichts solcher Probleme sind aktive Jugendvertreter notwendig, die jedem Unternehmer die „rote Karte“ zeigen, der Gesetze mißachtet und Arbeitnehmer einschüchtern.

In den Betrieben des Handwerks wurden in den letzten Jahren die Ausbildungszahlen erhöht. Aber gerade in diesem Bereich

treten unternehmerische Angriffe auf erkämpfte gesetzliche und tarifvertragliche Rechte am häufigsten auf. Der Streik der IG Metall um die Wochenarbeitszeitverkürzung im Handwerksbereich in Nordrhein-Westfalen 1985 hat jedoch gezeigt, daß auch dort, wo die gewerkschaftliche Schutzfunktion schwach entwickelt ist, soziale Gegenwehr im Betrieb möglich ist. Es waren oftmals Auszubildende, die als Streikposten vor den Toren standen.

Die Berufsausbildung ist in keinem Betrieb so gut, daß sie nicht noch verbessert werden könnte. Betrachtet man die Berufsausbildung unter diesem Aspekt, so muß man – gerade in Krisenzeiten – daran denken, daß die Ausbildung weder betriebsbindend noch schmalspurig ausfallen darf. Selbst in Großbetrieben kommt es vor, daß Jugendliche betriebsbindend ausgebildet werden oder, während ihres Einsatzes außerhalb der Ausbildungswerkstatt, häufig ausbildungsfremde Arbeiten verrichten müssen, denn für diese Zeiten gibt es in den seltensten Fällen detaillierte Ausbildungspläne und auch Ausbildungsbeauftragte meistens nur auf dem Papier.

Direkte Gespräche mit den Kollegen am Arbeitsplatz sind für Jugendvertreter wichtig, um solche Probleme zu erfahren und um mit den direkt Betroffenen Veränderungsvorschläge zu diskutieren, d.h. auch, die noch vielerorts vorhandenen disziplinierenden und persönlichkeitsverletzenden Ausbildungsbogen abzuschaffen. Als betriebliche Aktion hat sich dabei die Bewertung der Unternehmervertreter auf der Jugendversammlung anhand diesbezüglicher Beurteilungsbogen durch die Jugendvertretung bewährt.

Berufliche Bildung ist ein Schwerpunkt von Jugendvertreterarbeit. Mit der Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe und ihrer Umsetzung in den Betrieben, wächst den betrieblichen Interessenvertretern, somit auch den Jugendvertretern, eine besondere Aufgabe zu, d.h. Einflußnahme auf die betrieblichen Planungen, damit eine qualitative Ausbildung nicht nur am grünen Tisch, sondern auch in der betrieblichen Praxis durchgesetzt wird. Es muß verhindert werden, daß die neue Ausbildung einfach der alten übergestülpt wird. Konkret muß gefragt werden:

- Wie ist die personelle und sachliche Ausstattung des Ausbildungsbereichs?
- Werden die betrieblichen Ausbilder auf die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe vorbereitet?
- Ist die Ausbildungswerkstatt so eingerichtet, daß die Grundlagen technologischer Veränderungen gelernt werden können?
- Wie ist die betriebsorganisatorische Einbindung des Ausbildungsbereichs?
- Werden technisch-organisatorische Veränderungen im Betrieb vom Ausbildungsbereich zur Kenntnis genommen?

– Gibt es eine Verbindung von Qualifikations- und Personalplanung?

Auch die Fragen im Zusammenhang mit den Ausbildungsmethoden – als Stichwort sei Projektausbildung genannt – gehören dazu. Lernmethoden müssen so gestaltet sein, daß der Auszubildende zu selbständigem Planen, Ausführen und Kontrollieren seiner Tätigkeit geführt wird. Vermittlung von Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit, von Kooperativ- und Beurteilungsfähigkeit sind notwendige Voraussetzungen zur Bewältigung qualifikationsbedingter Risiken im Arbeitsleben, zur selbstbestimmten und solidarischen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit den Gesetzesverschlechterungen zum Jugendarbeitsschutz wurde die Gesundheit der Jugend den Profitinteressen der Unternehmer geopfert. Dennoch sollte es ganz konkrete Aufgabe der Jugendvertreter sein, den Schutz der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Jugendlichen zu sichern und zu erweitern. Das heißt zum Beispiel mit dem Betriebsrat, gestützt durch betriebliche Aktionen, eine Betriebsvereinbarung zu erwirken, mit der die Gesetzesverschlechterungen verändert bzw. rückgängig gemacht werden, soweit der Tarifvertrag dies nicht beinhaltet. Das heißt beispielsweise:

- spezielle Pausenräume für Jugendliche,
- daß auch der 2. Berufsschultag frei ist,
- die Ausbildung erst um 7.00 Uhr beginnen darf.

Auch bei dem sogenannten Betriebsalltag müssen Probleme und Konflikte aufgegriffen werden. Zum Beispiel die Höhe der Essenspreise der Kantine, die Bereitstellung von Schutzkleidung, ausreichende Sanitär- und Waschegelegenheiten. Auch in diesen Fragen kann durch das Aktivwerden der Jugendvertreter für die Jugendlichen, die Notwendigkeit von betrieblicher Interessenvertretung erkannt werden. Sie erfahren, daß Einsatz und Engagement auch zu Lösungen im Sinne der Jugend führen. Damit gewinnt Jugendvertreterarbeit zugleich auch an Glaubwürdigkeit.

Konsequente Jugendvertreterarbeit heißt immer, über die formalen gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, die Jugendvertreterarbeit als Standbein gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Betrieb begreifen und vor allem den jungen Arbeitnehmern durch konkrete Arbeit den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital nachvollziehbar zu machen.

Der IG-Metall-Jugendvertreter muß besser als irgendein anderer seine Rechte und seine Möglichkeiten kennen. Niemand verlangt jedoch von ihm, daß er den geltenden Tarifvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz schon in- und auswendig kennt, wenn er zum erstenmal gewählt wird.

„Unternehmer braucht das Land“ Wirtschaftskongreß der SPD

Wie kommt man aus der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Misere unserer Gesellschaft heraus, ohne ihren Verursachern auf die Füße zu treten? Mit dieser Quadratur des Kreises schlugen sich am 9. und 10. Mai in Hamburg auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD ihre führenden Fachleute und Politiker herum. An Alternativen zur „ökologischen und sozialen Erneuerung“ der Wirtschaft ist dabei kaum etwas herausgekommen.

Zur Diskussion stand der Entwurf eines wirtschaftspolitischen Programms, das von der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Parteivorstand unter Vorsitz von Wolfgang Roth erarbeitet worden war. Die wichtigsten Positionen: Bekenntnis zur und Beibehaltung der privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; Förderung des gemeinsamen Produktionseigentums; Demokratisierung der Wirtschaft, insbesondere durch Mitbestimmung; Entwicklung des Sozialstaats; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z. B. durch Sondersteuern auf Strom, Mineralöl und Erdgas; stärkere Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte in der Produktion; Förderung der Investitionstätigkeit und -fähigkeit der Unternehmer; Globalsteuerung durch entsprechende Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik; Herstellung eines „sozialen Bündnisses Arbeit für alle“ zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Staat und Bundesbank.

Der sozialpartnerschaftliche Charakter des Programms und das Versprechen, die kapitalistische Wirtschaft den neuen technologischen, sozialen und ökologischen Bedingungen besser anzupassen, als CDU und FDP dies wollen oder können, sind nicht zu übersehen. Angesichts des Programm-bekenntnisses: „Der Markt ist ein unersetzbares Element unserer Wirtschaftsordnung“ und der Handlungsmaxime: „Soviel Markt wie möglich, sowenig Staat wie nötig“ bleiben erklärte Zielsetzungen hinsichtlich der Beschäftigungspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Sozialstaatlichkeit oder des Umweltschutzes mit einem Fragezeichen stehen.

Über dieses Roth-Papier hat es unter den Linken in der SPD, die auf diesem Kongreß nur vereinzelt, und an der Basis, die überhaupt nicht vertreten war, lebhaft Diskussionen gegeben. Zum Teil fanden sie ihren Niederschlag in dem Farthmann-Papier des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers, von dem das DGB-Bundesvorstandsmitglied Siegfried Bleicher am 29. April sagte, daß es „fest im wirtschaftspolitischen Gedankengut des DGB verankert“ sei. Besonders hob Bleicher die These Farthmanns hervor, wonach die anhaltende Beschäftigungskrise nicht durch die „Marktkräfte“ reguliert werden könne.

Farthmann stellt u. a. fest, daß der „Markt-

mechanismus... blind für die Belange der Volkswirtschaft“ sei, da er ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Regeln funktioniere. Man brauche darum einen „durchsetzungsfähigen Staat, der mit planerischen Elementen marktwirtschaftlichen Fehlentwicklungen vorbeugt“. Erforderlich sei „eine merkliche Erhöhung der Staatsquote und gerade nicht ihr Abbau durch Steuersenkungen und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“.

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau, Wolfgang Roth, der ehemalige Wirtschaftsminister Prof. Schiller und sein möglicher Nachfolger in einem eventuellen Kabinett Rau, Prof. Krupp, distanzieren sich ebenso deutlich von den Farthmann-Thesen wie die als Redner und Diskutanten eingeladenen CDU- und Unternehmerrepräsentanten Heinrich Weiss, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates, und Prof. Fels, Präsident des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Farthmann selbst wollte dann auch sein Papier nur noch als „Anregung“ gewertet wissen.

Die Veranstaltung hinterließ den Eindruck, als habe die SPD-Führung der Unternehmerschaft den öffentlichen Nachweis ihrer Konsens- und Regierungsfähigkeit liefern wollen nach dem Motto: Wir bewältigen die systemgerechte Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an die neuen Probleme besser als die jetzige Koalition! Dazu paßt auch Raus Forderung nach einer „neuen Gründerwelle“. „Wir brauchen rund 200 000 neue Unternehmen.“ Für Rau ist auch die Unternehmerforderung nach längerer Maschinenlaufzeit, Dreischichtenmodellen wie bei BMW und flexibleren Arbeitszeiten vernünftig. Hans Janßen vom IG-Metall-Vorstand wies das empört zurück und rief Rau zu, er möge das „nie wieder sagen“. „metall“ bemerkt: „Doch Janßens Kritik... war untypisch für den SPD-Kongreß. Gefragt war vielmehr der verständnisvolle Umgang mit dem Unternehmer.“

Der Entwurf des Wirtschaftsprogramms soll nunmehr von einer Redaktionskommission bearbeitet und als Leitantrag zur Wirtschaftspolitik dem SPD-Parteitag im August in Nürnberg vorgelegt werden. Farthmann wurde neben Roth zum Kommissionsvorsitzenden bestellt. Wahrscheinlich wird er nun noch mehr Abstriche von seinen Positionen hinnehmen müssen.

G. Siebert

Musik für Gewerkschafterohren auf dem Parteitag der DKP

Selbstbewußt und gestärkt, mit Zugewinn an Einfluß im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik — so präsentierte sich auf ihrem 8. Parteitag vom 2. bis 4. Mai in Hamburg die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). 52 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien sowie Befreiungsbewegungen verfolgten die Beratungen, unter ihnen Boris Jelzin, Kandidat des KPdSU-Politbüros und 1. Sekretär des Stadtpartei Komitees von Moskau, und Hermann Axen, Politbüromitglied und ZK-Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der seit längerem die Verhandlungen der SED mit dem SPD-Parteivorstand über einen Vertrag zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa führt.

Um 10 282 auf jetzt 57 802 ist seit dem 7. Parteitag im Januar 1984 die Zahl der DKP-Mitglieder gestiegen. Neben der zahlenmäßigen Stärkung erfolgte auch, so der wiedergewählte Parteivorsitzende Herbert Mies in seinem Rechenschaftsbericht, eine Stärkung der DKP an Einfluß und Ansehen in der demokratischen und Friedensbewegung unseres Landes. Die Verwurzelung der Partei in der Arbeitnehmerschaft drückt sich u. a. auch in einigen Zahlen aus: Von den zur Zeit der Auswertung anwesenden 714 Delegierten und 165 Gastdelegierten gehörten laut Bericht der Mandatsprüfungskommission 72,7 Prozent zur Arbeiterklasse. Davon wiederum waren 93,3 Prozent gewerkschaftlich organisiert; sie übten insgesamt 642 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen aus.

Von daher ergab es sich, daß streckenweise der Parteitag der DKP eine Thematik abhandelte und reflektierte, die dem Beobachter von Gewerkschaftstagen vertraut in den Ohren klang. Da wurde diskutiert und wurden Beschlüsse gefaßt zu den Themen Frieden und Abrüstung, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Widerstand gegen Sozialabbau, Verteidigung von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten, Arbeitszeitverkürzung, Steigerung der Massenkaufkraft, Mitbestimmung, Überführung von Konzernen und Banken in öffentliches Eigentum, demokratische Kontrolle der Wirtschaft, Gleichberechtigung der Frauen und die Quotierungsfrage usw.

Diese Diskussion wurde kritisch und selbstkritisch geführt, suchend nach richtigen Wegen und optimalen Lösungen. Gegenstand kritischer und selbstkritischer Diskussion waren u. a. die Art und Weise der Selbstdarstellung der DKP, die Quotierungsfrage und der Reaktorunfall von Tschernobyl. Auch gab es bei der Wahl der Leitungsorgane für den einen oder anderen Funktionär Gegenstimmen. Aber die einstimmige Annahme der Thesen (siehe Dokumentation Seite 21) und der wichtigsten Anträge unterstrich den Gesamteindruck: Diese Partei steht politisch auf festem Boden, und wer von „Richtungskämpfen“ und Spaltung träumt, hat bei der DKP nicht die geringste Chance.

Da es nicht machbar ist, auf dem hier verfügbaren Raum den gesamten Parteitagverlauf darzustellen und zu analysieren, soll eine Beschränkung auf ganz wenige Fragen erfolgen. Entsprechend dem Parteitagmotto: „Für eine neue Politik: Atomwaffenfreie Welt und Arbeit für alle“ gestalten sich die drei Tage im Congress-

Nicht spalten lassen!

Das Wichtigste in der Entwicklung der Kräfte sind die neuen Momente in der Arbeiterbewegung, ist die Zunahme kämpferischer und klassenbewußter Tendenzen in den Gewerkschaften, sind die gewachsenen Möglichkeiten der Aktionseinheit. Die Gewerkschaften sind zur Zeit eine engagierte Kraft im außerparlamentarischen Kampf für die Interessen der Mehrheit. Ihr Vorgehen gegen die Angriffe von Unternehmern und Rechtskoalition ist entschlossener und koordinierter geworden...

Als Bremser und Spalter bei der Bewältigung der neuen Aufgaben wirken Kräfte, die der kämpferischen Orientierung der bankrotten Politik der Sozialpartnerschaft entgegensetzen, die die Kampfmittel, über die die Arbeiterbewegung verfügt, am liebsten auf die Teilnahme an Parlamentswahlen beschränken würden. Solche Tendenzen mindern die gewerkschaftliche Kampfkraft. Gerade heute brauchen die Gewerkschaften Einheit und Geschlossenheit. Deshalb war es richtig, wenn in den jüngsten Auseinandersetzungen die Versuche von Kapital und Kabinett, die Gewerkschaften zu entsolidarisieren und Kommunisten auszugrenzen, zurückgewiesen wurden. Deshalb ist es richtig, wenn von Gewerkschaftsvertretern darauf hingewiesen wird, daß die Gewerkschaften Einheitsorganisationen sind und dazu auch die Kommunisten gehören.

(H. Mies im Rechenschaftsbericht)

Centrum Hamburg zu einer Abrechnung mit der rechten Wendepolitik Bonns. Die DKP tritt ein für eine neue Mehrheit in den Parlamenten links von der CDU. Unter diesem Aspekt werden Positionen und Kräfte in der SPD und bei den Grünen unterstützt, die eine „Umkehr von der Hochrüstung zur Abrüstung“ wollen, die Kündigung des SDI-Abkommens mit den USA und die Verwirklichung der UdSSR-Vorschläge über die atomare und konventionelle Abrüstung anstreben. Die DKP fordert, daß derart freiwildende horrenden Summen für die Wiederherstellung und den Ausbau der sozialen Sicherung und für Arbeitsbeschaffungsprogramme eingesetzt werden.

Der Parteitag beschloß einen Aufruf „Arbeit für alle“, in dem als „aktuelle Schritte“ u. a. die Realisierung eines staatlichen Beschäftigungsprogramms in Höhe von 100 Milliarden DM innerhalb der nächsten zwei Jahre verlangt wird, ebenso die Einführung der 35-Stunden-Arbeitswoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich noch in diesem Jahrzehnt sowie die Stärkung der Massenkaufkraft und Binnennachfrage durch höhere Reallohne, Renten und Sozialleistungen.

Der DKP-Vorsitzende machte im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit die Anmerkung, daß sie „mehr als vieles andere ... Ausdruck der Krise, der Fäulnis, ja der Überlebensnot des Kapitalismus“ sei. Da die Politik der Umverteilung von den Armen zu den Reichen gegenwärtig in einem Zeitraum des konjunkturellen Aufschwungs geschehe, eröffne dies „für einen Teil unseres Volkes dramatische Perspektiven für den nächsten Abschwung“. Die Änderung des § 116 AFG wertete Mies als Versuch der Bundesregierung, „die Gewerkschaften zu überumpeln, zu isolieren, zu spalten und an die Kette zu legen“. Die Rechnung sei nicht aufgegangen. Die Protestbewegung habe gezeigt, welche Kraft die Arbeiterbewegung zu entfalten vermag. Das letzte Wort in dieser Auseinandersetzung sei noch nicht gesprochen. „Der Kampfwillie und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften sind nicht mit einem Beschluß des Bundestages außer Kraft zu setzen.“

Die auch in den Gewerkschaften stark diskutierte Frage, ob zur Durchsetzung der Frauengleichberechtigung generell Quotenregelungen anzustreben sind, wurde nach eingehender Diskussion dahingehend entschieden, daß diese bei der Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze, beim betrieblichen Aufstieg, bei Weiterbildungsmaßnahmen, Ausbildungsplätzen und bei der Übernahme Ausgebildeter in Dauerarbeitsplätze befürwortet werden.

Jedoch: „Quotenregelungen für Frauen müssen ... im Kontext sozial- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen stehen“, die erst die Voraussetzungen schaffen, damit sich Frauen kontinuierlich am Erwerbsleben beteiligen können. So steht es in dem Beschluß „Für das Recht aller Frauen auf Ausbildung und Arbeit“.

Gerd Siebert

Blüm startete Propagandakampagne Wie sicher sind die Renten?

Die in Bonn regierenden Rechten, insbesondere die CDU, unternehmen seit einiger Zeit große Anstrengungen, um das bei der älteren Generation durch die verschärften Sozialdemontagen, vor allem mit den antisozialen Haushaltsoperationen '83 und '84 verlorengegangene Terrain zurückzugewinnen. Worum es dabei geht, ist unschwer zu erraten. In etwas mehr als einem halben Jahr sind Bundestagswahlen.

Die Rentner und Senioren sind ein beträchtliches Wählerpotential. So wurde schon im vorigen Jahr von der Bundesregierung ein Seniorenbericht vorgelegt (s. Bundesregierung beschönigt mit Tricks materielle Lage der Senioren, NA 4/1986, S. 31). Die CDU führte einen Seniorenkongress durch. Die Bildung einer „Senioren-Union“ wurde angekündigt. Schließlich hat Bundesarbeitsminister Blüm unter dem demagogischen Motto „denn eines ist sicher: Die Rente“ eine Propagandakampagne gestartet, die den Steuerzahlern 8 Millionen DM kosten soll.

Der Propagandaslogan ist geschickt gewählt, ist doch neben dem Wunsch nach einem Lebensabend in Frieden die Sicher-

heit der Rente eines der dringendsten Anliegen der Rentner und Senioren. Doch ist es eine grobe Irreführung, wenn in der Broschüre, die das Bundesarbeitsministerium im Rahmen der Propagandakampagne herausgegeben hat, behauptet wird, daß die Senioren die Sicherheit ihrer Renten der CDU-geführten Koalition zu verdanken haben.

Die Rechtsregierung hat die Renten extrem unsicher gemacht. Als Blüm in Bonn Arbeitsminister wurde, verfügte die Rentenversicherung – Ende 1982 – noch über eine Rücklage von 20,6 Milliarden DM. Zwei Jahre später waren es nur noch 9,7 Milliarden DM. Der rapide Abbau der Reserven der Rentenversicherung erfolgte

durch Maßnahmen der Kohl/Genscher-Regierung: Mit der Kürzung der von der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose zu zahlenden Beiträge wurden der Rentenversicherung 1983 und 1984 etwa 10 Milliarden DM entzogen, und um 900 Millionen DM wurde der gesetzliche Bundeszuschuß zur Rentenversicherung für 1983 gekürzt.

Wenn die Rentenversicherung trotzdem nicht pleite gegangen ist, so deshalb, weil die CDU/CSU-FDP-Koalition in ihrer dreieinhalbjährigen Regierungszeit viermal den Beitragssatz für die Arbeiter und Angestellten erhöhte und die Rentenanpassungen 1983 bis 1985 so beschnitten wurden, daß das Niveau der Renten jetzt etwa 8 Prozent geringer ist, als es sonst wäre. Alles andere als ein Beweis für die Sicherheit der Renten ist es auch, wenn immer wieder an den Rentenanpassungen herummanipuliert wurde und wird und die Zahlung der Renten für den letzten Monat im Jahr 1984 nur mit Hilfe von Bankkrediten gesichert werden konnte.

Wenn 1985 die Rentenversicherung erstmals wieder einen Überschuß verbuchen und ihre Reserven auf 11 Milliarden DM aufstocken konnte (s. Zum Rentenanpassungsbericht 1985: 4,6 Millionen Renten unter 600 DM, NACHRICHTEN 5/1986, S. 31), so ist das keineswegs das Verdienst der Regierung, der Blüm angehört. Die jetzt günstigere Entwicklung der Rentenfinanzen ist vielmehr vor allem auch darauf zurückzuführen, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten zugenommen hat, und ist damit auch ein Erfolg der von den Gewerkschaften gegen die Koalition von Kapital und Kabinett durchgesetzten Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Für Bundesarbeitsminister Blüm und die CDU/CSU besteht also wahrhaftig kein Grund, mit der Sicherheit der Renten zu prahlen. Das auch dann nicht, wenn jetzt für 1986 für die Rentenversicherung mit einem Überschuß von 6,4 Milliarden DM gerechnet wird und die Experten die Finanzierung der Renten bis in die 90er Jahre hinein für gesichert halten. Bei der Abfassung des Rentenanpassungsberichts 1975 rechneten die Experten damit, daß die Reserven der Rentenversicherung Ende 1985 53,8 Milliarden DM betragen würden. Tatsächlich verfügte die Rentenversicherung Ende des vergangenen Jahres nur über ein Fünftel der vorausgerechneten Rücklagen. Krise und Massenarbeitslosigkeit haben die Prognosen der damaligen Regierungsexperten über den Haufen geworfen. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft aber gibt es nicht die geringste Sicherheit dafür, daß mit den jetzigen Vorausberechnungen nicht dasselbe geschieht.

Wie wenig sicher die Renten sind, zeigen auch die Vorbereitungen für eine neue Reform der Rentenversicherung im Bundesarbeitsministerium, über die NACHRICHTEN in einer der nächsten Ausgaben berichten wird.

Arthur Böpple

100 000 Arbeitsplätze von Vernichtung bedroht

Wenn die Arbeitszeit nicht weiter verkürzt werde und der Staat keine gravierenden wirtschaftspolitischen Themen ergreife, dann sieht die IG Druck und Papier bei der rasanten technischen Entwicklung in den nächsten 15 Jahren allein in ihrem Bereich die Vernichtung von 100 000 Arbeitsplätzen voraus. Diese düstere Prognose wurde von der Gewerkschaft auf einer Pressekonzferenz am 9. Mai anläßlich der DRUPA, der bedeutendsten Messe für Druck- und Papiermaschinen, in Düsseldorf aufgestellt.

Anfang 1986 waren in der Druckindustrie der Bundesrepublik noch 162 000 Menschen beschäftigt. Die IG Druck befürchtet, daß sich diese Zahl bis 1995 auf 122 000 reduzieren wird und bis zum Jahr 2000 sogar auf ganze 100 000 absinken könnte. In der Papierverarbeitung wird eine Senkung der Beschäftigtenzahl von 100 000 auf 65 000 im gleichen Zeitraum prognostiziert, falls keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Von 1980 bis 1984 verloren in der Druckindustrie bereits 20 000 und in der Papierindustrie 13 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Auch diese Entwicklung hatte die IG Druck und Papier richtig vorausgesehen.

Erst durch die arbeitsplatzsichernde Wirkung der 38,5-Stunden-Woche, die 1984 mit einem 13wöchigen Streik durchgesetzt worden sei, so betonte IG-Druck-Vorsitzender Erwin Ferlemann vor der Presse in Düsseldorf, habe der Beschäftigungsabbau im letzten Jahr in der Druckindustrie gestoppt werden können. Ohne die Wochenarbeitszeitverkürzung hätte es 1985 anstatt der 162 000 nur noch 159 900 Beschäftigte gegeben.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze forderte Ferlemann, daß die Arbeitszeit 1987 weiter gekürzt werden müßte. Als Sofortmaßnahme müsse ein staatliches Beschäftigungsprogramm verwirklicht werden. Struktureformen und der Ausbau der Mitbestimmung im Betrieb seien notwendig, um den Mißbrauch der Technik durch die Unternehmer einzudämmen und zu verhindern.

Scharf kritisierte Erwin Ferlemann, daß die Druck-Unternehmer seit Jahren jegliche Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur Aus-, Fort- und Weiterbildung verweigern, während sie gleichzeitig in der Öffentlichkeit und jetzt auch im Zusammenhang mit der DRUPA demagogisch ein Klagegel über Facharbeitermangel anstimmten.

p. b.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Mitbestimmung des Betriebsrats bei übertariflichen Zulagen

Zu dem umstrittenen Problem, ob und in welchem Umfang der Betriebsrat bei übertariflichen Zulagen mitzubestimmen hat, sind vor kurzem zwei Grundsatzentscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) veröffentlicht worden. Rechtliche Grundlagen für ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats sind § 87 Abs. 1 Nr. 10 und 11 BetrVG. Nach Ziff. 10 unterliegen die „Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung“, nach Ziff. 11 die „Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren“, der Mitbestimmung des Betriebsrats.

Aus diesen gesetzlichen Vorschriften hatte sich unter Berücksichtigung der BAG-Rechtsprechung folgende „herrschende Meinung“ herauskristallisiert: Zahlt der Unternehmer übertarifliche Leistungszulagen, bei denen eine unmittelbare Beziehung zwischen Leistung und Entgelt besteht, so ist ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nicht nur bei den Grundsätzen, nach denen die Leistungszulagen gezahlt werden, sondern auch bei ihrer Höhe gegeben. Bei sonstigen übertariflichen Zulagen wurde vom BAG ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats verneint. Allenfalls konnte der Betriebsrat nach § 80 BetrVG darüber wachen, daß bei solchen Zulagen nicht der Gleichbehandlungsgrundsatz und das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung von Mann und Frau verletzt wurden (§ 75 BetrVG).

Problematisch und für die Praxis negativ ist das Urteil des BAG vom 22. Oktober 1985 (1 ABR 67/83). Ein Betrieb aus der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie hatte Zeitlöhnen Leistungszulagen nach einem betriebsinternen Beurteilungssystem gezahlt. Die persönliche Leistung wurde nach „Arbeitsgüte, Arbeitsmenge/Arbeits tempo und Arbeitseinsatz“ beurteilt. Das BAG entschied: „Wird aufgrund eines geregelten Beurteilungsverfahrens für eine in der Vergangenheit liegende Leistung eine Leistungszulage gewährt, die sich nach der Zahl der erhaltenen Beurteilungspunkte bemißt, aber künftig zum tariflichen Stundenlohn gezahlt wird, so handelt es sich nicht um ein dem Akkord- und Prämienlohn vergleichbares leistungsbezogenes Entgelt i. S. von § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG. Der Betriebsrat hat daher hinsichtlich der Höhe des Geldwertes je Beurteilungspunkt kein Mitbestimmungsrecht.“

Die Begründung ist spitzfindig und nicht nachvollziehbar: Da die Leistung in der Vergangenheit erbracht sei – so das BAG – unterscheide sich diese Leistungszulage wesentlich von leistungsbezogenen Entgelten in Form von Akkord- und Prämienlohn. Bei diesen Vergütungsformen bestimme die erbrachte Leistung die Höhe der Vergütung gerade für diese Leistung. Eine höhere Leistung führe unmittelbar zu einem höheren Verdienst. Die Vergütung sei nicht davon abhängig, ob der Betroffene noch weiterarbeite oder nicht.

Abgesehen davon, daß es mehr als zweifelhaft ist, ob diese Argumentation für alle Formen des Prämienlohns zutrifft, ist die restriktive Auslegung von Ziff. 11 mit dem Gesetzeswortlaut nicht zu vereinbaren. Der Wunsch, die Höhe der übertariflichen Leistungszulagen „mitbestimmungsfrei“ zu halten, war offensichtlich der Vater dieser merkwürdigen Argumentationskette.

Ebenso problematisch ist die Entscheidung in bezug auf die tarifrechtliche Seite. In dem Tarifvertrag war geregelt: „Arbeitnehmer im Zeitlohn, die in ihrem Arbeitsgebiet ständig besondere Leistungen erbringen, erhalten eine Leistungszulage in einem Prozentsatz zu ihrem Tariflohn.“

Grundsätze zur Ermittlung von Leistungszulagen werden in einer Betriebsvereinbarung nach § 87 BetrVG geregelt.“ Aus dem Wort „Grundsätze“ schloß das BAG, daß die Höhe der Leistungszulage nicht Gegenstand der Betriebsvereinbarung sein sollte.

Erfreulich für die Betriebsräte ist dagegen der Beschluß des BAG vom 17. Dezember 1985 (1 ABR 6/84). 1984 hatte das BAG noch entschieden: „Ist das Arbeitsentgelt für die vertraglich geschuldete Arbeitsleistung tariflich geregelt, so hat der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht, wenn der Arbeitgeber zum tariflich geregelten Entgelt einen übertariflichen Zuschlag zahlt, der an keine weiteren Voraussetzungen gebunden ist, sondern lediglich zur – wenn auch unterschiedlichen – Erhöhung des tariflichen Entgelts führt.“

Beiden Entscheidungen lagen ähnliche Sachverhalte zugrunde: Neben dem Tarifgehalt wurden einzelvertraglich unterschiedliche „betriebliche Zulagen“ gewährt, bei denen nicht zu erkennen war, nach welchen Kriterien sie vergeben wurden. Mit dem Beschluß vom 17. Dezember 1985 gab das BAG nunmehr seine frühere Rechtsprechung ausdrücklich auf. In dem

Urteil heißt es: „Nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG hat der Betriebsrat in Fragen der betrieblichen Lohngestaltung ein Mitbestimmungsrecht. Die Mitbestimmung des Betriebsrats in diesem Bereich soll den Arbeitnehmer von einer einseitig an den Interessen des Unternehmens orientierten oder willkürlichen Lohngestaltung schützen. Es geht um die Angemessenheit und Durchsichtigkeit des innerbetrieblichen Lohngefüges. Die innerbetriebliche Lohngerechtigkeit soll durch die Mitbestimmung des Betriebsrats gewährleistet werden.“

Fragen der innerbetrieblichen Lohngerechtigkeit und damit auch der betrieblichen Lohngestaltung sind auch dann zu entscheiden und zu regeln, wenn zum tariflich geregelten Zeitlohn Zulagen gezahlt werden, die im Ergebnis zu einer Erhöhung des Zeitlohns führen. Auch bei solchen Zulagen bleibt – selbst wenn sie vom Arbeitgeber freiwillig gewährt werden – zu regeln einmal, ob sie überhaupt gewährt werden sollen, und zum anderen, ob diese Zulagen wirklich – wie vom Arbeitgeber hier praktiziert – nach einer im einzelnen nicht nachprüfaren Beurteilung von Verhalten, Leistung, sozialer Bedürftigkeit und anderen Kriterien gewährt werden sollen, oder ob deren Gewährung an bestimmte Voraussetzungen und damit an eine einsehbare und durchschaubare Regelung geknüpft sein soll. Welchen Inhalt eine solche Regelung im Einzelfall haben kann, um dem Zweck des Mitbestimmungsrechts nach § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG zu genügen, bedarf in diesem Zusammenhang keiner Erörterung.

§ 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG begründet daher ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch dann, wenn der Arbeitgeber zum tariflich gezahlten Zeitlohn eine betriebliche Zulage gewährt, die zu einer – wenn auch unterschiedlichen – Erhöhung des tariflichen Entgelts führt.“

Das Gericht sieht auch keinen Verstoß gegen § 77 Abs. 3 BetrVG. Es fehle an einer tariflichen Regelung, wenn der Tarifvertrag lediglich das Entgelt für die vertraglich geschuldete Arbeitsleistung regelt. Auch die „Freiwilligkeit“ der betrieblichen Zulage stehe dem Mitbestimmungsrecht nicht entgegen. Zwar könne der Betriebsrat die Zahlung einer übertariflichen Zulage nicht über die Einigungsstelle erzwingen, gewähre der Arbeitgeber aber eine solche Zulage, so habe der Betriebsrat bei der näheren Ausgestaltung mitzubestimmen. Ebenso wenig spreche die Tatsache, daß es sich um Individualleistungen handele, gegen die Mitbestimmung. Da die übertarifliche Zulage an nahezu alle Beschäftigten gezahlt würde, sei ein kollektiver Tatbestand gegeben: „Das Mitbestimmungsrecht kann nicht dadurch ausgeschlossen werden, daß der Arbeitgeber sich nicht selbst binden und daher keine allgemeine Regelung will und eine solche ausdrücklich ausschließt. Mit einer solchen Vorgabe, keine allgemeine Regelung zu wollen, könnte jedes Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats ausgeschlossen werden.“

Florett

Die technische Entwicklung erfordert die Ausweitung der Mitbestimmung

Gespräch mit Jakob Dreyer, Vorsitzender der niederländischen Gewerkschaft „Druk en Papier“

„Soziale Beherrschung der Technik – Wunschtraum oder Wirklichkeit?“ Zu diesem Thema prallten am 9. Mai in Düsseldorf bei einer Podiumsdiskussion Unternehmerstandpunkte und Gewerkschaftsmeinungen sowie -forderungen hart aufeinander. Die IG Druck und Papier und die Internationale Grafische Föderation (IGF) hatten anlässlich der DRUPA zu dem offenen Gespräch unter der Leitung des ZDF-Moderators Dieter Balkhausen eingeladen. Unter den rund 300 Zuhörern viele internationale Gäste. Vor ihnen mühte sich der Fernsehmoderator vergeblich, dem Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, Dr. Beltz Rübelmann, auch nur ein einziges Wort der Verständigung in Grundfragen der sozialen Beherrschung der Technik zu entlocken. Nein zur weiteren Arbeitszeitverkürzung, nein zum Ausbau der Mitbestimmung – mehr hatte Beltz Rübelmann nicht zu bieten.

Die Befürchtungen des IG-Druck-Vorsitzenden Erwin Ferlemann, daß mit der Einführung der auf der Messe in Düsseldorf gezeigten neuen Techniken in den Betrieben 100 000 Arbeitsplätze in der Druck- und Papierindustrie bedroht sind, hält der Unternehmervertreter trotz aller gegenteiligen Erfahrungen für „abenteuerlich“. Auf eine sachliche Auseinandersetzung mit dem in den Niederlanden seit langem praktizierten Mitbestimmungsmodell, das der Vorsitzende der Gewerkschaft „Druk en Papier“, Jakob Dreyer, vortrug, ließ sich Beltz Rübelmann erst gar nicht ein. NACHRICHTEN-Mitarbeiter Peter Baumöller unterhielt sich darüber im Anschluß an die Düsseldorfer Veranstaltung mit dem niederländischen Gewerkschafter.

NACHRICHTEN: Sie haben es eben noch einmal selbst vernommen, wie hartleibig sich bundesdeutsche Unternehmer gegen Arbeitszeitverkürzung, gegen Mitbestimmung bei Einführung neuer Techniken stellen und tarifliche Vereinbarungen über Aus- und Weiterbildung ablehnen. Auf das niederländische Beispiel mochte Herr Beltz Rübelmann überhaupt nicht eingehen. Was glauben Sie, was ihn daran so schreckt?

Jakob Dreyer: Ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nur, daß bei uns kein Unternehmer so vor Gewerkschaften reden würde, wie es Herr Beltz Rübelmann getan hat. Denn die Praxis hat bei uns seit 1969 bewiesen, daß Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen, bei Einführung neuer Techniken, daß Arbeitszeitverkürzungen und eine tarifvertraglich geregelte Aus- und Weiterbildung nützlich für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft sind, besonders nützlich natürlich für die Arbeitnehmer, die wir als Gewerkschaften zu vertreten haben.

NACHRICHTEN: Was haben Sie 1969 konkret mit den niederländischen Druckunternehmern vereinbart und 1975 noch einmal verbessern können?

Jakob Dreyer: Im Manteltarifvertrag wurde damals festgeschrieben, daß geplante Investitionen und die Einführung neuer Techniken beim Betriebsrat und den Gewerkschaften vor der endgültigen Entscheidung angemeldet werden müssen. Die Belegschaften können so noch rechtzeitig darauf Einfluß nehmen und die sozialen Folgen bedenken. Die Unternehmer sind verpflichtet, ein Sozialabkommen mit uns abzuschließen, bevor die absehbaren sozialen Folgen technischer Veränderungen eintreten. Wir haben so die Möglichkeit, das ganze Verfahren zu temporieren, gründlich nach sozialen Lösungen zu suchen.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

NACHRICHTEN: Und das funktioniert?

Jakob Dreyer: Es funktioniert sowohl in Klein-, Mittel- und Großbetrieben. 1975 haben wir alles noch einmal mit der Einrichtung von paritätisch besetzten Arbeitspools verbessert, denen es obliegt, für die freigesetzten Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wesentlich für das Funktionieren sind aber noch zwei weitere Vereinbarungen im Manteltarifvertrag. Das ist einmal die Einrichtung eines Informationszentrums, das die gesamte technologische Entwicklung verfolgt und seine Untersuchungsergebnisse sowohl den Betriebsräten und Gewerkschaften, als auch den Unternehmern unterbreitet. Das gilt für alle Sektoren, also auch für den Tiefdruck, bei dem

wir vor Jahren die gleiche Entwicklung von Überkapazität befürchten mußten wie in der Bundesrepublik. Da haben wir die Arbeitgeber zusammengeholt und darauf bestanden, daß eine Gesamtlösung gefunden wird. Große Pleiten wie in der Bundesrepublik konnten vermieden werden und damit auch die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer.

NACHRICHTEN: Und worauf zielt die weitere Vereinbarung?

Jakob Dreyer: Auf Ausbildung und Umschulung, die wir nicht weiter den Unternehmern allein überlassen konnten. Als wir sahen, daß die großen Unternehmen immer weniger ausbildeten und dies den Kleinbetrieben überlassen blieb, setzten wir die Einrichtung von Fonds durch, in die alle Arbeitgeber 0,3 Prozent ihrer Lohnsumme einmal in einen Ausbildungsfonds und ein weiteres Mal in den Umschulungsfonds zahlen mußten. Damit finanzieren wir die überbetriebliche Ausbildung und Umschulung, die von einer paritätischen Kommission geleitet wird.

NACHRICHTEN: Inzwischen ist man auch bei der Arbeitszeitverkürzung in den Niederlanden weiter als in der Bundesrepublik gekommen...

Jakob Dreyer: Ja, 1984 haben wir die 38-Stunden-Woche vereinbart. Ab Oktober dieses Jahres wird noch 36 Stunden gearbeitet. In den Zeitungsbetrieben sind wir im Durchschnitt schon bei 33 und 32 Stunden angelangt. Das Aktionsprogramm aller Gewerkschaften in den Niederlanden sieht für alle Bereiche bis 1990 die Durchsetzung der 32-Stunden-Woche vor. Niemand, auch die Regierung nicht, bestreitet die Notwendigkeit von weiteren Arbeitszeitverkürzungen, um der Arbeitslosigkeit, die mit der Technisierung und Automatisierung wächst, Herr zu werden.

NACHRICHTEN: Was würden Sie der Internationalen Grafischen Föderation nach Ihren Eindrücken auf der DRUPA in Düsseldorf empfehlen?

Jakob Dreyer: Den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung überall zu verstärken und zu koordinieren; gleichzeitig aber um mehr Mitbestimmung zu kämpfen, den Einfluß auf die Ausbildung und Umschulung zu vergrößern, weil sonst Spaltung in Einzelinteressen droht, die für die Gewerkschaften, wie wir in England sehen, geradezu existenzgefährdend sind.

NACHRICHTEN: Müssen Gewerkschaften sich nicht auch, wie es der im vergangenen Jahr verstorbene langjährige Präsident der IGF, Leonhard Mahlein, immer wieder gefordert hat, mehr denn je politisch engagieren?

Jakob Dreyer: Sie müssen sich vor allen Dingen politisch für den Frieden engagieren. Wir in den Niederlanden gehören aktiv der Friedensbewegung an und tun auch viel, diese Bewegung ideell und mit Geld zu unterstützen, damit sie sich breit entfalten kann.

Von Moskau bis Taschkent Reiseeindrücke aus der SU

Alljährlich haben die sowjetischen Gewerkschaften Gäste aus allen Teilen der Welt, die eingeladen sind, an den Feierlichkeiten zum 1. Mai teilzunehmen. Auch NACHRICHTEN erhielten in diesem Jahr eine Einladung, die mit der Teilnahme an einem internationalen Kongreß und einer Informationsreise nach Usbekistan verbunden war. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß von all den Eindrücken nur einige wenige wiedergegeben werden können.

Für einen Gewerkschafter aus der Bundesrepublik ungewohnt war bereits die Art und Weise, wie dort in Moskau und den anderen Städten der Sowjetunion der 1. Mai begangen wird: als ein Feiertag, an dem man sich über Erreichtes freut und die Arbeitskollektive ihre neuen Vorhaben öffentlich bekannt machen. Die Demonstrationen gleichen einem Meer von bunten Papierblumen und Fahnen. Ganze Sträße und Luftballons schweben zum Himmel mit den Losungen: Frieden und Arbeit. Transparente betonen immer wieder die Ablehnung der US-Pläne zur Militarisierung des Weltraums. Auf eine Darstellung der eigenen militärischen Verteidigungsbereitschaft wird allerdings schon seit einiger Zeit verzichtet. Porträts von lebenden Politikern bilden eher die Ausnahme. Im Mittelpunkt stehen die Arbeitskollektive, ein Volksfest findet statt.

Am folgenden Wochenende schloß sich ein Internationaler Kongreß an zum Thema: „Die gewerkschaftliche Solidarität: Tradition des 1. Mai und die Gegenwart.“ Die Teilnehmer kamen aus 117 Ländern, aus sozialistischen, kapitalistischen und Entwicklungsländern. Sicherlich war es nicht ganz leicht, in einem derartig großen Forum zu einem Meinungsaustausch zu gelangen, obgleich in drei Arbeitskreisen diskutiert wurde. Da ging es einmal um die gewerkschaftliche Friedenspolitik, die bereits im Eingangreferat des Sekretärs des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, A. M. Subbotin, im Mittelpunkt stand. Es wurden die historischen Traditionen aufgezeigt, in denen sich die aktuellen Friedensvorschläge der Sowjetunion verstehen. Zugleich wurde hervorgehoben, daß die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des neuen Fünfjahrplanes friedliche Bedingungen voraussetzen.

Interessant für einen Teilnehmer aus der Bundesrepublik verlief die Diskussion über Angriffe von Unternehmerverbänden und Regierungen auf die sozialen Rechte der abhängig Beschäftigten in den kapitalistischen Ländern: Von Flexibilisierung war die Rede, von der nahtlosen Anpassung des Menschen an die Maschine, von den Gefahren der neuen Technologien für die Arbeiter und Angestellten, wenn nicht den gewerkschaftlichen Interessenvertretern verstärkte Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. In den USA, von Au-

stralien bis Schottland – in den Grundzügen gleiche Unternehmerstrategien.

Was schonungslose Ausbeutung heißt, verdeutlichen die Diskussionen in dem 3. Arbeitskreis, der sich schwerpunktmäßig mit Problemen der Entwicklungsländer beschäftigt. Ein Arbeitstag ohne Ende – gewerkschaftliches Bewußtsein beginnt hier mit der Erkenntnis, nicht Arbeitssklave, sondern ein Mensch mit dem Recht auf ausreichend Ernährung, auf Erholung und Kultur zu sein.

Noch unter dem Eindruck dieser Schilderungen ging die Reise weiter nach Usbekistan, einem Land, in dem die Scheichs zu Beginn des Jahrhunderts vertrieben wurden, einem Land, das in vieler Hinsicht den unterentwickelten Ländern von heute geglichen haben mochte. Damals, unmittelbar nach der Oktoberrevolution, wurden Frauen noch umgebracht, die Gleichberechtigung beanspruchten und den Schleier ablegten. Heute nehmen Frauen

selbstverständlich am öffentlichen Leben teil – sei es in einer der schattigen „Open-air-Teestuben“, sei es in der Leitung industrieller Großbetriebe (selbst in Augen-schein genommen in einer der größten Traktorenfabrik in Taschkent). Diese Tatsachen konnten gerade für einen Reisenden ebensoviel über den zurückgelegten Weg dieser orientalisch ausgerichteten Republik aussagen wie die Zahl über den Stand der Baumwollproduktion, über die selbstbewußte Förderung der nationalen Kultur, über die Verbreitung der Volksbildung.

Auch die Vorsitzende der Gewerkschaften Usbekistans ist eine sehr energische Frau. Mit ihr und anderen Gewerkschaftsrinnen diskutierten wir, was unter dem Stichwort „Wende auf sowjetisch“ in der ganzen Welt für Aufmerksamkeit gesorgt hat. Was verbirgt sich konkret hinter solchen Vorwürfen auf dem Parteitag der KPdSU, die Gewerkschaften hätten bei der Wahrnehmung der legitimen Interessen der Beschäftigten „bei weitem nicht in jedem Fall ausreichende kämpferische Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit“ gezeigt? Ohne Umschweife berichtet man uns, daß diese Kritik sich besonders auf die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, auf die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen insgesamt bezieht. Die usbekischen Gewerkschaften haben sich – sehr zum Leidwesen manches sparsamen Betriebsleiters – eine Überprüfung aller Betriebe vorgenommen. Es war die Entschlossenheit – wahrscheinlich nicht nur in dieser Republik – zu spüren, notfalls auch vom Recht Gebrauch zu machen, die Absetzung des Betriebsleiters zu fordern und auch durchzusetzen.

Renate Bastian

Prowotorow: Ein ähnlicher Unfall darf sich nicht wiederholen

Mit lebhaftem Beifall wurde von den Delegierten des 13. ordentlichen Bundeskongresses des DGB das Grußwort des Vertreters des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, W. P. Prowotorow aufgenommen. Er ging davon aus, daß das unaufhaltsame Wettrennen der Menschheit an die Schwelle eines nuklearen Infernos treibe. Das von der Sowjetunion einseitig angenommene Moratorium für Nukleartests, das bis zum 6. August verlängert wurde, biete eine einmalige Möglichkeit, einen realen Schritt auf dem Weg zum Frieden zu machen. In diesem Zusammenhang würdigte er die Bemühungen der Gewerkschaften unseres Landes, die alles tun, damit vom deutschen Boden aus nie wieder ein Krieg ausbricht.

Tschernobyl sei ein großes Unglück. Dankbar war Prowotorow für die auf dem

Kongreß ausgesprochenen Worte des Beileids. Er äußerte Verständnis für die Besorgnis der Gewerkschafter und versicherte, daß energisch daran gearbeitet werde, die Folgen der Havarie schnell zu beseitigen. Auch die Gewerkschaften der Sowjetunion beteiligten sich an der Organisation der medizinischen Behandlung und Erholung der Menschen aus dem Gebiet des Atomkraftwerks, die dies benötigen. Es würden Maßnahmen getroffen und entwickelt, daß sich ein ähnlicher Unfall nicht wiederhole. Er erinnerte daran, daß die Sowjetunion vorgeschlagen habe, ein internationales Reglement für Sicherheit in Sachen Kernenergie zu schaffen; das auch Informationsregelungen und Informationswege vorsehe. Das nukleare Jahrhundert erfordere von allen dringlich eine neue Art und Weise, an die internationalen Beziehungen heranzugehen.

„Bittsteller oder Gegenmacht?“ und andere Bucheingänge

Hans-Joachim Schabedoth: „Bittsteller oder Gegenmacht? Perspektiven gewerkschaftlicher Politik nach der Wende“, mit einem Vorwort von Franz Steinkühler; SP-Verlag Norbert Schüren GmbH, Marburg 1985, 251 Seiten, Preis 19,- DM.

Die Industriegesellschaft befindet sich im Umbruch. Neue Technologien ersetzen menschliche Arbeitskraft. Ganze Branchen geraten in die Krise. Wachsendem Reichtum auf der Kapitalbesitzerseite stehen neue Armut und wachsende Bedürftigkeit dort gegenüber, wo die Menschen nur ihre Arbeitskraft besitzen. Die Wende-regierung betreibt den Abbau des Sozialstaates und ebnet den Weg in den Unternehmerstaat. Die Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, ihren Anspruch einzulösen, Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten zu sein. Die Aktionen gegen die Änderung des § 116 AFG, die Kämpfe um die Arbeitszeitverkürzung 1984 haben gezeigt, daß die Gewerkschaften Gegenmacht entfalten können. Von den Möglichkeiten und Ansatzpunkten gewerkschaftlicher Politik zwischen tagespolitischen Herausforderungen und gesellschaftlichen Perspektiven handelt dieses Buch.

Klaus Brülls: „Neubeginn oder Wiederaufbau? Gewerkschaftsjugend in der britischen Zone 1945–1951“; Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1985, 384 Seiten, Preis 38,- DM.

Die Weichenstellung für die heutige Jugendarbeit des DGB erfolgte bereits nach Kriegsende während der Jahre 1945 bis 1950. Ihr Aufbau erfolgte unter solchen

zeitgeschichtlichen Bedingungen, die nicht vergleichbar sind mit vorangegangenen oder folgenden Phasen der Gewerkschaftsgeschichte. Die Befreiung vom Faschismus, das Leben in Besatzungszonen, das politische Klima des antifaschistischen Konsenses, der Aufbau der Einheitsgewerkschaft anstelle der Weimarer Richtungsgewerkschaften und schließlich eine Jugendgeneration, die im Ungeist des Nationalsozialismus und Krieg aufgewachsen war, prägten die ersten Jahre nach der Befreiung. In diesem historischen und sozialen Kontext werden Organisationsform, erste Absichtserklärungen und Programme, die Praxis in betrieblichen und regionalen Jugendgruppen sowie der Kampf der Arbeiterjugend um eine Neuordnung untersucht.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF): „Westeuropa in Wirtschaft und Politik“; Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt 1985, 179 Seiten, Preis 15,- DM.

Der vorliegende Band mit Materialien einer gemeinsamen Konferenz des sowjetischen Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft der DDR und des IMSF bietet dem Leser nicht nur aktuelle Analysen der Entwicklung Westeuropas und seiner Stellung im System des heutigen Imperialismus und der internationalen Beziehungen, sondern auch informative Grundmaterialien. Die Schrift wird ergänzt durch zahlreiche Statistiken, beispielsweise über Reallöhne und Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Hauptländern.

Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 16 15612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgironummer: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 31. Mai

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79

VERLAGSINTERNES

Mit dieser Ausgabe stellen sich also NACHRICHTEN in neuer Aufmachung vor. Uns kam es zunächst einmal auf eine „sanfte“ Neugestaltung an. Dabei wollten wir die wesentlichen Anregungen aus unserer Leserumfrage in Bezug auf die Präsentation der Zeitschrift aufgreifen. Bei aller – berechtigter – Kritik an Bleiwüsten, die uns immer noch mal unterlaufen, ging die Mehrheitsmeinung dahin, daß man sich beim Lesen von NACHRICHTEN bereits auf den Charakter einer Fachzeitschrift einstelle und gar nicht eine poppige Aufmachung wünsche oder erwarte. Dennoch machte uns unser Grafiker darauf aufmerksam, daß beispielsweise der Leitartikel ungünstig aufgemacht sei. Insgesamt wollten wir also die Titelseite auflockern. Außerdem genügte der Auszug aus dem Inhalt nicht mehr. Wir entschieden uns daher, wie bei Magazinen üblich, für einige „Schlagzeilen“ auf der ersten Seite. Das vollständige Inhaltsverzeichnis folgt auf Seite 2.

Veränderungen gibt es noch auf den beiden letzten Seiten. Hier handelt es sich aber hauptsächlich um eine andere Anordnung der bisherigen Spalten. Vor allem beim Schreiben haben die Redakteure gelobt, sich möglichst kurz zu fassen, damit die einzelnen Seiten nicht vollkommen mit Text zugepflastert sind. Manchmal ist es allerdings durch das gestellte Thema nicht möglich, auf einzelne Informationen zu verzichten. Wir gehen davon aus, daß im Vordergrund des Leserinteresses möglichst detaillierte Nachrichten, Materialien oder Dokumente stehen.

Ja, mach nur einen Plan... Trotz aller Widrigkeiten, die uns schon begegnet sind, haben wir uns bisher nicht von einer Verlagsplanung abhalten lassen. Leider macht uns manchmal ein Autor einen Strich durch die Rechnung oder die Bundesregierung, weil sie so schnellen Rückwärtsgang einlegt oder weil... Manchmal haut es eben mit der Planung nicht so hin. Deshalb, liebe Abonnenten der nachrichten-reihe, erschreckt nicht, wenn ihr die nr 36 „Derdruck. Ein Sieg der Solidarität“ vor der nr 35 „Die Post im Griff der Konzerne“ bekommt. Es wird nichts unter-schlagen, nur die Zeitfolge hat sich geändert.

Andersherum geht es allerdings auch manchmal, nämlich daß die Autoren so schnell arbeiten, daß die Druckerei kaum noch mitkommt. Ein neues Buch über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erscheint im Juni: Bernd Klees/Siegfried Weyerer, Weg vom Fenster, Arbeitslosigkeit und ihre Folgen. Dieser Band enthält erstmals auf deutsch die bahnbrechende Studie über die seelischen und körperlichen Folgen der Arbeitslosigkeit aus den USA. Eine Studie, über die viel geredet wird, die aber bisher kaum zugänglich war. Des weiteren eine Aufarbeitung der Demontagen im Arbeitslosen-recht von Bernd Klees. jaco

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

6/86

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90**TERMINKALENDER**

- **1. Mai bis 27. Juni**
Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **1. Mai bis 30. Juni**
Jugendvertreterwahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **21. Juni**
Konferenz der DKP für Betriebsräte, Personalräte und Jugendvertreter in Duisburg
- **25. bis 29. Juni**
27. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock/DDR
- **1. September**
Veranstaltungen zum Antikriegstag
- **September bis November**
Aktionserbst der Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit
- **7. bis 12. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten in Hamburg
- **12. September**
17. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **5. bis 9. Oktober**
15. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Aachen

- **12. bis 18. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Essen
- **19. bis 25. Oktober**
15. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg
- **23. bis 25. Oktober**
Jugendtag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **11. bis 13. November**
18. ordentlicher Bundeskongreß der Gewerkschaft der Polizei in Mannheim
- **15. bis 19. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Osnabrück
- **23. bis 29. November**
15. Gewerkschaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Nürnberg

Ernst Breit in Hamburg:

„Blinder Antikommunismus bestimmt auch das Konzept der inneren Sicherheit. In die Öffentlichkeit gelangte Berichte des Verfassungsschutzes sind dafür Beleg genug; nach links sind beide Augen scharfmacherisch geöffnet, nach rechts wird allzuoft ein Auge zugeedrückt.“

Zu guter Letzt**Geißler sah rot**

Heiner Geißler, dem CDU-Generalsekretär, paßt so manches nicht. Beispielsweise auch nicht der Kampf der Gewerkschaften für Arbeitnehmerrechte. Er wünscht sich vielmehr sozialpartnerschaftliche Organisationen, was er in einem Grußschreiben an die Delegierten des 13. DGB-Bundeskongresses unverblümt formulierte. Gewerkschaften, die sich wehren, wie z.B. gegen die Aushebelung des Streikrechts, passen nicht in sein politisches Konzept.

Rot sieht der CDU-Generalsekretär u. a. bei Aktionen der Friedensbewegung. Bekannt ist in diesem Zusammenhang sein Ausspruch, daß der Pazifismus der Weimarer Zeit Auschwitz erst ermöglicht habe: Aus den Opfern machte er also Täter. Nun sah Heiner Geißler wiederum Grund, aus der Haut zu fahren und seine Giftpeile abzuschießen. Anlaß war der 6. Internationale Ärztekongreß zur Verhütung des Atomkrieges Ende Mai/Anfang Juni in Köln mit mehreren tausend Teilnehmern. Diese Bewegung, in der weltweit 150000 Mediziner zusammengeschlossen sind, verfolgt das Ziel, unermüdlich vor einem Atomkrieg zu warnen und darauf hinzuweisen, daß es weder Sieger noch Besiegte geben würde.

Das Engagement dieser Vereinigung für den Frieden war für das Nobelpreiskomitee im letzten Jahr Veranlassung, ihr dafür den Friedensnobelpreis zuzuerkennen. Was wiederum die CDU/CSU, allen voran Geißler, veranlaßte, gegen die Entscheidung in Stockholm zu protestieren, besonders, weil einer der beiden Kopräsidenten, neben dem Amerikaner Bernard Lown, der stellvertretende sowjetische Gesundheitsminister Tschasow ist.

Auch den Kölner Kongreß diffamierte der CDU-Generalsekretär als „sowjetisch gesteuertes Propagandaforum“, was ihm und dem Bundeskanzler die Teilnahme unmöglich mache. Der Internationale Ärztekongreß, dem zahlreiche Grußschreiben auch von Regierungschefs zugegangen waren, auf dem der neuseeländische Ministerpräsident ein Plädoyer für einen umfassenden Teststoppvertrag hielt, Willy Brandt anwesend war, SPD-Kanzlerkandidat Rau zur Begrüßung sprach und das Präsidiumsmitglied der DKP, Kurt Bachmann, dem Kölner OB eine Plakette zur Erinnerung daran überreichte, daß sich am Tagungsort während der Nazizeit eine Außenstelle des KZ Buchenwald befunden habe, konnte die Abwesenheit von Geißler und Kohl verschmerzen.

G. M.

Ich bestelle hiermit:

6/86

☐ **NACHRICHTEN im Abonnement für 40 DM im Jahr inkl. Porto**
☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos** und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie:

Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlagsgesellschaft mbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Ort, Datum

Unterschrift

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)